



Wahlprogramm Landtagswahl 2022

***Saarland:
Nur mit Grün.***

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SAAR

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

1	PRÄAMBEL	7
2	KLIMA SCHÜTZEN – MIT SAUBERER ENERGIE	8
2.1	Klimaneutrale Energie als Standortfaktor	9
2.1.1	Energiequellen für das Saarland	9
2.1.2	Netze, Digitalisierung und Stromspeicher	10
2.1.3	Grüner Wasserstoff als Ermöglicher von Klimaschutz und Industrie	11
2.2	Atomkraft? - Nein, danke!	11
2.3	Klimaschutz in der Landesverwaltung und vor Ort	11
2.4	Anpassung an den Klimawandel.....	12
3	Schutz von Umwelt und Verbrauchern – Verantwortung tragen	12
3.1	Schutz der Umwelt und der Biodiversität – Schutz der natürlichen Ressourcen.....	12
3.1.1	Unseren Wald schützen	12
3.1.2	Biologische Vielfalt fördern.....	13
3.2	Schutz vor Hochwasser und Starkregen.....	14
3.3	Unser Trinkwasser schützen.....	14
3.4	Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken	15
3.5	Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe.....	15
3.6	Landwirtschaft – Agrarwende im Saarland gestalten	15
3.6.1	Flächenverbrauch reduzieren	16
3.6.2	Biodiversität stärken	16
3.6.3	Regionale Vermarktung stärken.....	16
3.6.4	Tierwohl verbessern	17
3.6.5	Klimaschutz & erneuerbare Energien in der Landwirtschaft.....	17
3.6.6	Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).....	17
3.7	Haustiere	18
3.8	Nachhaltige Städte und Gemeinden – Lebensqualität schaffen.....	18
3.8.1	Den Flächenfraß stoppen!.....	18
3.8.2	Klimagerechtes, ökologisches und sozialverträgliches Bauen – Lebens- und lebenswerte Dörfer und Städte.....	18
3.9	Uns Verbraucher schützen.....	19
3.10	Die Belastung durch Fluglärm reduzieren.....	20
3.11	Der Lichtverschmutzung begegnen	20
4	VERNETZTE VERKEHRSANGEBOTE – NACHHALTIGE MOBILITÄT	21
4.1	Radwege überall für alle	21
4.2	Attraktiver öffentlicher Nahverkehr.....	22
4.3	Umgestaltung des motorisierten Individualverkehrs	23

4.4	Neues Denken beim ruhenden Verkehr.....	24
4.5	Lenkung des Wirtschaftsverkehrs.....	24
4.6	Fußverkehr als Basis jeglicher Mobilität	25
5	DIGITALISIERUNG ALS QUERSCHNITTSAUFGABE	25
5.1	Digitalisierung der öffentlichen Infrastruktur.....	26
5.2	Digitale Wirtschaft & digitale Arbeitswelt:.....	27
5.3	Digitale Mobilität	28
5.4	Digitale Bildung	28
5.5	Digitale Teilhabe	29
6	GERECHTE BILDUNG	29
6.1	Frühkindliche Bildung - Erziehung und Betreuung als Grundstein unseres Bildungssystems stärken	29
6.1.1	Die Qualität der vorschulischen Bildung verbessern	29
6.1.2	Krippenplätze und Kitaplätze schaffen.....	30
6.2	Schulische Bildung auf die Erfordernisse von heute und morgen ausrichten	30
6.2.1	Schule als Lebensraum stärken: Ganztagschulen ausbauen.....	30
6.2.2	Stärkung der Schulsozialarbeit	30
6.2.3	Gute Rahmenbedingungen für inklusive Schulen schaffen	31
6.2.4	Bildung für nachhaltige Entwicklung und Demokratiebildung	32
6.2.5	Ausbildungsfähigkeit sichern – mathematische und sprachliche Kompetenzen gezielt verbessern	32
6.2.6	Religiösen und weltanschaulichen Unterricht von morgen anbahnen	33
6.2.7	Alle Lehrkräfte gerecht entlohnen	33
6.3	Ein Schulsystem - mehrere Schulformen in Einklang bringen.....	33
6.3.1	Grundschulen auf die Zukunft ausrichten	33
6.3.2	Weiterbildende Schulen: auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmte Bildungsangebote	34
6.4	Bildungsfinanzierung.....	37
7	WISSENSCHAFT, HOCHSCHULE UND TECHNOLOGIE	37
7.1	Studieren im Herzen Europas.....	38
7.1.1	Lehre und Studium fürs nächste Jahrzehnt	38
7.1.2	Internationalisierung stärken	38
7.1.3	Zugang zu Hochschulen	39
7.1.4	Hochschulen als Vorbild für Nachhaltigkeit.....	39
7.2	Forschungs- und Innovationsstandort Saarland	39
7.2.1	Nachhaltige und ausgewogene Forschungslandschaft	39
7.2.2	Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren.....	40
7.2.3	Verantwortungsvolle Forschung und Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft	40
7.2.4	Innovation als Motor des Saarlandes.....	41

7.3	Eigene Ressortzuordnung für Wissenschaft, Hochschule, Digitales und Innovation	41
8	DAS SAARLAND – EIN ATTRAKTIVER ORT ZUM LEBEN	42
8.1	Wohnraum schaffen	42
8.1.1	Wohnraum muss bezahlbar bleiben.....	42
8.1.2	Sozialer Wohnungsbau	43
8.2	Willkommen-zurück-Kultur! Grüne Impulse für ein junges Land.....	43
8.3	Den ländlichen Raum stärken	43
8.3.1	Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen	43
8.3.2	Infrastruktur im ländlichen Raum	44
8.4	Vereine und Ehrenamt als Bindeglieder unserer Gesellschaft fördern.....	44
8.4.1	Vereine und Breitenkultur.....	44
8.4.2	Ehrenamt.....	44
8.5	Kunst und Kultur als unverzichtbarer Bestandteil einer lebenswerten Gesellschaft.....	45
8.5.1	Kultur als Staatsziel unterstützen	45
8.6	Kulturelle Ausrufezeichen an der Saar	45
8.6.1	Kulturelle Teilhabe ermöglichen.....	46
8.6.2	Räume für Kunst und Kultur schaffen	46
8.6.3	Förderung der Freien Kunst- und Kulturszene.....	46
8.6.4	Bibliotheken in Mediatheken umwandeln.....	47
8.6.5	Kulturelle Bildung von der Kita bis zur Hochschule	47
8.6.6	Erinnerungskultur stärken	47
8.6.7	Politische Kultur und Medien.....	48
8.7	SPORT SCHAFFT ZUSAMMENHALT	48
8.7.1	Bedeutung des Sports in den Schulen stärken.....	48
8.7.2	Für eine transparente Sportlandschaft und die Weiterentwicklung der Sportinfrastruktur	49
8.7.3	Eine vielfältige Sportlandschaft fördern	50
9	VERANTWORTLICHE WIRTSCHAFT – NACHHALTIGE INNOVATION.....	50
9.1	Ein Land mit hoher Lebensqualität und Attraktivität für Unternehmen	51
9.2	Dem Fachkräftemangel wirkungsvoll begegnen	52
9.3	Gründer, Mittelstand und Handwerk stärken – Innovation als Motor.....	52
9.4	Transformation der Wirtschaft aktiv gestalten – Energiewende und Digitalisierung.....	53
9.5	Tourismus.....	55
9.5.1	Nachhaltiger Tourismus	55
9.5.2	Nachhaltigkeit als Qualitätsmerkmal.....	55
9.5.3	Mit lokalen Anbietern zusammenarbeiten	55
9.5.4	Anreiz für nachhaltiges Engagement schaffen und Bürger*innen vor Ort beteiligen.....	55
9.6	Gemeinwohlökonomie.....	56
10	STARKE FAMILIEN – BETEILIGTE JUGEND	56

10.1	Familien unterstützen.....	56
10.2	Kinder und ihre Rechte stärken.....	57
10.3	Im Öffentlichen Raum Platz für Kinder und Jugendliche schaffen.....	57
10.4	Vereinbarkeit schaffen	58
11	STARKE GESUNDHEITSVERSORGUNG – VERLÄSSLICHE PFLEGE	58
11.1	Ohne Pflege geht es nicht.....	58
11.1.1	Attraktive Arbeitsbedingungen in der Pflege schaffen	58
11.1.2	Laienpflege und alternative Pflege- und Betreuungsformen voranbringen	59
11.2	Palliativversorgung sicherstellen.....	59
11.3	Zukunftsfähige medizinische Versorgung für Stadt und Land	60
11.4	Für eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur	60
11.5	Für mehr Qualität in Krankenhäusern	61
11.6	Gute Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen	61
12	GELEBTE VIELFALT – SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT	62
12.1	Eine moderne Politik für Senioren	62
12.1.1	Selbstbestimmt leben, wohnen und Gemeinschaft pflegen	62
12.1.2	Lange aktiv und engagiert für ein gesellschaftliches Miteinander	62
12.1.3	Förderung des Generationendialogs	63
12.1.4	Das Alter hinauszögern: Sport und Spaß	63
12.1.5	Teilhabe und Mobilität von Senioren sichern	63
12.1.6	"Orte des Zusammenhalts" schaffen.....	64
12.1.7	Landesweite Strategie zum demografischen Wandel, Sicherung und Wahrung der Teilhabe der Bevölkerung im Alter.....	64
12.2	Prekäre Lebenssituationen	64
12.3	Inklusion vorantreiben - Teilhabe trotz Beeinträchtigung.....	65
12.3.1	Barrieren beseitigen	65
12.3.2	Tatsächliche Wahlfreiheit ermöglichen	65
12.4	Integrationspolitik ist GRÜN	66
12.4.1	Demokratiebildung und Antidiskriminierung.....	66
12.4.2	Willkommenskultur	66
12.4.3	Ankommensstrukturen als Standortfaktoren.....	67
12.4.4	Bildung	67
12.4.5	Integration vor Ort	68
12.4.6	Integration auf allen Ebenen	68
12.4.7	Politische Teilhabe stärken	68
12.4.8	Einbürgerung entbürokratisieren.....	69
12.5	Eine solidarische Gesellschaft	69
12.5.1	Entschlossen gegen Armut	69

12.5.2	Perspektiven für Langzeitarbeitslose	70
12.6	Faire Arbeitsbedingungen mit Zukunft	70
12.6.1	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	70
12.6.2	Lebenslanges Lernen	70
12.6.3	Ausbildungsberufe stärken	71
12.6.4	Gewerkschaften	71
13	TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG – GERECHTE GESCHLECHTERPOLITIK	71
13.1	Geschlechtergerechtigkeit & Gleichstellung	71
13.1.1	Armut ist weiblich	72
13.1.2	Gleiche Chancen auf Bildungsweg und Arbeitsmarkt von Anfang an	72
13.1.3	Gesundheit und sexuelle Selbstbestimmung	72
13.1.4	Schutz bei sexueller und häuslicher Gewalt	73
13.1.5	Politische Teilhabe stärken	73
13.1.6	Integration fördern	73
13.1.7	Gleichstellung auf allen Ebenen	74
13.2	LSBTIQ*	74
13.2.1	Liebe ist Liebe	74
13.2.2	Akzeptanz durch Bildung	74
13.2.3	Gleiche Rechte für Alle	75
14	AKTIVE BETEILIGUNG – GEFESTIGTE DEMOKRATIE	75
14.1	Demokratische Teilhabe	75
14.1.1	Parlament stärken, Wahlrecht reformieren	75
14.1.2	Macht fair teilen, auch in den Parlamenten	76
14.1.3	Jugendbeteiligung und Mitbestimmung	76
15	GESICHERTE FREIHEIT – HANDLUNGSFÄHIGER RECHTSSTAAT	76
15.1	Sicherheit	76
15.1.1	Prävention statt Gesetzgebungsaktionismus	76
15.1.2	Sicherheit in den Kommunen gewährleisten	77
15.1.3	Vielfalt und Freiheit sichern	77
15.2	Justiz	77
15.3	Für eine Drogenpolitik, die sich am Menschen und an wissenschaftlicher Erkenntnis orientiert	78
16	GENERATIONENGERECHTIGKEIT – NACHHALTIGE FINANZEN	78
16.1	Zukunftsinvestitionen sichern	78
16.2	Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren	80
17	DAS SAARLAND – IM HERZEN EUROPAS	81

1 PRÄAMBEL

Liebe Wähler*innen,

am 27. März 2022 entscheiden Sie über die Zukunft unseres Saarlandes. Sie entscheiden, wie wir zusammen leben wollen, wie wir gemeinsam die Folgen der Corona-Krise meistern, den Wandel von einem fossilen in einen nachhaltigen Wirtschaftsstandort gestalten und wie wir unser schönes Bundesland auf dem Weg in die Zukunft zu einem Ort machen, an dem alle gut und sicher leben, in gesunder Umwelt und mit besten Perspektiven auch für die kommenden Generationen – und zwar auf dem Land und in der Stadt.

Bei der Landtagswahl am 27. März stellen Sie mit Ihrer Stimme die Weichen neu. Nach zehn Jahren Großer Koalition und fünf Jahren ohne BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag wird es Zeit für einen Neuanfang, mit dem wir den Stillstand aufbrechen und neue Perspektiven für das Saarland schaffen. Wir sind bereit für diesen Neuanfang und wollen zurück ins Parlament. Das Saarland braucht endlich wieder eine ökologische Alternative.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen im Saarland für Klimaschutz und unsere natürlichen Lebensgrundlagen, für Gerechtigkeit und Zusammenhalt in einer starken Demokratie und für ein gutes Leben auf dem Land und in der Stadt.

Wir wollen Sie einladen, sich auf den kommenden Seiten über unsere Ideen und Ziele für ein nachhaltiges, soziales und weltoffenes Saarland im Herzen Europas zu informieren. Wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Stimme geben und mit uns der Meinung sind:

Saarland: Nur mit Grün.

Unsere Themen und Ziele im Überblick:

Echter Klimaschutz: Nur mit Grün.

Die Wetterextreme führen uns immer wieder vor Augen: Wir müssen konsequent gegen die Klimakrise vorgehen. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Unser Ziel ist es, den Ausbau Erneuerbarer Energien im Saarland zu beschleunigen, Energie effizient zu nutzen und einzusparen.

Umweltfreundlich mobil: Nur mit Grün.

Wir werden Bus und Bahn ausbauen, besser vernetzen und attraktiver machen. Wir wollen ein Jahresticket einführen, mit dem alle Menschen im Saarland für 1 Euro am Tag umweltfreundlich mobil sein können. Ebenso setzen wir uns für mehr Radwege, Fußwege und Elektromobilität ein.

Umwelt- und Verbraucher*innenschutz: Nur mit Grün.

Wir schützen die Natur und sorgen so für gesunde Wälder, artenreiche Natur, sauberes Wasser und gute Luft. Ebenso werden wir konsequent den Verbraucher*innenschutz stärken. Denn Verbraucher*innen haben einen Anspruch auf sichere Lebensmittel und Produkte.

Landwirtschaft und Naturschutz Hand in Hand: Nur mit Grün.

Wir setzen uns für eine umwelt- und klimafreundliche Landwirtschaft ein, von der die Bäuer*innen gut leben können, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schont, Tiere schützt und uns Menschen mit gesunden Lebensmitteln versorgt. Denn wir wollen, dass Landwirtschaft und Naturschutz Hand in Hand gehen.

Demokratie stärken: Nur mit Grün.

Wir stehen entschieden für unsere Demokratie ein und kämpfen gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Wir setzen uns für eine starke Bürger*innenbeteiligung ein und wollen Jugendliche künftig ab 16 Jahren bei Wahlen mitbestimmen lassen.

Gerechtigkeit und Zusammenhalt: Nur mit Grün.

Wir wollen, dass Menschen nicht in Not geraten und ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Dafür wollen wir das Sicherheitsversprechen erneuern. Kinder sollen nicht in Armut aufwachsen und gleiche Lebenschancen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass Jung und Alt gut leben können, es passenden und bezahlbaren Wohnraum gibt und die bestmögliche Pflege selbstverständlich ist.

Gute Bildung: Nur mit Grün.

Wir setzen auf gute Bildung und individuelle Förderung für alle Kinder von Anfang an. Wir machen uns stark für gemeinsames Lernen sowie für gute Voraussetzungen für lebenslanges Lernen.

Bunte Kultur: Nur mit Grün

Kunst und Kultur verstehen wir als unverzichtbaren Bestandteil einer lebenswerten Gesellschaft sowie als Pflichtaufgabe des Landes.

Gleichberechtigung: Nur mit Grün.

Wir kämpfen für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Unser Ziel ist die Hälfte der Macht den Frauen. Deshalb streiten wir für gleiche Aufstiegschancen, gleiche Bezahlung und eine bessere soziale Absicherung von Frauen im Alter sowie für einen besseren Schutz vor Gewalt.

Vielfalt und Integration: Nur mit Grün.

Wir wollen ein Saarland, in dem alle Menschen unabhängig von Herkunft, Alter, Hautfarbe, Religion oder geschlechtlicher oder sexueller Identität gleichberechtigt, frei, sicher und selbstbestimmt leben können. Dafür wollen wir umfassende soziale Teilhabe garantieren.

Stadt und Land: Nur mit Grün.

Die Menschen im Saarland sollen überall, ob auf dem Land oder in der Stadt, gut leben können. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse und dafür sorgen, dass Ärzt*innen, Schulen, gute Busverbindungen oder Einkaufsmöglichkeiten auch auf dem Land erreichbar sind.

2 KLIMA SCHÜTZEN – MIT SAUBERER ENERGIE

Das Saarland hat in der Vergangenheit mit seiner Schwerindustrie vielen Menschen Arbeit gegeben. Allerdings mussten im letzten Jahrhundert verschiedene Transformationen bewältigt werden. Obwohl der letzte Strukturwandel längst noch nicht abgeschlossen ist, stehen wir heute vor der Herausforderung eine neue sozial-ökologische Transformation zu bewältigen. Der Umbau der Energiegewinnungslandschaft ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Transformation.

Die Stahlindustrie ist ein wichtiger Arbeitgeber und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Um in Zukunft klimaneutralen grünen Stahl produzieren zu können brauchen wir einen gewaltigen Schub bei der Neuinstallation von Photovoltaik, Windparks und nachhaltiger Bioenergie. Wir erwarten von der neuen Bundesregierung flankierende Gesetze und Förderprogramme um die Transformation im Land voranzutreiben und ein entsprechendes Engagement der Landesregierung im Bundesrat.

2.1 Klimaneutrale Energie als Standortfaktor

Die Verfügbarkeit klimaneutraler Energie ist zu einem Standortfaktor geworden. Die bisherige Landesregierung hat viel zu lange auf die Erhaltung des Status quo gesetzt und den angemessenen Ausbau von Wind- und PV-Kapazitäten aktiv behindert. Der Aufbau von eigenen Stromerzeugungskapazitäten muss endlich vorangetrieben werden. Das Vorhaben, unser Land trotz Haushaltsnotlage aus seinem energiepolitischen Abseits herauszuholen, ist anspruchsvoll aber nicht unmöglich. Es bedarf eines koordinierten Vorgehens.

Dazu wollen wir:

- ein Landesklimaschutzgesetz, in dem Ziele für die einzelnen Sektoren Strom, Wärme, Mobilität und Industrie verbindlich festgeschrieben und alle Maßnahmen koordiniert werden. So ist das Ziel auf dem 1,5-Grad Pfad ein klimaneutrales Saarland bis zum Jahr 2040. Zusätzlich sollen Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Staatsziel in der saarländischen Verfassung und Klimaschutz als Pflichtaufgabe der Kommunalen Selbstverwaltung im KSVG verankert werden.
- ein Treibhausgasbudget etablieren, das als zentraler Orientierungsmaßstab eine jährliche Überprüfung der Fortschritte nach Sektoren (Industrie, Gewerbe, Privathaushalte etc.) ermöglicht.
- das ZEP Kommunal zu einem zentralen Förderinstrument ausbauen, welches neben den Kommunen auch Privaten und Firmen Zugang zu innovativen Energiespartechniken ermöglicht.
- den Masterplan Energie aus dem Jahr 2011 im Sinne des künftigen Landesklimaschutzgesetzes überarbeiten.

2.1.1 Energiequellen für das Saarland

Photovoltaik im sonnigen Saarland

Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen für kostengünstige PV-Stromgewinnung. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial endlich ausschöpfen.

Dazu werden wir:

- eine PV-Pflicht in der Landesbauordnung verankern. Dies soll für Neubauten, aber auch bei umfangreichen Modernisierungen gelten, wenn keine wichtigen Gründe dagegensprechen. Im Einzelhandel, in Kommunen und Unternehmen sowie bei öffentlichen Gebäuden sollen die Parkplätze künftig mit Solarcarports als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos ausgestattet sein.
- die Bürgerenergie und andere Formen der Teilhabe an den Einkünften durch Solar-, aber auch Windparks, weiter stärken. Dies erhöht die Akzeptanz und die lokale Wertschöpfung.
- Agro-Photovoltaik ausbauen. Damit lässt sich die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-PV-Flächen wird Solarstrom erzeugt und gleichzeitig können sie weiter landwirtschaftlich genutzt werden. Die Direktzahlung-Durchführungs-Verordnung soll dahingehend geändert werden, dass Landwirte die EU-Förderung nicht verlieren, wenn sie Flächen für Agro-PV zur Verfügung stellen.

Frischer Wind für das Saarland

Da Wind zu jeder Tageszeit potentiell zur Verfügung steht, kann man diesen Sektor als Rückgrat unseres künftigen Versorgungssystems bezeichnen. Wir werden alles daransetzen, beim Ausbau der Windparks entscheidend voranzukommen.

Dazu werden wir:

- mögliche Flächenreserven im Offenland.

- bei der Inanspruchnahme von Forstflächen über den im Zusammenhang mit den Genehmigungsverfahren festgesetzten Ausgleich größere Waldflächen im öffentlichen Wald als Waldschutzgebiete nach Landeswaldgesetz ausweisen.
- die Beteiligung von Kommunen und Genossenschaften stärken, damit Anwohner*innen direkt von Anlagen profitieren können.
- den Ausbau der Windenergie durch die Schaffung einer Koordinierungsstelle für Antragsteller*innen, Kommunen und Bürger*innen naturverträglich beschleunigen.. Dabei sollen Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können.
- den Landesentwicklungsplan im Einklang mit dem Immissions-, Natur- und Klimaschutz überarbeiten, um den notwendigen Bedarf von bis zu zwei Prozent der Landesfläche tatsächlich bereithalten zu können.
- Repowering, also das Ersetzen alter Windkraftanlagen durch neuere, leistungsfähigere Anlagen, erleichtern.
- auf Bundesebene darauf hinwirken, dass der Ausbaudeckel gestrichen wird und eine Regionalisierungskomponente bei Ausschreibungsverfahren eingeführt wird.

Bioenergie als Bestandteil der Energiewende

Einen wichtigen Beitrag zur Energiewende stellt auch die flexibel einsetzbare Bioenergie dar. Wir wollen die Unterstützung landwirtschaftlicher Biogasanlagen und die Verstromung von Klärschlamm und organischen Abfallstoffen fördern. Dies leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Regelenergie. Es wird so auch das extrem schädliche Klimagas Methan aus Abfällen, Wirtschaftsdüngern und Faulschlamm aufgefangan und bedarfsgerecht zu Strom und Wärme veredelt.

Dazu werden wir:

- kleine und mittlere Biogasproduktionen erhalten.
- kleine Anlagen, die Gülle und Mist verstromen, um den Eigenbedarf zu decken, fördern.
- keinen weiteren Zubau von Neuanlagen genehmigen, die rein oder zum großen Teil mit nachwachsenden Rohstoffen beschickt werden.

Erneuerbare Wärme

Der Gebäudesektor ist für 14 % der CO₂-Emissionen in unserem Land verantwortlich. Hierfür ist zum Großteil das Heizen der Gebäude verantwortlich.

Dazu werden wir:

- ein landesspezifisches Wärmegesetz „Erneuerbare Energie“, vor allem im Hinblick auf Altbausanierungen auf den Weg bringen.
- eine Anbindung der Fernwärmeschiene Saar an die Müllverbrennungsanlage Velsen und künftigen Bau von Elektrolyseuren in der Nähe von Wärmesenken schaffen, um deren Abwärme zu nutzen.
- ein Konzept erarbeiten für Nachhaltigkeit bei Bau und Gebäudenutzung, die als Leitlinien von der Landesregierung festgeschrieben werden sollen. Hierbei darf nicht weniger ambitioniert vorgegangen werden, als es ein bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz vorschreibt.

2.1.2 Netze, Digitalisierung und Stromspeicher

Energiewende bedeutet auch eine Abkehr von zentralistisch hierarchischen Organisationsmodellen mit großen zentralen Erzeugern. Dezentrale Erzeugungsanlagen, die in der Energieerzeugung stark fluktuieren, werden in Zukunft dominieren. Daher brauchen wir Speicherung und weitere Flexibilitätsoptionen, aber auch großflächig vernetzte intelligent gesteuerte Netze.

Hierzu werden wir:

- früh mit der Planung für den Bau von Kurzzeitspeichern beginnen, da für den Bau oft lange Vorlaufzeiten benötigt werden. Im Rahmen dessen soll erneut geprüft werden, ob Pumpspeicherkraftwerke in ehemaligen Kohleschächten eine Möglichkeit wären, Regelenergie bereit zu stellen.
- ein integriertes Netzausbaukonzept mit dezentralen Speichern und weiteren Flexibilitätsoptionen für das Saarland entwickeln. Smartmeter, Smartoperatoren und die digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch sollen dabei helfen, auch künftig eine stabile und somit sichere Stromversorgung garantieren zu können.
- ein Förderprogramm des Landes für private Stromspeicher auflegen, wie es das in anderen Bundesländern bereits gibt.

2.1.3 Grüner Wasserstoff als Ermöglicher von Klimaschutz und Industrie

Grüner Wasserstoff bietet enorme Möglichkeiten. Als Speichermedium kann er der Langzeitspeicherung von Strom dienen, als Grundstoff für industrielle Anwendungen kann er helfen die Grundstoff- und Chemieindustrie zu dekarbonisieren. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um ihn vor Ort zu erzeugen – im Sinne der Wertschöpfung, wie auch der Versorgungssicherheit. Auch die saarländische Industrie wird nur zukunftsfähig sein, wenn der Umstieg auf Erneuerbare Energieträger gelingt. Dabei wollen wir die Industrie unterstützen.

Hierfür werden wir:

- die Gewinnung, die Infrastruktur und die Logistik von Wasserstoff fördern und dabei Landesmittel bereitstellen sowie Bundesprogramme und EU-Fördermittel nutzen. Bestehende Entwicklungspartnerschaften sind zu unterstützen oder – in Zusammenarbeit mit Hochschulen und Unternehmen – neu zu gründen.
- als Industriestandort die Chancen von "Power-to-X", also die Umwandlung von Stromüberschüssen in andere Energieträger und Grundstoffe, fördern.
- die saarländische Stahlindustrie bei ihrer Umstellung auf nachhaltige Produktionsprozesse unterstützen, aber auch anderes produzierendes Gewerbe.
- einen Industrie-Entwicklungsplan entwerfen, der für alle Aspekte und Branchen des Industriestandorts Lösungswege skizziert.
- einen Netzentwicklungsplan Wasserstoff entwickeln, der die entsprechenden Pläne für Strom und Gas ergänzt.

2.2 Atomkraft? - Nein, danke!

Gegen alle Widerstände haben wir uns zusammen mit unseren Freund*innen in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, aber auch Luxemburg, konsequent gegen Atomkraft und für die Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannereaktoren Fessenheim, Cattenom, Tihange und Doel eingesetzt. Das wird auch so bleiben!

2.3 Klimaschutz in der Landesverwaltung und vor Ort

Klimaschutz braucht Vorreiter und Vorbilder. Wir wollen, dass die Landesverwaltung endlich beides wird. Die Landesverwaltung soll bis 2030 klimaneutral werden. Das umfasst sowohl die Versorgung mit Ökostrom und den Fuhrpark der Landesbehörden als auch die Gebäude des Landes, die mit erneuerbaren Heiz- und Kühlsystemen ausgestattet und umfassend energetisch modernisiert werden sollen. Mit der Einführung eines Solarstandards über Neubauten hinaus werden die Dächer der Landesbehörden zu Kraftwerken. Bei Dienstreisen sind Flugreisen auf ein Minimum zu begrenzen. Zudem wollen wir dafür sorgen, dass das Land seine Beschaffung und seine Förderkriterien an der Einhaltung von ökologischen, Menschenrechts- und sozialen Standards orientiert. So geht die Politik mit gutem Beispiel voran. Auch die Kommunen müssen mit anpacken. Vor Ort werden oft im Kleinen Weichen gestellt, die im Großen bedeutende Auswirkungen haben. Klimaschutz rechnet sich –

beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden, wenn auf LED-Beleuchtung umgestellt wird. Wir werden die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

Dafür werden wir:

- eine leistungsfähige und unabhängige Energieagentur, welche in Zusammenarbeit mit Energieberater*innen und Planungsbüros Kommunen, mittelständische Unternehmen und Private konsequent berät, wenn es darum geht, Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Fördermittel zu beantragen, Nahwärmenetze zu errichten.
- weiterhin hohe Förderung der Klimaschutzmanager*innen für Kommunen bereitstellen, die vor allem für finanzschwache Kommunen im Land unverzichtbar ist.
- die Energiewende auch als Chance für Rekommunalisierung verstehen.
- Neubauten des Landes nach Plusenergiehaus-Standards errichten.
- für bestehende Gebäude einen Sanierungsfahrplan erstellen.
- Mitarbeiter*innen im Klimaschutz fortbilden, die mit Bau und Unterhaltung von Gebäuden befasst sind.

2.4 Anpassung an den Klimawandel

Der Klimawandel schreitet voran und die Folgen werden immer stärker sichtbar. Auch im Saarland häufen sich Wetterextreme wie Hitze, Trockenheit, Starkregen und Hochwasser als Ausdruck dieses Wandels. Noch haben wir es in der Hand, das Ausmaß der Klimakrise einzudämmen und damit die Grundlagen unseres Lebens, unseres Wohlstandes und unserer Freiheit zu bewahren. Je entschiedener wir jetzt handeln, desto besser können wir schützen was uns lieb und teuer ist. Handlungsbedarf besteht im ganzen Land.

Der Klimawandel mit immer höheren Temperaturen und Hitzewellen macht es erforderlich, vor allem in den Städten Anpassungsmaßnahmen an das sich verändernde Klima vorzunehmen. Eine Möglichkeit zur Anpassung ist die Verbesserung der grünen Infrastruktur in den besiedelten Gebieten. Da sich die klimatische Wirkung von zusätzlichem Grün, wie z.B. Stadtbäume oder Fassaden- und Dachbegrünung, meist auf den Standort selbst auswirkt, profitiert das Mikroklima direkt von diesen Maßnahmen. Im nahen Umfeld des Grüns sind erhebliche Verbesserungen bei der gefühlten Temperatur möglich, wobei der Einfluss auf die gemessene Lufttemperatur immerhin schon einige Grad betragen kann.

Mit den Hitzewellen ist auch die Gefahr von längerer Trockenheit gegeben, wie die Jahre 2018 und 2019 zeigten. Der Ausbau der grünen Infrastruktur muss deshalb einhergehen mit Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung. Außerdem stellen uns mögliche Starkregenereignisse und Hochwasser vor die Aufgabe, entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um deren Auswirkungen abzuschwächen.

3 Schutz von Umwelt und Verbrauchern – Verantwortung tragen

3.1 Schutz der Umwelt und der Biodiversität – Schutz der natürlichen Ressourcen

3.1.1 Unseren Wald schützen

Die Klimakatastrophe ist auch im Saarland angekommen, dies zeigt der Zustand des Waldes in aller Deutlichkeit. Der Klimawandel lässt den Wald, das heißt die Forste, in einem bisher beispiellosen Umfang erkranken und sterben.

Vorrangiges Ziel auf übergeordneter Ebene muss es sein, den Energieverbrauch nicht nur deutlich zu reduzieren, sondern die Energieversorgung auf CO₂-neutrale Energieträger auszurichten. Nur so kann eine nachhaltige Energieversorgung sichergestellt werden, ohne unsere Umwelt weiter zu belasten und die noch verbliebenen Ressourcen vor weiterem Raubbau und Verschwendung für unsere Nachkommen zu schützen.

Wir Saarländer*innen sind aufgerufen, unseren Wald zu schützen und es nicht weiter zuzulassen, dass der kranke Wald durch harte Formen klassischer Forstwirtschaft in seiner Vitalität zusätzlich geschwächt wird. Die laufende dramatische Veränderung des Weltklimas mit den jetzt schon erkennbaren Auswirkungen auch auf unsere Waldökosysteme stellt den SaarWald und seine Eigentümer*innen vor neue Herausforderungen. Flankiert wird diese „Waldkrise“ durch ein dramatisches Artensterben, was auch immer stärker unsere Wälder betrifft.

Die Klima- und Biodiversitätskrise sind durch uns Menschen verursacht und nur wir sind in der Lage die Auswirkungen dieser Entwicklung abzumildern. Tun wir es dort, wo wir über die entsprechenden Instrumente verfügen. Um unsere Wälder zu schützen, sind kurzfristige Korrekturen der saarländischen Wald- und Jagdpolitik erforderlich.

Wir werden:

- das bisherige „Waldnutzgesetz“ durch ein Waldschutzgesetz ersetzen, das den Schutz des Waldes gegenüber seiner wirtschaftlichen Nutzung priorisiert.
- mit einer Ökobilanz unter anderem Bewirtschaftungsformen und deren Auswirkungen auf die Umwelt miteinander vergleichen und mit einer Gemeinwohlbilanz den außerwirtschaftlichen "Wert" des Waldes verdeutlichen.
- im Staatswald des Saarlandes den Einschlagstopp von über 100 Jahre alten Buchen verfügen.
- die Bedeutung des Waldes mit den Waldböden als bedeutende Senke des klimaschädlichen CO₂ nicht nur anerkennen, sondern die brach liegenden Potenziale in gezielten Programmen ausschöpfen.
- die derzeit gültige „Forst-Organisation“ an Ziele des Waldschutzes und der Klimaschutzfunktion anpassen.
- in Zusammenarbeit mit allen Waldbesitzer*innen Programme erarbeiten und Maßnahmen umsetzen, um den laufenden Wandel des SaarWaldes schonend zu begleiten. Dazu gehört ein „Waldklimaprogramm Saarland“ als Teil eines saarländischen Klimaschutzgesetzes.
- alle Förderinstrumente des Landes an Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit anpassen.
- um die Waldbiodiversität zu fördern, ein Waldschutzgebiet im Hochwald mit Anbindung an den Nationalpark Hunsrück-Hochwald und ein Waldschutzgebiet im Umfeld der Universität Saarbrücken ausweisen.
- nicht nur in Wassereinzugsgebieten Maßnahmen ergreifen, um die Wasserrückhaltefunktion zu verbessern.
- den Export von Bäumen aus dem Staatswald nach Übersee beenden, um den SaarWald zu schützen (insbesondere die alten Buchenwälder) und die heimische Wirtschaft und die holzweiterverarbeitenden Betriebe zu stärken.
- die forstlichen Zusammenschlüsse als wichtige Partner für mehr Waldschutz stärken.

3.1.2 Biologische Vielfalt fördern

Wir stellen fest, dass die bisherigen Ankündigungen und kleinen Maßnahmen nicht ausreichen, um dem ungebremsten Artensterben wirksam zu begegnen. Wir betrachten die Eindämmung des laufenden Artensterbens und seiner unabsehbaren ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen als Aufgabe höchster Priorität.

Wir werden:

- landeseigene Flächen im Sinne von Klimaschutz- und Biodiversitätszielen vorbildlich behandeln.
- ökologische Betriebsweisen in der Land- und Waldwirtschaft fördern, da sie sich erwiesenermaßen positiv auf die Artenvielfalt auswirken.
- alle künftigen Vorhaben und Entscheidungen der öffentlichen Hand hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Klima und die Biodiversität überprüfen.

- mit einem Klima- und Biodiversitätsbericht die Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Klima- und Biodiversitätsschutz informieren.
- gemeinsam mit dem Regionalverband, den Landkreisen, den Städten und Kommunen Projekte anstoßen und Lösungen erarbeiten, um beim Schutz der Artenvielfalt eine möglichst große Flächenwirkung zu erreichen.
- gemeinsam mit den Kommunen und den Landnutzern einen landesweiten Biotopverbund planen und unter anderem gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft gezielt für diesen Biotopverbund nutzen.
- die weitere Bejagung seltener und nicht sinnvoll nutzbarer Tierarten unterbinden.
- das ehrenamtliche Engagement stärken und nutzen, um das Arten-Monitoring möglichst flächendeckend auszubauen, denn nur was man kennt, kann man auch schützen.

3.2 Schutz vor Hochwasser und Starkregen

Nicht nur die jüngsten Flutkatastrophen in weiten Teilen Deutschlands haben gezeigt, dass die bisherigen Berechnungen und Planungen im Zusammenhang mit potenziellen Hochwasserereignissen bzw. Sturzfluten nicht tragen. Die Natur und die Folgen der Klimakrise halten sich nicht an Modellrechnungen oft interessengeleiteter Gutachten. Um Menschen, Eigentum und die öffentliche Infrastruktur zu schützen ist eine Neuausweisung von Hochwasserrisiko- und Starkregengebieten erforderlich und eine Neubewertung der Landschaft und ihrer Nutzung als potenziell natürlicher Wasserspeicher erforderlich.

Wir werden:

- zusammen mit den Kommunen und den Landnutzern (Wald- und Landwirtschaft) Konzepte erarbeiten und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen unterstützen, um das Risiko und mögliche Folgen von Überschwemmungen und Sturzfluten abzumildern.
- die Ergebnisse in die entsprechenden Pläne auf Landes- und kommunaler Ebene einfließen lassen.
- Überschwemmungsbereiche von jeglicher Bebauung freihalten.
- Maßnahmen ergreifen, um bereits in Anspruch genommene Risikobereiche zu renaturieren, die Restauen konsequent schützen und naturnah entwickeln.
- das Wasserspeicherpotenzial der un bebauten Landschaft optimieren.

3.3 Unser Trinkwasser schützen

Seit dem 30. Juni 2012 ist der Bergbau im Saarland eingestellt. Das Ende des Bergbaus bringt die Frage mit sich, was mit dem sogenannten Grubenwasser passiert, das sich ohne ein dauerndes Abpumpen in weiten Gebieten des Saarlandes bis an die Bodenoberfläche aufstauen würde.

Entgegen früherer Pläne sollen die Schächte im Saarland nach dem Willen von RAG und Landesregierung zunächst bis – 320 Meter geflutet werden. Einzige Motivation: die RAG will sich aus der vertraglichen Verpflichtung herausziehen um Geld zu sparen. Dass sie hierbei die Unterstützung der Landesregierung hat, zeigt die aktuelle Genehmigung die juristisch angefochten wird.

Das beabsichtigte Einstellen des Abpumpens wird zu einem Anstieg des Grubenwassers führen. Dies ist mit unkalkulierbaren Risiken für Mensch, Eigentum und Umwelt verbunden. Hierzu gehören Bodenbewegungen, Erderschütterungen, Tagesbrüche, Ausgasungen (Methan, Radon) und Vernässungen. Die größte Gefahr besteht darin, dass Grubenwasser sich mit unserem Trinkwasser vermischt. Grubenwasser ist hoch salzhaltig. Außerdem befinden sich unter Tage hoch giftige Stoffe (z.B. PCB), die mit dem Grubenwasser nach oben transportiert würden. Würde sich Grubenwasser mit unserem Trinkwasser vermischen würde dies ungenießbar. Neben erheblichen Umweltschäden wären laut Umweltministerium in Folge eines Grubenwasseranstiegs rund 600.000 Saarländer*innen betroffen.

Wir werden:

- den Schutz des saarländischen Trinkwassers gegenüber den wirtschaftlichen Interessen der RAG priorisieren.
- Wassereinzugs- und Wasserschutzgebiete so schützen, dass keine nachteiligen Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung und unser Trinkwasser zu befürchten sind.
- das abgepumpte Grubenwasser vor dem Einleiten zum Schutz der Oberflächengewässer filtern.

3.4 Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken

„Was man nicht kennt, kann man nicht schützen“! Dies ist nicht nur ein Spruch, es ist Grundlage für einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Lebensumfeld. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sollen die Möglichkeit erhalten, mehr über globale Zusammenhänge wie zum Beispiel den Klimawandel oder globale Gerechtigkeit sowie die komplexen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Ursachen dieser Probleme zu erfahren.

Weil alles mit allem zusammenhängt und Nachhaltigkeit nur durch gute Bildung gelingt, werden wir:

- das von der UNESCO ins Leben gerufene Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) als innovatives Lehr- und Lernmodell und als wichtiges Leitbild für alle Bildungsbereiche im Saarland fest verankern und weiterentwickeln.
- verbindliche Strukturen in Bezug auf die Bildung für nachhaltige Entwicklung von der Kita, über die Schulen bis zur Hochschule und in der Erwachsenenbildung schaffen.
- außerschulische Lernorte stärken und wiederbeleben, dazu gehört auch die Reaktivierung des botanischen Gartens.

3.5 Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe

Im Jahr 2015 verabschiedeten die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Ziel der Agenda ist es, die weltweite Entwicklung ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltig zu gestalten. Der Kampf gegen den Klimawandel und die Anpassung an die heute schon nicht mehr vermeidbaren Klimaveränderungen stellen die größte Herausforderung für den Staat und die Gesellschaft der Gegenwart dar. Nur durch nachhaltiges Handeln auf allen Ebenen wird dies gelingen. Kein Ressort allein ist dieser Aufgabe gewachsen. Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe. Gleichzeitig ist es wichtig, den Gedanken der Nachhaltigkeit in der saarländischen Landespolitik stärker zu institutionalisieren. Dabei müssen alle Vereine, Verbände und die Zivilgesellschaft von Anfang an mitgenommen werden. Aber auch die Landesregierung muss ihren Beitrag zur Erfüllung der 17 Globalen Nachhaltigkeitsziele, die in der Agenda 2030 festgelegt wurden, leisten.

Darum werden wir:

- die Nachhaltigkeitsansätze des Landes zu einer echten, ressortübergreifenden Nachhaltigkeitsstrategie unter breiter Beteiligung aller relevanten Akteure und mit jährlicher Erfolgskontrolle über Nachhaltigkeitsindikatoren weiterentwickeln.
- die Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips in die Verfassung des Saarlandes anstreben.
- einen verbindlichen Nachhaltigkeitscheck vor der Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen einführen.

3.6 Landwirtschaft – Agrarwende im Saarland gestalten

Die GRÜNEN im Saarland unterstützen eine bäuerliche Landwirtschaft, die tiergerecht, umweltschonend und nachhaltig arbeitet. Die Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte ging zu Lasten von Umwelt, Tieren und Menschen und hatte ein massives Höfesterben zur Folge.

Wir wollen den Umbau hin zu einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft im Saarland vorantreiben. Damit der Umbau zu mehr Tierwohl, Biodiversität, Klima- und Umweltschutz gelingen kann, brauchen die bäuerlichen Familienbetriebe die Unterstützung der Politik, des Handels und der Bevölkerung.

3.6.1 Flächenverbrauch reduzieren

Landwirtschaftliche Nutzflächen wurden in den vergangenen Jahren immer wieder als Siedlungen und Verkehrsflächen in Anspruch genommen. Um diesen Flächenfraß in Zukunft zu verhindern und landwirtschaftliche Nutzflächen für eine regionale Erzeugung von gesunden Nahrungsmitteln zu sichern, werden wir ein Brach- und Konversionsflächenkataster einführen und bis zum Jahr 2030 eine Flächenkreislaufwirtschaft verankern, damit Flächen einer erneuten Nutzung zugeführt werden. Hiervon ausgenommen werden landwirtschaftliche Flächen, die zur Erzeugung erneuerbarer Energien, wie etwa der Agro-Photovoltaik oder Freiflächenphotovoltaik und Windkraft genutzt werden.

3.6.2 Biodiversität stärken

Beim Erhalt der Biodiversität kommt der Landwirtschaft und unseren Landwirten eine zentrale Rolle zu. Die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen ist ein zentraler Faktor für eine Stärkung der Biodiversität. Im Saarland werden 80 % der landwirtschaftlichen Fläche konventionell bewirtschaftet.

Wir werden:

- finanzielle Anreize schaffen, um konventionelle Betriebe bei der Reduktion von Pflanzenschutz- und Düngemiteleininsatz zu unterstützen. Umweltleistungen sollen honoriert werden.
- das Anlegen von Blühflächen mit regionalen Saatmischungen fördern.
- uns für eine vielfältige Fruchtfolge auf Ackerland stark machen, Monokulturen lehnen wir ab.
- die Umstellung auf ökologischen Anbau weiter fördern. Ziel ist der Ausbau auf 30 % bis zum Jahr 2027. Um alle umstellungswilligen Betriebe unterstützen zu können, werden wir dafür sorgen, dass die Fördermittel auch in Zukunft mindestens auf dem aktuellen Niveau gehalten werden.
- die Pflege und Neuanlage von Streuobstwiesen zum Erhalt des Lebensraums fördern.
- die Förderung von artenreichem Grünland und Altgrasstreifen anstreben.
- den Anbau von Eiweißpflanzen fördern.
- Imker unterstützen, Schulungen für Jungimker*innen und Weiterbildungsangebote fördern.

3.6.3 Regionale Vermarktung stärken

Die regionale und ökologische Erzeugung von Lebensmitteln ist Teil einer nachhaltigen und lokalen Wirtschaft. Im Saarland sind die regionalen Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in den letzten Jahren immer weiter verschwunden. Verstärkt wird dieser Trend durch den zunehmenden Fachkräftemangel im Bereich des lebensmittelverarbeitenden Handwerks und das Verschwinden von Naturkostläden, Metzgereien, Bäckereien und Marktbeschickern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die regionale Vermarktung gestärkt werden, indem wir:

- uns für regionale, grenzüberschreitende Lösungen in den Bereichen Schlachtung und Verarbeitung (z.B. Käsereien, Metzgerei, Bäckerei, Mühlen (Getreide, Öle)) einsetzen.
- uns für nachgelagerte Betriebe und bestehende überregionale Vermarktungsorganisationen im grenzüberschreitenden Bereich durch länderübergreifende Förderung stark machen.
- die Platzierung regionaler Waren in öffentlichen Einrichtungen (Kantinen, Schulverpflegung, Mensa) und der Gastronomie stärken.
- verstärkt Anreize in der Berufsausbildung im Bereich der Lebensmittelverarbeitung und der Landwirtschaft setzen.

3.6.4 Tierwohl verbessern

Der respektvolle Umgang mit Tieren ist elementarer Bestandteil der Landwirtschaft. Wir wollen, dass Nutztiere in saarländischen Landwirtschaftsbetrieben tiergerecht gehalten und auch Wildtiere bei der Bewirtschaftung von Flächen geschützt werden. Wir werden:

- eine unbürokratische Weideprämie für Wiederkäuer im Saarland erneut einführen.
- Haltungssysteme fördern, die über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinaus gehen.
- sicherstellen, dass Stallflächen nicht überbelegt werden.
- dafür sorgen, dass Genehmigungsverfahren für Stallumbauten, die dem Tierwohl dienen, vereinfacht und beschleunigt werden.
- kurze Transportwege bei der Schlachtung und mobile Schlachtungen vor Ort in der gewohnten Umgebung im Saarland ermöglichen.
- artgerechte Tierhaltung auch in der Pferdehaltung sicherstellen.
- den Einsatz von Drohnen und Wärmebildkameras bei der Mahd zum Wildtierschutz (insbes. Rehkitzen) fördern.

3.6.5 Klimaschutz & erneuerbare Energien in der Landwirtschaft

Die saarländische Landwirtschaft kann einen Beitrag zur Reduzierung der klimaschädlichen Treibhausgase leisten. Zum Erreichen der Ziele wollen wir folgende Klimaschutzmaßnahmen einführen:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen in der Tierhaltung durch eine Verbesserung des Wirtschaftsdüngermanagements bei der Ausbringung und Lagerung von Gülle und Mist.
- eine an der Fläche orientierte Tierhaltung.
- den Erhalt und die Ausweitung von Grünlandflächen als CO₂-Speicher.
- den Aufbau und Erhalt von Humus im Ackerland fördern, da der Humusaufbau durch die Bindung von Kohlenstoff wesentlich zum Erreichen der Klimaziele beiträgt.

Landwirtschaftliche Flächen dienen primär der Erzeugung gesunder und regionaler Lebensmittel und haben auch einen Erholungsfaktor. Daher sollten vorrangig bereits versiegelte Flächen wie z.B. Gebäude, Verkehrsstraßen usw. zur Gewinnung erneuerbarer Energien genutzt werden. Um die für den Ausbau der erneuerbaren Energien gesteckten Ziele zu erreichen werden jedoch auch landwirtschaftliche Flächen zur Stromerzeugung herangezogen werden müssen. Dies erkennen wir an.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass:

- Flächen mit Agro- und Flächen-Photovoltaik-Anlagen, die eine Doppelnutzung der Flächen -z.B. durch gleichzeitige Beweidung- ermöglichen, weiter gefördert werden.
- die Biogasstromerzeugung von bestehenden Anlagen in der Energieproduktion flexibilisiert wird, damit sie Energielücken ausgleichen kann.
- kleine Anlagen, die Gülle und Mist verstromen, um den Eigenbedarf zu decken, gefördert werden.
- es keinen weiteren Zubau von Neuanlagen, die rein oder zum großen Teil mit nachwachsenden Rohstoffen beschickt werden, geben wird.

3.6.6 Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Die Entwicklung der Landwirtschaft ist in großem Maße abhängig von den gesetzlichen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten. Mit der neuen EU-Richtlinie zur gemeinsamen Agrarpolitik hat die Europäische Union den Rahmen für die kommenden Jahre vorgegeben. Dabei hat sie den Mitgliedsstaaten Gestaltungsspielraum in der konkreten Umsetzung gegeben.

Wir fordern, dass sich eine Landesregierung auf der Agrarministerkonferenz für eine Transformation in eine umwelt- und ressourcenschonende Landwirtschaft einsetzt. Dazu zählen die vorgenannten

Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die den rasanten Strukturwandel in der Landwirtschaft und das damit verbundene Höfesterben beenden.

3.7 Haustiere

Der illegale Handel mit Hunde- und Katzenwelpen und das damit einhergehende große Tierleid zeigen, dass nationale Regeln nicht ausreichen, um den Schutz dieser Tiere zu gewährleisten. Gerade die Corona-Pandemie hat den Handel mit Haustieren stark befördert und auch die Zahl der ausgesetzten Haustiere nimmt seither stark zu. Nur mit GRÜN wird es eine Kennzeichnungspflicht für Hunde und Katzen im Saarland geben.

3.8 Nachhaltige Städte und Gemeinden – Lebensqualität schaffen

3.8.1 Den Flächenfraß stoppen!

Immer weniger Menschen im Saarland leben auf immer mehr bebauter Fläche. Gerade außerhalb bereits bebauter Bereiche wird viel zu oft geplant und gehandelt, als wäre die Natur ein unendlich verfügbares Gut. Es werden riesige Gewerbeflächen in sensiblen Landschaftsräumen geplant (z.B. Lisdorfer Berg, Woll, S-Volt), Supermärkte auf der „Grünen Wiese“ entwickelt, ein städtische Baubetriebshof im Überschwemmungsgebiet der Saaraue geplant, Neubaugebiete ausgewiesen, eine große Hotelanlage geplant oder neue Straßen projektiert, wofür meist Wald- und Agrarflächen weichen müssen. Hinzu kommen insbesondere aber neue, oft großflächige Gewerbe- und Industriegebiete bzw. Ansiedlungen, weil die Kommunen miteinander um Gewerbeansiedlungen konkurrieren.

Das ist absurd und am Ende verlieren wir alle, da wir uns selbst unserer natürlichen Lebensgrundlagen berauben.

Wir werden:

- die Landesentwicklungsplanung nutzen, um der Innenentwicklung, einer Folgenutzung für bereits beanspruchte Flächen und einer verpflichtenden kommunalen Gemeinschaftsarbeit Vorrang einzuräumen.
- eine gesetzliche Obergrenze festlegen, um den Netto-Flächenverbrauch bis 2030 auf Null zu senken und dazu mit den Kommunen ein saarlandweites Flächenkataster entwickeln.
- den Landesentwicklungsplan interkommunal und ökologisch ausrichten und den Gewerbesteuer-Wettbewerb (Ziel: Gewerbesteuerausgleichsmechanismus) zwischen den Kommunen beenden.
- bei der Sozialen Wohnraumförderung die Fördersätze und Zuschüsse für Sanierung und Umbau erhöhen. Dadurch erhöhen wir die Sanierungsquote im Gebäudebestand.

3.8.2 Klimagerechtes, ökologisches und sozialverträgliches Bauen – Lebens- und lebenswerte Dörfer und Städte

Wohnen ist das zentrale Element im Leben eines jeden. Wohnen bedeutet Geborgenheit. Dabei ist sowohl die Wohnung an sich zentrales Element des Wohlfühlens, aber auch das Wohnumfeld. Im Saarland leben die Menschen immer noch zu einem großen Teil in Wohneigentum. Das eigene Haus spielt eine große Rolle in der Lebensplanung, gerade im ländlichen Raum. In diesen Wohnbedürfnissen wollen wir die Menschen unterstützen und die Umsetzung klimagerecht, sozial ökologisch und nachhaltig ausrichten. Wir wollen aber auch neue Wohnmodelle fördern, die sich auf die Bedürfnisse des demographischen Wandels ausrichten. Die Weichen dafür zu stellen, dass die Menschen nach ihren individuellen Bedürfnissen geschaffenen Wohnraum in einem angenehmen Wohnumfeld -ausgerichtet auf die Klimawende- zur Verfügung haben, ist unser Ziel. Die Bereiche Bauen, Wohnen, Siedlungs- und Landesentwicklung sind von zentraler Bedeutung und müssen beim Zuschnitt von Ressorts entsprechend priorisiert werden.

Wir werden:

- einen Paradigmenwechsel einleiten, weg vom vorschnellen Abreißen von Gebäuden hin zu mehr Erhalt, den klimagerechteren Umbau von Bestandsgebäuden stärker zu fördern, Sanierungshemmnissen entgegenwirken und klimapositives (Um-) Bauen fördern.
- Bauvorhaben, die dem Pariser Klimaabkommen entsprechen, erleichtern. Dabei ist die graue Energie in die Gebäudebilanz mit einzurechnen.
- das Bauen im Bestand und das Neubauen mit nachwachsenden, kreislauffähigen bzw. sekundären Bauteilen und Baustoffen fördern, um den Bausektor langfristig klimapositiv, ressourcenschonend und damit zukunftsfähig gestalten.
- ein saarländisches Leerstandsregister entwickeln, um vorhandene Wohn- und Gewerbeflächen einfacher reaktivieren zu können.
- Maßnahmen ergreifen, die eine Bebauung mit Augenmaß und eine sinnvolle Verdichtung in Ortskernen sicherstellen, anstatt weitere Neubaugebiete auf der „grünen Wiese“ zu ermöglichen.

Um klimagerechtes, ökologisches und sozialverträgliches Bauen vorbildhaft umzusetzen, bieten sich Ortsteillösungen im Bereich Mikroklima- und Gewässerschutz sowie Regenwassermanagement an, die Land und Kommunen gemeinsam entwickeln können.

Wir werden:

- die Entwicklung von „Energiekarawanen“ (kommunale Energieberatungskampagnen) in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutz unterstützen und damit die energetische Sanierung in Stadtteilen voranbringen.
- Projekte wie „Ein Dorf macht Klimaschutz“ weiterentwickeln und fördern und die „Grüne Hausnummer“ wieder einführen.
- die Gemeinden dabei unterstützen, unabhängige „Klima- und Biodiversitätsschutzberater*innen“ auf kommunaler Ebene zu etablieren.
- Dach-Gebäudebegrünung, die Begrünung von Wohngrundstücken und Wohnumfeld im Sinne der biologischen Vielfalt fördern.
- Konzepte für sinnvolle Nutzungsdurchmischte, generationenübergreifende Wohn- und Gewerbeviertel entwickeln.
- alternative Wohnformen (z.B. generationenübergreifende Wohnformen, Small-Houses, Tiny-Houses etc.) und barrierefreie Wohnformen für beeinträchtigte Menschen fördern, Modellvorhaben für Stadtquartiere mit generationenübergreifendem funktionalem Zusammenhang fördern.

3.9 Uns Verbraucher schützen

Verbraucher*innen haben einen Anspruch auf sichere Lebensmittel und Produkte. In einer zunehmend globalisierten Welt ist es wichtiger denn je informierte Entscheidungen auf immer komplizierteren Märkten und im Internet treffen zu können. Darum wollen wir konsequent die Handlungsspielräume der Landespolitik zum Wohle der Verbraucher*innen nutzen. GRÜNE Verbraucherpolitik bedeutet Verbraucherschutz! Insbesondere die Verbraucher*innen haben das Recht auf sichere Lebensmittel und sie müssen sich dabei auf die staatliche Kontrolle verlassen können. Im Fokus stehen hierbei insbesondere der Schutz der Verbraucher*innen vor einer Gefährdung ihrer Gesundheit sowie vor Schäden durch Irreführung und Täuschung.

Wir werden:

- die Kontrolldichte und die Güte der Kontrolle durch die dazu notwendige personelle und finanzielle Ausstattung stärken.
- gemeinsame Synergien nutzen, um einen effektiven und zukunftsfähigen Verbraucherschutz im Saarland zu gewährleisten.

3.10 Die Belastung durch Fluglärm reduzieren

Das Saarland ist das einzige Bundesland, das vollständig unter einem militärischen Übungsflugraum (TRA - Temporary Reserved Airspace), der TRA Lauter, liegt. Werktäglich mehrere Stunden, im Winter bis in den späten Abend hinein, nutzen in- und ausländische Luftwaffen, teilweise mit weit über 10 Kampffjets gleichzeitig, die TRA Lauter als Übungsgebiet, verbunden mit Geräuscheinwirkungen, die denjenigen eines Industrie- oder Gewerbegebietes gleichkommen. Die klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen entsprechen denen eines mittelgroßen Kohle-Kraftwerks. Die Menschen sind tagtäglich den Risiken eines Kampffjetabsturzes sowie des Kerosinverlustes im Falle der regelmäßigen Luftbetankungsübungen ausgesetzt. (Hinzu kommen die auch an Wochenenden stattfindenden Übungsflüge der Airbase Ramstein). Aus Anfragen an den Bundestag zur Nutzung der TRA Lauter im Vergleich zu den anderen Übungsflugräumen in Deutschland geht hervor, dass die Menschen unterhalb der TRA Lauter deutlich mehr durch Kampffjetübungen belastet sind als die 7 anderen TRAs.

Dieser tägliche Fluglärm mindert nicht nur die Lebensqualität der hier lebenden Menschen. Auf Dauer macht Lärm als Stressor krank.

Wir werden:

- uns beim Bund für eine gleichmäßige Verteilung der Kampffjetflüge auf alle 8 Übungsflugräume einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass eine Verlagerung von Luftbetankungsübungen in weniger dicht besiedelte Gebiete erfolgen.
- uns dafür einsetzen, dass Kampffjetübungen auf notwendige Übungsflüge beschränkt werden und zu Zeiten stattfinden, in denen die hier lebenden Menschen am wenigsten belastet werden.
- uns dafür einsetzen, dass in einem ersten Schritt die bestehende gemeinsame Arbeitsgruppe reformiert werden.
- uns dafür einsetzen, dass ein objektives ein Monitoring des Luftverkehrs erfolgt, als Grundlage um Mensch und Umwelt vor vermeidbaren Beeinträchtigungen zu schützen.

3.11 Der Lichtverschmutzung begegnen

Die Erhellung des Nachthimmels durch künstliche Lichtquellen wird als Lichtverschmutzung bezeichnet. Sie nimmt seit Jahren stetig zu mit nachteiligen Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen. Licht beeinflusst sowohl das Wachstum als auch den Tagesrhythmus zahlreicher Pflanzen. Über Lichtrezeptoren wird etwa das Abwerfen von Blättern oder auch das Austreiben von Knospen gesteuert. Verhindert etwa eine Lichtquelle das Abwerfen der Blätter im Herbst oder auch das zu frühe Austreiben von Knospen drohen Frostschäden. Insekten verirren an hellen Laternen, nachtaktive Tierarten verlieren Teile ihres Lebensraums und Zugvögel können vom Kurs abkommen.

Zu helles Licht kann Schlafstörungen mit all seinen negativen Folgen nach sich ziehen. Ob und wie sich Licht auf Menschen, Tiere und Pflanzen auswirkt hängt von verschiedenen Faktoren ab, etwa der Lichtintensität der Lichtquelle, der Farbtemperatur des Lichtes, der Dauer der Lichteinwirkung sowie die Lenkung des Lichtes. Zum Schutz von Menschen, Tieren und Pflanzen muss unnötige Beleuchtung vermieden werden.

Wir werden:

- Maßnahmen planen, um die Beleuchtung öffentlicher Gebäude oder des öffentlichen Raums innerhalb eines bestimmten Nachtzeitraumes zu reduzieren bzw. wo möglich zu vermeiden.
- den Einsatz sogenannte Himmelsstrahler unterbinden.
- alles tun damit notwendige Beleuchtungen so gewählt und installiert werden, dass Menschen, Tiere und Pflanzen möglichst nicht beeinträchtigt werden.

4 VERNETZTE VERKEHRSANGEBOTE – NACHHALTIGE MOBILITÄT

Jeder Mensch hat ein Recht auf Mobilität. Wir brauchen attraktive Angebote für alle Generationen: für Kinder und Jugendliche, für Familien im Alltag und in der Freizeit, für Pendler*innen zur Hauptverkehrszeit und für ältere Menschen, die selbstbestimmt mobil sein wollen - im ländlichen Raum genauso wie in den städtischen Zentren. Wir brauchen schnellstmöglich ein Mobilitätsgesetz mit eindeutiger Vorrangplanung für Fahrrad und ÖPNV gegenüber dem individuellen Autoverkehr. Mobilitätsansprüche müssen mit den Anforderungen des Klima- und Umweltschutzes in Einklang gebracht werden. Der Stand der dringend notwendigen sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft lässt sich im Verkehrssektor besonders gut ablesen. Beim Radverkehr ist das Saarland bundesweit Schlusslicht mit einem Anteil von nur 3 % (MiD 2017). Der gesamte Umweltverbund von Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV hatte vor der Pandemie nur einen Anteil von 27 %, der motorisierte Individualverkehr (MIV) einen erdrückenden Anteil von 73 %. Allein in Saarbrücken sind täglich 40.000 Autofahrten kürzer als zwei Kilometer.

Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Bürger*innen verstärkt regelmäßige Fahrten mit umweltfreundlichen Alternativen zum eigenen Auto in Betracht ziehen und auch nutzen können. Die Reisezeiten mit dem ÖPNV müssen merklich reduziert, die Fahrten mit dem Fahrrad durch entsprechende Infrastrukturmaßnahmen deutlich sicherer und die Fußwege erheblich attraktiver werden. Der Straßenraum muss fair zwischen den Verkehrsteilnehmer*innen geteilt und darf nicht mehr als Gefahrenraum wahrgenommen werden.

4.1 Radwege überall für alle

Der Klimaschutz braucht das Fahrrad. Wir wollen dem Um-, Aus- und Neubau von Radwegen höchste Priorität einräumen. In Städten ist der öffentliche Raum knapp. Um die Attraktivität und Sicherheit des Radverkehrs zu steigern, die Luftqualität zu verbessern und eine gesunde, schnelle Mobilität zu ermöglichen, brauchen wir eine gerechte Neuaufteilung des Straßenraums und werden dieses durch Gesetzgebung, Planung und Finanzierung unterstützen. Radfahren im Saarland stellt für viele Bürger*innen eine echte Mutprobe dar. Bei guter Infrastruktur könnte sich das Fahrrad im Alltagsradverkehr gerade innerorts als flexibles und schnelles Verkehrsmittel durchsetzen. Topografische Herausforderungen werden durch E-Bikes deutlich reduziert. Überall fehlen sichere Radwege. Im gesamten Saarland gibt es bisher nur EINE Fahrradstraße und nur ZWEI Fahrradzonen. Die Strecken in und zwischen den einzelnen Kommunen sind lückenhaft und enden oft in Gefahrensituationen. Sie sind damit für Berufspendler schwer nutzbar. Wir setzen auf höhere Qualität der Radwege, auf Fahrradparkhäuser an Knotenpunkten und die Vernetzung der Verkehrsträger.

Wir wollen eine ausdrückliche Regelung für Radschnellwege im Landesstraßengesetz und eine Verankerung der Baulast für diese überörtlichen Verbindungen beim Landesbetrieb für Straßenbau (Lfs).

Nur mit GRÜN

- werden die Mittel für den Radwegeausbau erhöht.
- werden alle Städte und deren Umland über Pendler Routen angebunden, bekommt der Bau von Radschnellwegen und Radkomfort Routen Priorität, insbesondere zwischen den Hochschulstandorten sowie zwischen Bahnhöfen und größeren Unternehmen.
- wird das Rad auch im ÖPNV jederzeit kostenlos mitgeführt werden dürfen.
- werden sichere Abstellanlagen wie Fahrradparkhäuser und Veloboxen errichtet.
- werden Kommunen dabei unterstützt, Schulwege für die Fahrradnutzung sicherer zu machen.
- werden Park&Ride, Bike&Ride und Park&Bike Angebote ausgebaut.
- wird mit den Kommunen die Einrichtung von Fahrradstraßen und -zonen umgesetzt werden.

- wird der Landesbetrieb für Straßenbau bei Erhaltungsmaßnahmen verbindlich sichere Radwege mitplanen und umsetzen.

4.2 Attraktiver öffentlicher Nahverkehr

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), im Bus oder auf der Schiene, ist das Rückgrat der Mobilitätswende. Alle Menschen sollten unabhängig von Alter, Einkommen, Fahrzeug- und Führerscheinbesitz jeden Ort im Saarland barrierefrei in einer angemessenen Zeit erreichen können. Bisher dominiert der Pkw-Verkehr. Die Verteilung des Transportaufkommens auf die verschiedenen Verkehrsmittel (Modal Split) ist seit Jahren unverändert. Tarifreformen betreffen bisher nur einzelne Zielgruppen. Ein Verkehrsentwicklungsplan (VEP) sieht ein landesweites S-Bahn-Netz nur als Zukunftsversprechen vor, es fehlen konkrete Umsetzungszeiträume.

Wir brauchen mutige Entscheidungen, um einen echten Mobilitätsverbund für das Saarland zu schaffen und eine Synchronisierung der Aufgabenträger.

Die kommunalen und privaten Verkehrsbetriebe müssen eng verzahnt werden, innerhalb des Landes, aber auch über die Grenzen hinaus. Durch ein landesweites Konzept lässt sich der von der EU verpflichtend geforderte Einsatz sauberer Busse und Bahnen einfacher umsetzen. Zu einer koordinierten Planung gehört auch, dass benachbarte Verkehrsbetriebe einheitliche und miteinander kombinierbare Antriebsarten nutzen. Ein moderner Verkehrsverbund integriert auch eine Vernetzung mit Angeboten für den letzten Kilometer oder an den Tagesrandzeiten. Sharing-Angebote und Servicestationen müssen an wichtigen ÖPNV-Knotenpunkten als Infrastruktur vorgehalten und On Demand-Verkehre in das Tarifsystem integriert werden. Letztlich lebt der ÖPNV von seinem Angebot von Tür zu Tür. Die Verkehrsbetriebe müssen die ökologische und ökonomische Vernetzung aller Verkehrsmittel als ihre wichtigste Aufgabe verstehen. Über den Nahverkehr hinaus muss die Anbindung des Saarlandes im Fernverkehr ausgebaut werden.

Nur mit GRÜN

- erreicht Ihr jedes Dorf auch mit dem Bus oder mit on-Demand- oder Sammeltaxi-Angeboten.
- könnt Ihr im Jahresabo für 1 EUR am Tag durch das Land fahren.
- wird das Semesterticket attraktiv und preisstabil bleiben.
- wird das Wabensystem durch ein neues und transparentes Tarifsystem für Einzelfahrkarten im Land abgelöst.
- werden Übergangstarife von und nach Rheinland-Pfalz geschaffen.
- wird es ein integriertes Fahrradverleihsystem und eine zeitlich unbefristete, kostenlose Fahrradmitnahme im ÖPNV geben.
- werden die saarländischen Bahnhöfe schneller barrierefrei.
- werden die saarländischen Bahnhöfe mit WLAN oder Internet-Hotspots ausgestattet.
- werden Mobilitätsstationen mit Car- und Bike-Sharing an Bahnhöfen eingerichtet.
- wird ein integraler Taktfahrplan ("SaarlandTakt") in allen Landkreisen eingeführt, bei dem Bus- und Bahnfahrpläne optimal aufeinander abgestimmt und Anschlüsse durch ein digitales System zuverlässig gesichert werden.
- wird die Universität besser an den öffentlichen Personenverkehr angeschlossen.
- wird das S-Bahnnetz im gesamten Saarland ausgebaut und elektrifiziert.
- werden im VEP vorgesehene Bahnstrecken zügig reaktiviert und parallele Fahrradwege ausgebaut.
- wird die Machbarkeit der grenzüberschreitenden Verbindung und S-Bahnlinie über die Ostertalbahn nach Kusel geprüft.
- werden bis zur Realisierung des S-Bahn-Netzes weitere Schnellbusverbindungen im ganzen Land eingerichtet.

- wird die schnelle Bahnanbindung nach Luxemburg über Bouzonville im Dialog mit unseren Partnern in der Großregion vorangetrieben.
- wird die durchgängige Elektrifizierung der Nahetalbahn wieder mit Rheinland-Pfalz diskutiert werden, um mehr Flexibilität bei der Routenführung vom Saarland zu anderen Verdichtungsräumen zu ermöglichen.
- wird eine gute Fernverkehrsanbindung als Mindeststandard durch eine Bundesratsinitiative zum Schienenpersonenfernverkehrsgesetz, das einen Gewährleistungsauftrag des Bundes enthält, geregelt werden.

4.3 Umgestaltung des motorisierten Individualverkehrs

Das Saarland ist geprägt durch die Automobilindustrie. Die Kfz-Dichte ist deutschlandweit am höchsten, das Straßennetz ist engmaschig und auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) ausgerichtet. Das bestehende hervorragende Angebot für den MIV - im Vergleich zu den oft schlechter gestellten alternativen Angeboten des Umweltverbunds (Radwegenetz, ÖPNV etc.) - lässt derzeit das Auto häufig als die einzige attraktive Mobilitätslösung erscheinen. Dadurch wird der MIV als vermeintlich einzige nutzbare Fortbewegungsmöglichkeit gesehen. Rechnerisch besitzen nahezu alle saarländischen Führerscheininhaber*innen ihr eigenes Auto. Hier fordern die Klimaziele ein Umdenken. Der Umweltverbund muss ausgebaut und verstärkt werden. Nur attraktive Alternativen zur Nutzung der eigenen PKWs führen zu einer echten Verkehrswende. Diese muss auch den ländlichen Raum im Saarland berücksichtigen, damit z. B. Familien auf die Anschaffung und Instandhaltung von Zweit- und Drittwagen verzichten können.

Da der Straßenraum vor allem innerorts begrenzt ist, ist zwangsläufig eine Neuordnung nötig. Das bedeutet aber auch, dass die Schaffung von attraktiveren Angeboten für den Umweltverbund oft in direkter Konkurrenz zu Angeboten für den Kfz-Verkehr steht. Wir müssen uns diesen Regelungsbedarfen stellen, um die Sicherheit und die Lebensqualität in den Gemeinden zu erhöhen. Der motorisierte Individualverkehr (MIV) muss zukunftsfähig umgestaltet werden. MIV darf nicht gleichbedeutend mit EIN Mensch gleich EIN Auto sein. Neue Wege für Car-Sharing-Modelle sind in allen Kommunen, von Dreisbach bis Saarbrücken, zu entwickeln und einzurichten. Im Dialog mit Verwaltungen und Bürger*innen müssen die Fuhrparks der Kommunen oder Zweitautos in den Quartieren kreativ für Nutzergemeinschaften zugänglich gemacht werden. Landesweite Regelung der Haftungsfragen, Digitalisierung und ehrenamtliches Engagement ermöglichen so einen günstigen Individualverkehr mit erhöhter Fahrzeugvielfalt und Ausnutzung bei gleichzeitiger Reduzierung der Fahrzeuganzahl.

Nur mit Grün

- wird auf der Stadtautobahn durchgehend Tempo 60 nach Antrag der Kommune eingeführt.
- werden zur Verringerung der Lärmbelastung in allen betroffenen Kommunen begrünte Lärmschutzwände errichtet.
- setzt sich Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts durch.
- werden überall im Land Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ergriffen, die Mittel für den Straßenbau schwerpunktmäßig für die Unterhaltung und die Beseitigung von Gefahrenpunkten verwendet.
- werden Planungen zum Straßenneubau, die dazu geeignet sind Lkw-Ausweichverkehre jenseits der Autobahnen zu generieren, gestoppt und wird das Verkehrsministerium sich für die Streichung nicht mehr zeitgemäßer und naturfeindlicher Vorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan einsetzen.
- werden neue Car Sharing-Angebote gefördert.

4.4 Neues Denken beim ruhenden Verkehr

Das Saarland hat die höchste Pkw-Dichte pro Einwohner. Gleichzeitig verursachen diese Fahrzeuge einen enormen Flächenverbrauch und beschleunigen die Flächenversiegelung. Im saarländischen Baurecht ist die Schaffung von Stellplätzen in großer Zahl verpflichtend. Diese können bei der Kommune gegen eine Geldzahlung abgegolten werden. Der tatsächliche Bedarf an Stellplätzen, gerade in Gebieten mit guter ÖPNV-Anbindung, wird dabei nicht abgebildet. Diese pauschale Regelung wird den unterschiedlichen Strukturen des Saarlandes nicht gerecht. Im ländlichen Raum werden zusätzliche Flächen auf privaten Grundstücken versiegelt, obwohl bereits versiegelte Flächen des öffentlichen Raumes verfügbar wären. In den Städten wiederum muss der öffentliche Straßenraum aufgrund der vielen Konflikte neu geordnet werden.

Die außerordentlich gute Infrastruktur des saarländischen Straßennetzes verleitet zur Nutzung des Pkw auf Fahrten in die Innenstädte. Sowohl Berufspendler als auch Kunden von Handel und Gewerbe benötigen dafür jeweils Parkplätze für ihre Autos. Bereits jetzt ist der ruhende Kfz-Verkehr in den Städten und Gemeinden der Hauptgrund für Konflikte. Anwohner, Besucher und Berufspendler erheben Anspruch auf denselben Parkplatzbedarf. Parkräume entlang der Straßen oder auf den Fußwegen erschweren die Schaffung sicherer Radwege und behindern Fußgänger als die schwächsten Verkehrsteilnehmer. Während die öffentliche Hand ihren Parkraum überproportional subventioniert, ist es privaten Unternehmen gestattet, Parkflächen gewinnbringend zu bewirtschaften. Am Rande der städtischen Grenzen fehlen Angebote für Park&Ride oder Park&Bike. Parksuchverkehre erhöhen das innerstädtische Verkehrsaufkommen. Die große Herausforderung für eine neue Landesregierung wird darin bestehen, nicht nur den Umweltverbund attraktiver zu gestalten, sondern auch die verbleibenden Verkehre des MIV so zu leiten, dass die Innenstädte entlastet werden.

Nur mit GRÜN

- werden Park&Ride-Stationen an S-Bahn-Halten eingerichtet.
- wird die Errichtung autofreier Quartiere gefördert werden.
- wird es einen stärkeren Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum geben, z.B. auf Quartiersparkplätzen.
- wird den Kommunen durch eine reformierte Landesbauordnung mehr Flexibilität bei der Frage der Stellplatzvorgaben eingeräumt.

4.5 Lenkung des Wirtschaftsverkehrs

Zum Erreichen der Klimaziele muss der Güterverkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene verlagert werden, stattdessen nimmt der Wirtschaftsverkehr auf unseren Straßen aber zu. Aufgrund seiner geografischen Lage ist das Saarland mit. Aufgrund seiner geografischen Lage ist das Saarland mit einem sehr großen Durchgangsschwerlastverkehr belastet. Gleichzeitig gibt es nur wenige Einflussmöglichkeiten zur Verlagerung dieses Verkehrs und einer Reduktion der Belastung. Diese Möglichkeiten müssen aber genutzt werden. Der Schwerlastverkehr muss konsequent auf die Autobahnen des Landes geleitet werden. Der Lärmschutz ist zu verstärken und Ausweichverkehre durch bewohnte Gebiete müssen konsequent unterbunden werden. Da auch die empfindlichsten Komponenten der Autobahninfrastruktur, die Brücken, bereits marode sind, müssen schon jetzt Ausweichrouten bestimmt werden, die bevorzugt das engmaschige Autobahnnetz des Saarlandes nutzen.

Nur mit Grün

- werden Bemühungen von Kommunen unterstützt, Durchfahrtsverbotszonen für den Schwerlastverkehr einzurichten.
- werden für den Notfall alternative Schwerlast-Routen über die anderen Autobahnen eingerichtet, um Ausweichrouten durch bewohntes Gebiet zu unterbinden.

- werden die Kommunen dabei unterstützt, Micro-Hubs für einen klimaneutralen Anlieferverkehr einzurichten.

4.6 Fußverkehr als Basis jeglicher Mobilität

Ob zu Fuß bis zum Fahrrad, zum Bus, zum Auto oder direkt von zu Hause bis zum Ziel - jede Tür-zu-Tür-Verbindung enthält auch einen Fußweg. Zu Fuß gehen stellt die natürlichste, flexibelste und umweltfreundlichste Fortbewegungsart dar. Die Räume der Fußwege sind die ersten Lernräume der jüngsten Verkehrsteilnehmer*innen, ob zu Fuß oder mit dem Fahrrad, und sollten die höchsten Sicherheitsstandards erfüllen. Eine gute Fußgängerinfrastruktur sichert die Mobilität aller Mitglieder unserer Gesellschaft. Sichere Fußwege gehören zur Daseinsvorsorge, die die öffentliche Hand erfüllen muss.

Eine Stadt lebt von guten Fußverkehrs- bzw. Nahmobilitätsqualitäten. Es sind die Menschen zu Fuß, die eine Stadt und ihre Straßen beleben. Sie tragen zur Urbanität eines Viertels bei. Eine höhere Fußgängerfrequenz auf den Straßen erhöht die Attraktivität für Handel und Gewerbe, schafft echte Standortvorteile und steigert die Lebens- und Aufenthaltsqualität. Mit attraktiven Fußwegebeziehungen kann der Anteil des Fußverkehrs am Modal Split erhöht werden, was wiederum dem Umweltverbund und dem Klimaschutz zu Gute kommt. Bei diesen Aufgaben werden wir Kommunen unterstützen.

Nur mit GRÜN:

- bekommen Kinder genügend sicheren Raum bei ihrem Start im Verkehr.
- wird der Fußverkehr bei Planungen stärker berücksichtigt und mit genügend Raum versehen, um Engpässe, Hindernisse und Gefahrenstellen im Fußwegenetz sukzessiv zu beseitigen.
- werden barrierefreie Begegnungszonen ("shared spaces") gefördert.
- wird der LfS in seinem Zuständigkeitsbereich Querungsmöglichkeiten mit fußgängerfreundlichen Ampelschaltungen schaffen.
- werden Kommunen dabei unterstützt und gefördert, Knotenpunkte barrierefrei mit differenzierten Querungen zu gestalten und zusätzliche Querungsmöglichkeiten für Fußgänger*innen zu erstellen.
- werden Konfliktbereiche zwischen Fußgänger*innen, Radfahrer*innen und anderen Verkehrsteilnehmer*innen auf den Verkehrswegen entschärft.
- werden Schaltzeiten an Ampeln für Fuß- und Radverkehr priorisiert.
- werden Treppenanlagen, die direkte Wegebeziehungen ermöglichen, instandgehalten, aufgewertet und barrierefreie Optionen errichtet.
- werden Wegebeziehungen durch entsprechende Beschilderung gestärkt.
- werden Unterführungen aufgewertet und Angsträume entschärft.
- werden zusätzliche Sitzgelegenheiten zur Erholung errichtet.
- werden Kommunen dabei unterstützt, Schulwegeplanungen vorzunehmen.
- werden für Anwohner*innen Möglichkeiten zur Schaffung von temporären Spielstraßen angeboten.

5 DIGITALISIERUNG ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Digitalisierung ist neben der Nachhaltigkeit die größte Transformation des 21. Jahrhunderts und eine Querschnittsaufgabe die nahezu alle Lebensbereiche und Handlungsfelder betrifft.

Wir wollen sie so gestalten, dass sie gesellschaftliche Teilhabe, Freiheiten und ökologisch-soziale Innovationen ermöglicht. Digitalpolitik ist ebenso Gemeinwohlpolitik, denn es geht darum, eine der zentralen Infrastrukturen unseres Lebens, unserer Arbeitswelt und unserer Wirtschaft zu gestalten. Wir möchten deshalb eine Politik, die den digitalen Wandel konsequent nutzt, um soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit voranzubringen.

Mit Digitalisierung ermöglichen wir Innovationen. Ob Künstliche Intelligenz, neue Arbeitsweisen oder digitale Gesundheitsanwendungen: Damit Ideen sich entwickeln können, brauchen wir eine starke interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Insbesondere muss das Saarland und seine Verwaltung digitaler und bürger*innenorientierter werden. Für uns GRÜNE ist eine Open-Data-Politik, die mehr Transparenz schafft und allen den Zugang zu Daten der öffentlichen Hand gewährt, eine Grundvoraussetzung für die digitale Zukunft des Landes.

Das Saarland braucht aber ebenso auch eine gute digitale Infrastruktur, also ein lückenloses und flächendeckendes Mobilfunknetz und Highspeed-Internet.

Menschen nutzen soziale Netzwerke oder Lernplattformen, die Wirtschaft und die Arbeitswelt entwickeln sich digital weiter, viele Apps wie der digitale Impfpass erleichtern persönliche Treffen, Konzerte oder Reisen. Für all das wollen wir, dass es gute und sichere Angebote gibt und jede*r Apps, Netzwerke und Plattformen souverän nutzen kann.

Wir schützen Freiheiten und Bürger*innenrechte auch in der digitalen Welt. Souveränität und Nicht-Diskriminierung müssen sichergestellt werden. Wir unterstützen Initiativen auf Bundes- und Europaebene, die für einen fairen Wettbewerb und europäischen Ordnungsrahmen für Plattformen wie Google oder Facebook sorgen und wollen neue Technologien wie Künstliche Intelligenz zum Wohle der Gesellschaft fördern. Algorithmische Entscheidungssysteme müssen transparent und diskriminierungsfrei sein. Zukunftstechnologien sollen hier nach unseren europäischen Werten entstehen.

Nur mit GRÜN:

- werden höchste Standards bei Datenschutz und IT-Sicherheit eingeführt.
- wird für digitale Autonomie von Land und Kommunen gesorgt.
- werden Soft- und Hardware sowie Rechenzentren nachhaltiger gestaltet.
- gibt es eine barrierefreie, digitale Verwaltung, die den Alltag von Bürger*innen und Unternehmen erleichtert.
- wird der IT-Standort Saarland gesichert und gestärkt.

5.1 Digitalisierung der öffentlichen Infrastruktur

Die öffentliche digitale Infrastruktur ist zu einem wichtigen Baustein des gesellschaftlichen Zusammenlebens geworden. Sie ermöglicht eine vereinfachte Verwaltung für Bürger*innen und Unternehmen und die Bereitstellung öffentlicher, relevanter Daten, sie kann Bürger*innenrechte stärken und die Beteiligung aller unterstützen. Dafür muss sie allerdings auf dem neusten Stand sein - in Bezug auf Informationssicherheit und Barrierefreiheit - sowie durch eine ständige Weiterentwicklung ihrer Funktionalität. Da dies sowohl für die Bürger*innen als auch Angestellte einen Umbruch bedeuten kann, setzen wir uns dafür ein, dass alle die bestmögliche Unterstützung erhalten, egal ob als Kommune oder Privatperson, egal ob Start-Up oder Mittelstand.

Wir verstehen die öffentliche digitale Infrastruktur deshalb als einen Service an alle Bürger*innen, der ihren Alltag erleichtern soll - und dafür setzen wir uns ein.

Nur mit GRÜN:

- gibt es vereinfachte Online-Anträge für Bürger*innen und Unternehmen durch eine sichere und moderne digitale Verwaltung.
- wird das Verwaltungspersonal gezielte Schulungen zu digitalen Werkzeugen geben, um Prozesse zu vereinfachen und einen integrativen Wandel zu schaffen.
- wird die Bürokratisierung für das Ehrenamt durch digitale Anwendungen weiter abgebaut.

- wird der eGoSaar zu einem Digitalen Verwaltungs-Hub umgewandelt, der Services und Angebote bündelt und einfach und barrierefrei zur Verfügung stellt.
- werden öffentlich erhobener Daten in anonymisierter, standardisierter und barrierefreier Form mit regelmäßigen Aktualisierungen für Bürger*innen und Unternehmen zur Verfügung gestellt.
- werden wirksame Maßnahmen zur kontinuierlichen methodischen Verbesserung der Informationssicherheit in Ministerien und Kommunen zeitnah umgesetzt.
- wird eine Landesprüfstelle zur Sicherstellung der Umsetzung sowie zur kontinuierlichen Verbesserung der Maßnahmen zur Informationssicherheit in Kommunen innerhalb der Kommunalaufsicht sowie zur kontinuierlichen Kontrolle und Bewertung ("Monitoring") digitaler, vor allem daten- und KI-getriebener (Pilot-) Projekte hinsichtlich Effizienz, Effektivität und Konformität mit Bürgerrechten etabliert.
- wird eine regelmäßige Zertifizierung der Informationssicherheit in den Ministerien auf Basis normativer Standards angestrebt.
- wird eine Digitalisierungs- und KI-Strategie auf den Weg gebracht, die Bürger*innen und Unternehmen schützt und unterstützt.
- wird die Vereinfachung und der Ausbau der "Onlinewache Saar" angestrebt.
- wird der Aufbau und die Förderung kluger und vernetzter Stromerzeugung, -vermarktung und -verteilung, damit erneuerbare Ressourcen optimal genutzt werden können, vorgebracht.
- werden die Ergebnisse des Projekts "S(mar)t. Wendeler Land" und eine Erweiterung für eine saarlandweite Lösung genutzt.

5.2 Digitale Wirtschaft & digitale Arbeitswelt:

Digitalisierung macht insbesondere vor der Arbeitswelt nicht Halt. Wer am schnellen Netz teilhaben kann, weiß auch die vielfältigen Chancen für die neue Arbeitswelt zu nutzen. Wertschöpfung hängt immer mehr von einer verlässlichen digitalen Infrastruktur ab. Wer für gleiche Lebensverhältnisse und Teilhabe Sorge tragen will, muss insbesondere hier wirksam werden. Gerade im nichturbanen Raum leben immer weniger und immer ältere Menschen. Ziel muss es sein, Leben und Arbeiten in ländlichen Räumen wieder ins Lot zu bringen, damit z.B. junge Familien nicht in die Städte abwandern und der Arbeit hinterherziehen müssen.

Wir sehen die Vision einer Ökonomie der Digitalisierung, in der die Nutzung eines Produktes wichtiger ist als der Besitz, als zentrale Herausforderung für die Zukunft des Saarlandes.

Nur mit GRÜN:

- werden digitale Technologien ermöglicht.
- werden ökologisch nachhaltige Service- und Dienstleistungen bereitgestellt.
- wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Glasfaseranbindung schneller, effizienter und gezielter insbesondere auch im ländlichen Raum vorgebracht.
- werden beste Bedingungen für Forschung und Start-Ups zur Sicherung und zum Ausbau des IT-Standorts in europäischer Kooperation geschaffen.
- werden Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Digitalwirtschaft gefördert.
- wird der Mittelstand zum einfachen und innovativen Aufbau einer modernen Digitalstruktur und zum Gebrauch künstlicher Intelligenz durch eine Digitalisierungsprämie unterstützt.
- werden Frauen im IT-Sektor, um den Gender-Pay-Gap zu schließen, gezielt gefördert.
- wird eine gezielte Förderung gemeinwohlorientierter und nachhaltiger Gründungen ("Social Entrepreneurship") verfolgt.
- gibt es eine Förderung von Modellregionen, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den Einzelhandel und das Handwerk entwickeln.

5.3 Digitale Mobilität

Wir wollen allen Saarländer*innen eine Alternative zum klassischen Autoverkehr bieten. Digital organisierte Mobilitätsketten führen zur Verschmelzung von öffentlichem und individuellem Verkehr. Digitale Verkehrslösungen und digitale Prozesse erweitern das Spektrum der Möglichkeiten für Mobilität und Logistik. Vor allem in der Verknüpfung und digitalen Vernetzung von Personenverkehr und Logistikverkehr liegen große Potenziale, Mobilität und Logistik für alle Räume weiterzuentwickeln.

Nur mit GRÜN:

- gibt es eine kluge und digitale aktive Verkehrssteuerung zur Verbesserung der Verkehrsströme.
- wird eine datenbasierte langfristige Verkehrsplanung zur Sicherung der Mobilität für alle Bürger*innen eingeführt.
- wird die Teststrecke für grenzüberschreitendes autonomes Fahren, um auf lange Sicht Spitzenreiter zu bleiben, ausgebaut und gefördert.
- werden offene Standards zur Sicherstellung einer digitalisierten Verknüpfung aller Mobilitätsangebote über gemeinsame Plattformen etabliert.
- wird eine Mobilitätsplattform aufgebaut über die nicht nur Fahrkarten gekauft und Reiseverbindungen gesucht werden können, sondern die auch Daten zur Verkehrslenkung und Entzerrung in die Verkehrs- und Wegeplanung einbezieht.
- wird die SaarVV-App mit der Einbindung aller Anbieter und Mobilitätsformen zu einer saarländischen Mobilitätsplattform für eine intelligente Verknüpfung aller Angebote ausgebaut.
- fließen Daten zu flexibilisierten Schul- und Arbeitsanfangs- sowie Endzeitpunkten ebenfalls in die Verkehrs- und Wegeplanung über die Mobilitätsplattformen ein.

5.4 Digitale Bildung

Die Digitale Infrastruktur der saarländischen Schulen wurde in den letzten zwei Jahren auf die Probe gestellt und offenbarte einige schwerwiegende Lücken. Wir sollten die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie jedoch auch als Chance begreifen, mithilfe von digitalen Lehr- und Lernmethoden den Unterricht für die Zukunft verbessern zu können. Doch genau dafür müssen nun entscheidende Weichen gestellt werden. Weiterhin stagniert die Umsetzung von Konzepten zur Medien- und Digitalisierungsbildung, welche in Zeiten von Desinformationskampagnen umso wichtiger geworden sind.

Nur mit GRÜN:

- wird die Onlineplattform „Online-Schule Saar“ (OSS) zu einer umfassenden Plattform für Lerninhalte, Kommunikation und Organisation weiterentwickelt und kritisch begleitet.
- werden Geräte für schulische Anwendungen den höchsten Standards für Privatsphäre und Datensicherheit genügen.
- wird die Installation und Wartung der Geräte in Händen von Fachkräften liegen.
- wird in Schulen die nötige digitale Infrastruktur, unter anderem Breitbandanschluss und flächendeckendes WLAN, aber auch moderne digitale Klassensaalausstattung zum Standard.
- werden bereits während des Lehramtsstudiums Kompetenzen im Bereich der digitalpädagogischen Bildung aufgebaut und kontinuierlich durch regelmäßige Fortbildungen in allen Phasen der Lehrerbildung aktualisiert und vertieft werden.
- werden Medienbildung, Medien- und Digitalkompetenz fächerübergreifend im Lehrplan verankert und ab der Grundschule gefördert werden. Unter anderem sollen methodische Kompetenzen zur Beurteilung von Inhalten, ethisch- gesellschaftliche Gesichtspunkte sowie Datenschutz und rechtliche Herausforderungen im Fokus stehen.
- wird das Fach Informatik in den weiterführenden Schulen als verbindliches Pflichtfach in die Stundentafel aufgenommen.

- wird in Schulen ein besonders für Schülerinnen attraktiver Umgang mit technologischen und naturwissenschaftlichen Themen gepflegt und aktiv gefördert.

5.5 Digitale Teilhabe

Wir GRÜNE wollen digitale Teilhabe für alle Bürger*innen chancengerecht und gleichermaßen sichern. Der Zugang und die Nutzung des Internets müssen daher zum soziokulturellen Existenzminimum gerechnet werden. Mittelfristig muss es für jeden möglich sein, zeit- und ortsunabhängig das Internet zu nutzen.

6 GERECHTE BILDUNG

Gute Bildung bedeutet für uns GRÜNE, den Menschen ohne Rücksicht auf soziale Herkunft oder wirtschaftliche Lage seinen Begabungen entsprechend zu fördern.

Wir wollen alle Bildungseinrichtungen darauf ausrichten, dass die individuellen Bedürfnisse eines jeden erkannt und gefördert werden. Gleichzeitig muss das soziale Miteinander gestärkt werden. Wir stehen ein für Bildungsgerechtigkeit und faire Bildungschancen. Daher brauchen wir ein inklusives Bildungssystem, das Vielfalt als Chance erkennt und eine Bildungspolitik, die eine inklusive Gesellschaft und deren demokratische, soziale und kulturelle Entwicklung fördert.

Alle Bildungsangebote und -einrichtungen müssen barrierefrei zugänglich sein. Gute Bildungschancen in allen Bereichen dürfen nicht vom finanziellen Rahmen oder der Herkunft der Eltern abhängen. Langfristig ist anzustreben, dass Bildung von der Kita bis zum Master im Saarland beitragsfrei ist. Perspektivisch soll das auch für die Meisterausbildung im Handwerk gelten.

6.1 Frühkindliche Bildung - Erziehung und Betreuung als Grundstein unseres Bildungssystems stärken

Der Grundstein für gute und gerechte Bildungschancen wird bereits vor Eintritt in die Schule gelegt und zwar in den Kindertagesstätten: Kinderkrippe und Kindergarten. Diese sind mehr als reine Betreuungseinrichtungen. Durch den Dreiklang von frühkindlicher Bildung, Erziehung und verlässlicher Betreuung werden hier die Weichen für die Zukunft unserer Kinder gestellt.

6.1.1 Die Qualität der vorschulischen Bildung verbessern

Die Qualität der frühkindlichen Bildung muss in den Blick genommen werden. Wir wollen keine Verschulung der Kindertagesstätten, sondern durch eine professionelle, auf einem hohen Ausbildungsniveau basierende pädagogische Betreuung eine kindgemäße, ganzheitliche Förderung möglichst vieler Kinder erreichen.

Um das zu erreichen, werden wir:

- die Sprachförderung in den Kindergärten ausbauen.
- zwei- oder mehrsprachige Angebote in den Kindertageseinrichtungen verstärkt fördern.
- Maßnahmen zur Gesundheitsförderung stärken.
- Umwelterziehung und Erziehung zur nachhaltigen Entwicklung ausbauen.
- Die DGE-Richtlinien bei der Verpflegung verbindlich festlegen.
- das Erstellen standortspezifischer pädagogischer Konzepte von Kitas fördern
- die Kooperation Kindergarten-Grundschule im letzten Kindergartenjahr stärken und fortführen.
- die Integration von Kindern durch verstärkte personelle Ressourcen fördern.
- den Personalschlüssel in den Kitas so verbessern, dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Umsetzung des Bildungs-/Erziehungs- und Betreuungsauftrages vor Ort ist.
- uns für eine bessere Bezahlung des Erzieher*innenberufes einsetzen.
- multiprofessionelle Teams einrichten.

- den Anteil der Ausbildungsplätze ausbauen, insbesondere die praxisintegrierte Ausbildung (PIA), und den Ausbildungseinrichtungen die benötigte zeitliche Kapazität verschaffen.
- gesetzlich verankerte Vor- und Nachbereitungszeiten sowie Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieher*innen ausbauen.
- uns einsetzen für die Weiterentwicklung der Kitas zu Familienzentren.

6.1.2 Krippenplätze und Kitaplätze schaffen

Alle profitieren von einem guten frühkindlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebot. Ein breites Angebot an wohnortnahen Betreuungsplätzen, welches zeitlich auch auf die Bedürfnisse von berufstätigen Eltern abgestimmt ist, stellt eine wichtige Voraussetzung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf dar und ist besonders hilfreich für Alleinerziehende. Zwar ist der Ausbau der Krippen- und Kindergartenplätze in den vergangenen Jahren vorangeschritten, aber immer noch gibt es zu wenig wohnortnahe Kitaplätze für alle Kinder.

Wir werden:

- den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab einem Jahr umsetzen, indem wir die Kommunen bei der Schaffung von Kindergarten- und Krippenplätzen unterstützen und ein geeignetes Tool einrichten, das den Erziehungsberechtigten bei der Suche nach einem wohnortnahen Betreuungsplatz hilft.
- die Kommunen bei der Schaffung der baulichen und räumlichen Voraussetzungen für Kindertagesstätten durch ein landesweites Investitionsprogramm unterstützen.
- uns dafür einsetzen, dass Kitaplätze langfristig kostenlos angeboten werden. Bis dies umgesetzt werden kann, sprechen wir uns für die Wiedereinführung der einkommensabhängigen Staffelung der Elternbeiträge aus.
- das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestalten.

6.2 Schulische Bildung auf die Erfordernisse von heute und morgen ausrichten

6.2.1 Schule als Lebensraum stärken: Ganztagschulen ausbauen

Die Schule der Zukunft ist auf die Ganzheitlichkeit der Entwicklung von Schüler*innen ausgerichtet. Die Ganztagschule räumt mehr Zeit zum Lernen - aber auch mehr Raum zur individuellen Entfaltung ein, um gleiche Bildungschancen zu gewährleisten. Damit soll zudem eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf gewährleistet werden. Der ab 2026 geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen erfordert zudem wichtige Weichenstellungen.

Deshalb werden wir:

- neben dem Ausbau der freiwilligen Ganztagschulen (FGTS) die Anzahl der beitragsfreien gebundenen und teilgebundenen Ganztagschulen deutlich erhöhen, da diese das Lernen anders, kindgerechter und über den Tag verteilt rhythmisiert gestalten.
- Kindern ermöglichen, eine wohnortnahe gebundene Ganztagschule zu besuchen.
- die Personalsituation an der FGTS durch Schaffung von Personalreserven verbessern.
- durch Förderung der Kooperation mit Vereinen und kulturellen Bildungsträgern das ganzheitliche musisch-kulturelle Lernen und Sportangebote im Ganztagsbereich erweitern und damit die Qualität der Betreuung steigern.

6.2.2 Stärkung der Schulsozialarbeit

Wir werden intensivere Strukturen der Schulsozialarbeit in den Schulen verankern, um den veränderten Anforderungen von Prävention und Intervention zu begegnen.

Dies kann nur durch gut ausgebildete Schulsozialarbeiter*innen geschehen, die das Bindeglied zur Jugendhilfe darstellen und als Teil von multiprofessionellen Teams den Inklusionsprozess in Schulen mitgestalten.

Wir werden:

- pro Schule mindestens eine Schulsozialarbeiter*innenstelle als festen Bestandteil der Schulgemeinschaft einrichten.
- die Stundenzahl der Schulsozialarbeit an Ganztagschulen erhöhen.
- den rechtlichen Rahmen zur Zusammenarbeit der Schule mit Schulsozialarbeit durch die Aufnahme ins Schulmitbestimmungsgesetz schaffen, damit Schulsozialarbeit in schulinternen Steuerungsgruppen sowie Schul- und Klassenkonferenzen mit eingebunden wird.
- uns dafür einsetzen, dass die Aufgabenbereiche der Schulsozialarbeit ins Schulordnungsgesetz als Pflichtaufgabe von Landkreisen und Land aufgenommen werden (analog § 20a SchoG – Schulpsychologischer Dienst).
- uns dafür einsetzen, dass eigene Gelder für bedarfsgerechte Präventions- bzw. Projektarbeit an Schulen zur Verfügung gestellt werden und die Sozialarbeit über die nötige Ausstattung verfügt.

6.2.3 Gute Rahmenbedingungen für inklusive Schulen schaffen

Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die unseren GRÜNEN Grundwerten entspricht, werden wir im Hinblick auf eine inklusive schulische Bildung das Schulsystem so verbessern, dass eine echte Teilhabe aller Schüler*innen umgesetzt werden kann. Die Rechtsgrundlagen dafür sind im Schulordnungsgesetz und in der Inklusionsverordnung vorhanden, die Rahmenbedingungen an Schulen sind jedoch stark verbesserungsbedürftig.

Deshalb werden wir:

- eine angemessene Personalausstattung mit Förderschullehrkräften und qualifizierten Eingliederungshilfen den Regelschulen zur Verfügung stellen.
- Eingliederungshelfer*innen eine bessere Bezahlung und faire Arbeitsverträge anbieten und Möglichkeiten schaffen, ihre Qualifikation durch Fortbildungsmaßnahmen zu verbessern.
- den bürokratischen Aufwand zum Einsatz von Eingliederungshelfer*innen verringern.
- uns dafür einsetzen, dass Regelschullehrkräfte eine sonderpädagogische Zusatzqualifikation erwerben können, um sie auf die Anforderungen der Inklusion vorzubereiten.
- die Förderschule L auslaufen lassen und die freiwerdenden Lehrer*innen im inklusiven Unterricht an Regelschulen einsetzen.
- andere Förderschulformen so lange erhalten, wie erforderlich. Sie erhalten die notwendige materielle und personelle Unterstützung auch im Hinblick auf eine mögliche Eingliederung der Schüler*innen in Regelschulen.
- die regionalen Förderzentren zu "Kompetenzzentren Inklusion" ausbauen.
- multiprofessionelle Teams, bestehend aus Regelschullehrkraft, Förderschullehrkraft, je nach Anlass erweitert mit Schulsozialarbeiter*in, schulpsychologischem Dienst und pädagogischer Fachkraft sowie gegebenenfalls einer Eingliederungshilfe schaffen, die ganzheitliche Förderdiagnostik und -planung erarbeiten und umsetzen.
- gemeinsam mit den Schulträgern Konzepte zur barrierefreien Umgestaltung der Schulhäuser erarbeiten und die Finanzierung bezuschussen.
- die Information und Unterstützung der Erziehungsberechtigten von Schüler*innen mit Unterstützungs- und Förderbedarf, sowie deren Einbeziehung in Entscheidungen, fördern,
- die Akzeptanz und Bereitschaft für Inklusion bei allen Beteiligten fördern, durch entsprechende Aufklärung, Unterstützung und Schulung.
- die Inklusionsverordnung an die notwendigen Gegebenheiten anpassen und für gerechte Ressourcenvergabe sorgen.

6.2.4 Bildung für nachhaltige Entwicklung und Demokratiebildung

Kinder und Jugendliche sollen lernen eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und ihr Handeln danach zu beurteilen, inwiefern dadurch auch nachfolgende Generationen und globale Probleme betroffen sind. Um das zu erreichen, soll in allen Schulen und Kindertagesstätten eine altersangemessene Pädagogik der Nachhaltigkeit praktiziert werden. Nachhaltige Bildung ist dabei eng mit politischer Bildung verknüpft. Diese wollen wir ins Zentrum einer neuen Bildungspolitik stellen, um die mündigen Bürger*innen von Morgen mit systematischen Kenntnissen über unser demokratisches System und Kompetenzen für verantwortungsvolles politisches Handeln auszustatten. Politische Bildung junger Menschen ist eine wesentliche Präventionsmaßnahme zur Abwehr demokratiefeindlicher, extremistischer oder gewaltbereiter Ideologien. Sie ist bedeutsam zur Stärkung der Demokratieerziehung in der Schule, der sich alle Fächer verpflichtet fühlen müssen.

Wir werden:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den Schulen, der außerschulischen Bildung, in Kitas, Hochschulen, der Beruflichen Bildung und Weiterbildung fest etablieren. Dabei kann es nicht nur darum gehen, das theoretische Wissen zu erweitern, sondern auch notwendiges Verhalten einzuüben und zu beeinflussen.
- politische Bildung durch demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten praxisnah stärken, indem wir Klassenräte und kreisweite Jugendbeiräte etablieren.
- den Studiengang Politikwissenschaften auf Lehramt wieder einführen, um dem Stellenwert des Faches durch qualifiziertes Fachpersonal gerecht zu werden. Außerdem wollen wir die Wiedereinführung des Erdkundestudiengangs prüfen.
- in den Lehramtsstudiengängen Geschichte beziehungsweise Politik und Erdkunde Didaktik und Inhalte des Fachs Gesellschaftswissenschaften an Gemeinschaftsschulen verankern.

6.2.5 Ausbildungsfähigkeit sichern – mathematische und sprachliche Kompetenzen gezielt verbessern

Eine der Hauptaufgaben der Schule ist es, Schüler*innen gut auf ihre nächste Bildungsphase vorzubereiten. Mathematische und sprachliche Fähigkeiten bilden dabei die Kernkompetenzen, unabhängig vom anschließend eingeschlagenen Bildungsweg. Ausbildungsbetriebe wie berufliche Schulen beklagen jedoch regelmäßig gravierende Bildungsmängel eines Teils der Abgänger*innen allgemeinbildender Schulen. Dieser Tatbestand wird von nationalen Leistungsvergleichen bestätigt. Das Leistungsniveau der saarländischen Schüler*innen hat sich in den vergangenen Jahren laut Bildungstrend 2018 des Instituts für Qualitätsentwicklung und des Bildungsmonitors 2021 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft deutlich verschlechtert. Unabhängig davon ist es allerdings generell geboten, die mathematischen und sprachlichen Kompetenzen durch entsprechende Bildungsangebote und Lehrkompetenzen zu stärken, da auch Kompetenzschere entlang ökonomischer Ressourcen und Migrationshintergründen beseitigt werden wollen.

Daher wollen wir dafür sorgen, dass..

- die Ergebnisse nationaler Lernstandserhebungen mit darauf aufbauenden hochwertigen individuellen Förderhinweisen nicht nur Lehrkräften und Schulleitungen, sondern auch Eltern und Schüler*innen ebenso wie der Schulaufsicht zugänglich gemacht werden.
- (gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern) weitere landeszentrale verbindliche Lernstandserhebungen vor allem in den Schlüsselfächern Deutsch und Mathematik in weiteren Klassenstufen (z.B. 5. Klasse: Lernausgangslagentests zu Beginn des Schuljahres) als Grundlage gezielter Förder- und Schulentwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden.
- weitere landesweitverbindliche Lernstandserhebungen vor allem - aber nicht nur - in den Schlüsselfächern Deutsch und Mathematik in weiteren Klassenstufen als Grundlage gezielter

Förder- und Schulentwicklungsmaßnahmen durchgeführt werden (ggf in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern).

- mittelfristig die Lehrkräfte entlastet werden, indem die Testinstrumente ebenso wie die Rückmeldungen digital bereitgestellt werden.
- eine an der Umsetzung der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz KMK orientierte Qualitätsagentur im Bildungsministerium eingerichtet wird.
- verstärkt herkunftssprachlicher Unterricht in weiteren Sprachen angeboten wird, da dadurch auch die allgemeine Sprachkompetenz gefördert wird und das Potenzial von Schüler*innen besser genutzt und gefördert werden kann.

6.2.6 Religiösen und weltanschaulichen Unterricht von morgen anbahnen

Schule soll weiterhin ein Ort sein, an dem religiöse und weltanschauliche Fragen reflektiert werden und das notwendige Wissen dazu vermittelt wird. Wir respektieren die verfassungsrechtliche Garantie des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts. Neben dem bestehenden Ethikunterricht wollen wir aber perspektivisch einen konfessions- bzw. religionsübergreifenden Unterricht anbieten.

Deshalb werden wir:

- mehr Angebote für einen konfessions- und/oder religionsübergreifenden Unterricht in Religion und Ethik auf den Weg bringen, das beinhaltet auch ein unter staatlicher Verantwortung stehendes Angebot für die religiöse Unterrichtung anderer Glaubensrichtungen.
- die Modellprojekte des Ministeriums für Bildung und Kultur für islamischen Religionsunterricht bei Bedarf an Schulen fördern. Die dafür aufgebauten Kooperationen sollen verstetigt werden.

6.2.7 Alle Lehrkräfte gerecht entlohnen

Grundsätzlich treten wir für eine gerechte Entlohnung aller Lehrkräfte ein, indem wir:

- uns im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Saarlandes uns für eine Eingruppierung aller grundständig ausgebildeten Lehrkräfte in die Besoldungsgruppe A 13 einsetzen.
- uns dafür einsetzen, dass die Funktionsstellenstruktur bedarfsorientiert an den verschiedenen Schulformen vereinheitlicht wird.

6.3 Ein Schulsystem - mehrere Schulformen in Einklang bringen

6.3.1 Grundschulen auf die Zukunft ausrichten

In der Grundschule wird das Fundament für die weitere schulische Laufbahn gelegt. Sie ist eine gemeinsame Schule für alle Kinder. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Grundschule sind zunehmend schwieriger geworden. Zahlreiche pädagogische Herausforderungen müssen bewältigt werden, um die Bildungs- und Erziehungsarbeit in der Grundschule auf die Zukunft auszurichten.

Dazu gehört der Umgang mit Kindern mit vielfältigen Voraussetzungen und die damit verbundene Umsetzung der Inklusion.

Wir werden die Lehr- und Lernbedingungen in der Grundschule verbessern, indem wir:

- dafür sorgen, dass es kleinere Klassen gibt. Dabei soll der Anteil der Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf und derer mit wenig/keinen Deutschkenntnissen mitberücksichtigt werden. Im Idealfall sollten in keiner Klasse mehr als 20 Schüler*innen unterrichtet werden.
- uns dafür einsetzen, dass das Lehrpersonal an Grundschulen über den stundenplanmäßigen Bedarf hinaus ausreichend aufgestockt wird, damit offene schülerorientierte Unterrichtsmethoden und Förderkonzepte besser implementiert werden können.
- die Grundschullehrkräfte entlasten durch das Einstellen von weiterem pädagogischen Personal zur Erledigung zusätzlicher Aufgaben innerhalb des unterrichtlichen Geschehens. Langfristig sollen zwei Pädagog*innen in einer Grundschulklasse gleichzeitig tätig sein.

- die mobile Lehrerfeuerwehr mit für die Schulform ausgebildeten Lehrkräften so ausbauen, dass Unterrichtsausfall vermieden wird.
- die Unterrichtsstunden an zusätzlichem Deutschunterricht (DAZ) wieder deutlich erhöhen.
- als Reaktion auf die zunehmende Anzahl von Schüler*innen, die keiner oder einer anderen als der evangelischen oder katholischen Glaubensgemeinschaft angehören, neben dem konfessionellen Religionsunterricht das Fach Ethik saarlandweit an Grundschulen einführen.
- das frühe kindgemäße Sprachenlernen als konsequente Hinführung auf eine Zweisprachigkeit in unserer Region verstärken und dafür sorgen, dass Französisch ab Klassenstufe 1 durchgängig in allen Klassenstufen unterrichtet wird.
- den Elternwillen bei der Wahl der weiterführenden Schule aufrechterhalten und die nicht verpflichtende Schullaufbahnpflicht in Klasse 4 beibehalten.
- die Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen an der Universität des Saarlandes erhöhen, ebenso die Kapazitäten im Staatlichen Studienseminar entsprechend steigern, um zukünftig ausreichend Lehrer*innenpersonal für den Primarbereich zur Verfügung zu haben.

6.3.2 Weiterbildende Schulen: auf die Bedürfnisse der Jugendlichen abgestimmte Bildungsangebote

Das Portfolio an weiterbildenden Schulen bietet allen Jugendlichen ein auf ihre Bedürfnisse abgestimmtes Bildungsangebot. Über Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Berufsschulen werden einerseits unterschiedliche Fach- und Sozialkompetenzen vermittelt. Zugleich ist der Zugang zu einem qualifizierten Berufsabschluss bzw. zu einem Hochschulstudium über verschiedene Wege (Schullaufbahnen) zu erreichen. Hierfür ist die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen weiterhin zu gewährleisten. Die Bereitstellung einer vergleichbaren Ressourcenausstattung an Personal und Infrastruktur gewährleistet den fairen Wettbewerb und bietet die Voraussetzung, dass Jugendliche ihren Bildungswunsch erfolgreich anstreben können.

Gemeinschaftsschulen: alle Abschlüsse unter einem Dach

Die Gemeinschaftsschule ist vom Ansatz her die Weiterführung der Grundschule nach Klasse 4 und daher ebenso eine gemeinsame Schule für alle Kinder.

Die große Diversität wird von den saarländischen Gemeinschaftsschulen erfolgreich aufgegriffen, um jede*r Schüler*in den besten möglichen Abschluss zu vermitteln. Hierfür werden u.a. Beratungsgespräche, Förderplangespräche sowie individualisierte Unterrichtsangebote und Leistungsnachweise durchgeführt.

Darüber hinaus bietet die Gemeinschaftsschule alle in Deutschland zu erreichenden Abschlüssen an: Hauptschulabschluss, Mittlerer Bildungsabschluss und das Abitur in neun Jahren. Alle Abschlüsse sind an einheitliche Abschlussprüfungen gebunden, was einen hohen organisatorischen Aufwand bedeutet. Daher muss dieser Schulform, die zudem inklusive Schulform und Pflichtschule ist, besondere Aufmerksamkeit zukommen. Dies muss sich auch in einer angemessenen finanziellen und personellen Ausstattung niederschlagen.

Wir werden die Rahmenbedingungen der Gemeinschaftsschulen verbessern, indem wir:

- Schule zu einem Ort für Kinder und Jugendliche ausbauen, an dem sie ihr Potential entfalten können. Dazu gehört eine gute Ausstattung mit zeitgemäßen Lehr- und Lernmitteln, um durch passende Rahmenbedingungen eine produktive Lernatmosphäre zu schaffen.
- die Erziehungsarbeit durch Klassengemeinschaftsstunden, kooperative Lernformen, Sozialkompetenztraining und Verankerung von Mediation stärken.
- die Klassengrößen auf maximal 25 Schüler*innen senken sowie flexibler gestalten und den Herausforderungen anpassen, die von der Klassenzusammensetzung ausgehen.

- den einzelnen Schulen eine angemessene personelle Ausstattung und multiprofessionelle Teams gewährleisten, um den zunehmenden gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können.
- offene und innovative Unterrichtsformen fördern und personell und ggfs. auch finanziell unterstützen.
- die besonderen Belastungen der Lehrkräfte durch die Durchführung von drei Abschlussprüfungen und durch den Grad an Heterogenität ausgleichen.
- die Funktionsstellenstruktur der weiterführenden Schulen einander angleichen und langfristig für eine einheitliche Besoldung sorgen.
- erfolgreiche Gemeinschaftsschulkonzepte in Studium und Vorbereitungsdienst verankern.
- durch diese Maßnahmen und eine gute Öffentlichkeitsarbeit den neunjährigen Weg zum Abitur auf der Gemeinschaftsschule als echte Alternative zum Gymnasium anbieten.

Gymnasium: der traditionelle Weg zum Abitur

Der Bildungsgang am Gymnasium umfasst die Klassenstufen 5 bis zum Abitur. Für alle anderen Abschlüsse gibt es Gleichstellungsvermerke, die ohne Abschlussprüfung vergeben werden. Die gymnasiale Bildung bereitet auf ein Hochschulstudium vor, ermöglicht aber auch den Eintritt in berufsbezogene Bildungsgänge. Da das Gymnasium keine Pflicht-, sondern Angebotsschule ist, werden Schüler*innen weitgehend in homogeneren Lerngruppen unterrichtet. Im Vordergrund steht die Leistung als Kriterium der Teilhabe an dieser Schulform. Viele Eltern wünschen sich für ihr Kind den gymnasialen Bildungsgang. Diesem Elternwillen wollen wir ebenso gerecht werden wie der Verankerung der Gymnasien in der saarländischen Verfassung.

Auch die Schüler*innen des Gymnasiums sind in zunehmendem Maß mit Herausforderungen konfrontiert: psychische Auffälligkeiten, Schüler*innen, die mit dem Druck nicht zurechtkommen, Schulverweigerung erschweren die Lernbedingungen, treffen aber auf ein Personal, das von seiner Ausbildung her nur wenig auf diese Problemlagen vorbereitet ist. Immer noch ist Schulsozialarbeit an vielen Gymnasien nur marginal etabliert und keinesfalls in den Schulprozess integriert. Aber auch gymnasiale Schüler*innen haben ein Anrecht darauf, dass ihre spezifischen Probleme ernst genommen werden.

Daher werden wir:

- unabhängig von G8 oder G9 die Gleichwertigkeit der allgemeinbildenden Gymnasien mit Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien sicherstellen.
- am Willen von Kindern und Eltern als Eingangsvoraussetzung festhalten.
- den Umgang mit der wachsenden Heterogenität durch eine Öffnung der starren Jahrgangsklassen und des getakteten Fachunterrichts erleichtern.
- den Vorrang des Förderns vor dem Auslesen stärker in den Fokus nehmen und die Wirksamkeit des Wiederholens überprüfen.
- dem sozialen Lernen einen Platz geben durch Klassenleiterstunden, Mediation und Projektlernen.
- Gymnasien, die inklusive Ansätze und Projekte vor allem in Teamarbeit entwickeln, unterstützen.
- Schulsozialarbeit stärken, den schulpsychologischen Dienst ausbauen und diese Kompetenzen in den Schulprozess (z.B. in Konferenzen) integrieren.
- bereits in Studium und Vorbereitungsdienst neben dem Vermitteln von Fachwissen auf soziales Lernen und Teamarbeit vorbereiten.
- spezialisierte Fachangebote einzelner Gymnasien begrüßen und die Zusammenarbeit zwischen den Gymnasien bzw. gymnasialer Zweige (Gemeinschaftsschule) zur Erhöhung der Wahlmöglichkeiten fördern.
- das Ganztagsangebot auch an Gymnasien stärken.

G8 oder G9 an Gymnasien?

Grundsätzlich sehen wir das Nebeneinander von G9 an Gemeinschaftsschulen sowie beruflichen Schulen und dem G8 an Gymnasien als sinnvollen Weg an. Gleichwohl sind wir für eine Wiedereinführung von G9 an Gymnasien offen, wenn dies vom Elternwillen getragen wird. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Ressourcen, wie Lehrkräfte und Infrastruktur (Klassenräume), sind bereitzustellen.

Keinesfalls soll die derzeitige Übergangsregelung von der Grundschule zum Gymnasium durch eine verbindliche Schullaufbahnpflicht in Klasse 4 verschärft werden. Die gewonnene Zeit durch ein weiteres Schuljahr am Gymnasium sollte zu Förderung und Forderung genutzt werden.

G9 an Gymnasien darf auch nicht auf Kosten von Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Schulen gehen. Um die Gleichwertigkeit der Schulformen weiter zu fördern, ist es bereits jetzt geboten, zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Mehr Lehrer*innenstellen am Gymnasium müssen daher auch im vergleichbaren Umfang mehr Lehrer*innenstellen an Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen zur Folge haben.

Berufliche Schulen stärken, um den Fachkräftemangel entgegenzutreten

Berufliche Schulen bieten mit ihrer Vielzahl an Schulformen und Schulabschlüssen (von Hauptschulabschluss bis hin zur Allgemeinen Hochschulreife sowie Berufsschulabschlüsse und staatlich geprüfte Berufsabschlüsse) ein hochkomplexes, differenziertes und durchlässiges Bildungsangebot. Mit ihrem breit aufgestellten Bildungsangebot ermöglichen die beruflichen Schulen Schüler*innen aller Leistungsniveaus den Zugang zu Bildungsgängen, die bis zum Abitur führen. Sie leisten somit einen wesentlichen und unverzichtbaren Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.

Darüber hinaus können Schüler*innen gerade über die beruflichen Vollzeitschulformen mit den unterschiedlichen Fachrichtungen den Weg in die duale Berufsausbildung finden. Diesen Weg werden wir in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern weiter stärken und ausbauen, um dem Fachkräftemangel im Saarland entgegenzuwirken.

Die Arbeitswelt befindet sich durch den Strukturwandel, die demographische Entwicklung, die Globalisierung und Digitalisierung in einem tiefgreifenden Wandel. Darauf muss auch die berufliche Bildung reagieren. Die Berufsschule ist einer der beiden Lernorte in der dualen Ausbildung. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung gut ausgebildeter Fachkräfte und damit zu der Wettbewerbsfähigkeit saarländischer Unternehmen. Die beruflichen Schulen als dualer Partner in der Berufsausbildung müssen entsprechend aufgestellt werden.

Zukunftsorientiert werden wir deshalb das System der beruflichen Schulen weiterentwickeln und dabei besonders soziale Kompetenzen, Digitalisierung und Nachhaltigkeit fördern. „Berufliche Schulen digital“ müssen die Schüler fit machen für die Arbeitswelt 4.0.

Wir werden:

- in einer Imagekampagne die Potenziale des beruflichen Systems sowohl für Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte öffentlich präsenanter machen und somit Ausbildungen auch für Menschen mit höherwertigen Schulabschlüssen interessanter machen.
- Oberstufenverbände und damit verbunden eine Kooperation zwischen den Gemeinschaftsschulen und beruflichen Oberstufengymnasien weiter fördern und somit mehr Schüler*innen nicht nur auf ein Studium, sondern durch die fachliche Ausrichtung der Oberstufengymnasien in besonderer Weise auf das Berufsleben vorbereiten.
- die Potenziale an der Universität des Saarlandes und den Hochschulen nutzen, um breiter für das Lehramt an beruflichen Schulen auszubilden und somit die Personalsituation an beruflichen Schulen zu verbessern.

- die digitale Transformation der beruflichen Schulen vorantreiben und dazu einen Digital-Pakt Berufliche Schulen im Saarland auflegen, um so nachhaltig eine verlässliche Finanzierung der digitalen Ausstattung und Infrastruktur sowie der Qualifizierung der Lehrkräfte sicherzustellen.
- verstärkt auf Kooperation mit den Kammern, Innungen sowie der Verwaltung, Politik und Wissenschaft setzen, um den Erfordernissen an Modernisierung und Ökologisierung in der beruflichen Bildung gerecht werden zu können.
- in der Lehrer*innenausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen die Themen Digitalisierung, Individualisierung und Differenzierung fördern, um der zunehmenden Heterogenität besser begegnen zu können.
- die Arbeit in multiprofessionellen Teams weiter ausbauen, um Schüler*innen durch Beratung und individuelle Betreuung eine bedarfsgerechte und rechtzeitige Orientierung und Unterstützung zu gewähren. Dazu werden wir die Zusammenstellung und Aufgabenbereiche der multiprofessionellen Teams klarer definieren.
- beruflichen Schulen mehr personelle und Sachmittel zur sprachlichen und gesellschaftlichen Integration der Schüler*innen zur Verfügung stellen.
- Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte vor allem im neu gestalteten Übergangsbereich ausbauen.
- im neu gestalteten Übergangssystem Anschlussperspektiven der Schüler*innen stärken und dazu die Kooperation mit den außerschulischen Partnern stärken.
- den Bereich der beruflichen Schulen strukturell im zuständigen Ministerium und am Landesinstitut für Pädagogik und Medien stärken und wieder klarer herausstellen.
- in den beruflichen Vollzeitschulformen das Fach Sport als wichtigen Teil der Gesundheitsprävention wieder versetzungsrelevant machen und somit mit den anderen Fächern gleichzustellen.

6.4 Bildungsfinanzierung

Die von uns als notwendig erachteten Maßnahmen werden über den Umfang der bisherigen Bildungsausgaben des Saarlandes hinausgehen.

Daher fordern wir:

- eine Erhöhung der Bildungsinvestitionen im Haushalt des Saarlandes.
- eine Aufhebung des Kooperationsverbots und damit verbunden eine höhere finanzielle Verantwortung des Bundes im Bildungsbereich. Da Bündnis 90/Die Grünen in Regierungsverantwortung ist, sehen wir dafür gute Voraussetzungen.

7 WISSENSCHAFT, HOCHSCHULE UND TECHNOLOGIE

Moderne Wissenschaft ist für uns vorurteilsfrei, offen, transparent und kritikfähig. Wissenschaft basiert darauf, dass Menschen aus der ganzen Welt disziplinübergreifend und ungeachtet von Grenzen zusammenarbeiten. Die tragenden Säulen der Wissenschaft sind Forschung und Lehre. Die Lehre dient der Vermittlung von etabliertem Wissen und neu Entdecktem. Forschung erweitert das Wissen. Forschung und Lehre sind Quelle gesellschaftlicher und technologischer Innovation. Neues Wissen ist damit der mächtigste Rohstoff für eine Gesellschaft, unabhängig von Bodenschätzen. Exzellente Rahmenbedingungen für die Wissenschaft und ihre Nutzung generieren Wohlstand und fördern so die gesellschaftliche Weiterentwicklung durch die Schaffung von Wissen, Verständnis und Technologie.

Die saarländische Wissenschaftslandschaft ist vielfältig und soll es auch bleiben. Die Universität und das Universitätsklinikum des Saarlandes, die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), aber auch die Hochschulen für Musik (HfM) und die Hochschule der Bildenden Künste (HBK) bilden zusammen mit den diversen außeruniversitären Forschungseinrichtungen unerschöpfliche Ressourcen unseres Landes. Damit sie auch weiterhin ihre Beiträge zur Zukunft leisten können,

müssen Dozent*innen, Forscher*innen, Künstler*innen umfänglich, nachhaltig und gleichwertig gefördert werden.

Das verspricht viele Vorteile für das Saarland im Speziellen und die Gesellschaft im Allgemeinen. So basieren die besten Corona-Impfstoffe beispielsweise auf einer Forschung, die vor mehr als 20 Jahren unter anderem im Saarland begann und eigentlich nicht auf Infektionserkrankungen abzielte.

Zugleich liegt im Umfeld der Hochschulen und häufig im Wechselspiel mit der lokalen Wirtschaft ein großes Potential für Gründungen und Start-Ups. Auf diese Weise kann sich eine branchenreiche und dynamische Wirtschaftsstruktur entfalten, welche die beste Versicherung gegen Krisenfälle darstellt.

7.1 Studieren im Herzen Europas

7.1.1 Lehre und Studium fürs nächste Jahrzehnt

Lehre und Studium sind primäre Aufgabe der Hochschulen. Als Ausbildungsort für Landeskinder und Zugezogene prägen sie ganze Generationen. Nach fünf Corona-Semestern hat sich gezeigt, dass tiefgreifende Änderungen im Studienablauf notwendig sind. Studierende verdienen ein freies, offenes und anspruchsvolles Studium, das auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.

Deswegen werden wir:

- die Situation der Studierenden nach den Corona-Semestern evaluieren und lebensnahe Lösungen finden, d.h. unter anderem auf eine entsprechende Anpassung an Regelstudienzeiten hinwirken.
- in Zusammenarbeit mit den Hochschulen die mit der Bologna-Reform eingeführten Mittel zur Studienbeschleunigung hinsichtlich Nutzen und Einschränkungen im freien Studienverlauf überarbeiten.
- studentische Mitbestimmung auf allen Ebenen und in sämtlichen Prozessen mehr Gewicht verleihen und dafür mit den Hochschulen die Einführung eines studentischen Vizepräsidentenamts diskutieren.
- Hochschulen dabei unterstützen, Lehre in Grundlagenvorlesungen durch explizit dafür eingestellte pädagogisch versierte Hochschullehrer*innen aufzuwerten.
- uns für eine umfassend digitalisierte Hochschullandschaft einsetzen, indem wir die technische Infrastruktur, Lizenzen für die Hochschulbibliotheken sowie digitale Bildungsformate ausbauen und unterstützen.

7.1.2 Internationalisierung stärken

Die saarländischen Hochschulen sind Sinnbild für die europäische Integration und europaweit sowie international hervorragend vernetzt. Insbesondere durch die Nähe zu Frankreich und Luxemburg besitzt unsere Hochschullandschaft ein Alleinstellungsmerkmal in Forschung und Lehre. Trotzdem zieht es immer weniger junge Menschen zum Studieren ins Saarland und wir sehen uns zunehmend im Wettbewerb mit anderen (auch internationalen) Hochschulen um den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Wir werden daher:

- die Hochschulen in ihren Internationalisierungsbemühungen verstärkt finanziell und institutionell unterstützen.
- das Saarland zur Erasmushochburg für Studierende aus ganz Europa entwickeln, indem wir die Studienbedingungen und Serviceangebote für internationale Studierende noch weiter ausbauen und international für unsere Hochschullandschaft werben.
- uns auf Landes- und Bundesebene sowie mit unseren Nachbarregionen für eine bessere Verkehrsanbindung in der Großregion stark machen, von der vor allem junge Menschen profitieren können.

7.1.3 Zugang zu Hochschulen

Trotz geringer Lebenshaltungskosten im Saarland ist der gleichberechtigte Zugang zu unseren Hochschulen nicht garantiert: Das Saarland liegt beim Anteil an Teilzeitstudierenden auf dem bundesweit letzten Platz, es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum und das Studium wird durch hohe Beiträge immer teurer. Auch beim BAföG besteht dringender Handlungsbedarf.

Wir werden:

- Orientierungsphasen im Studium einführen sowie ein flexibles Teilzeitstudium, auch berufsbegleitend, verbindlich umsetzen.
- das Studierendenwerk beim Bau weiterer Studierendenwohnheime unterstützen.
- uns im Bund für eine Grundsicherung für Studierende und Auszubildende stark machen, die allen eine echte Wahlfreiheit für den eigenen Bildungsweg eröffnet. Deswegen muss das BAföG im Sinne des grünen Zwei-Säulen-Modells elternunabhängig, schuldenfrei und losgelöst von der Regelstudienzeit weiterentwickelt werden.
- sowohl physische als auch digitale Barrieren an Hochschulen abbauen.
- alternative Hochschulzugänge erleichtern, um auch untypische Bildungswege zu unterstützen.
- die Programme für lebenslanges Lernen der Hochschulen stärken und weiter öffnen, um die Folgen des Strukturwandels aufzufangen. Hierzu werden wir ein Programm zur Unterstützung gemeinsamer Projekte zwischen Hochschulen und Volkshochschulen erarbeiten.

7.1.4 Hochschulen als Vorbild für Nachhaltigkeit

Hochschulen sollen ihrer Vorbildfunktion gerecht werden und sich zu Vorreiterinnen in der sozial-ökologischen Transformation entwickeln. Von Hochschulen gehen die wichtigen Impulse aus, die das Zeitalter prägen.

Daher werden wir:

- die Bestandsbauten klimaschützend sanieren.
- bei Neubauten auf neue, klimaschonende Bauweisen und Architekturstile, wie zum Beispiel das Neue Europäische Bauhaus zurückgreifen.
- die Fahrradinfrastruktur verbessern. Dazu gehören Radschnellwege zwischen den Hochschulen im Raum Saarbrücken aber auch nach Homburg. Ebenso muss die Anbindung an den Bahnhof Scheidt attraktiver und barrierefrei gestaltet werden.
- mögliche Standorte für Erneuerbare Energien überprüfen.

7.2 Forschungs- und Innovationsstandort Saarland

7.2.1 Nachhaltige und ausgewogene Forschungslandschaft

Forschungsnetzwerke und interdisziplinäre Kooperation sind die Basis für wissenschaftlichen Erfolg. In Deutschland hat sich dafür eine Lehr- und Forschungslandschaft aus Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsgesellschaften gebildet. Informatik, NanoBioMed und Europa sind wichtige Forschungsschwerpunkte im Saarland. Der Erfolg hat sich nicht zuletzt durch eine starke Förderung der Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen auf dem Campus Saarbrücken ergeben. Wir sehen jedoch erhebliches weiteres Potential an der Universität für die Etablierung neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen.

Zur nachhaltigen Zukunftssicherung der wissenschaftlichen Exzellenz im Saarland werden wir daher:

- die Universität dabei unterstützen, ihre bisherigen Forschungsschwerpunkte für die nächste Runde der Exzellenzinitiative zu stärken.

- gemeinsam mit der Universität und dem Universitätsklinikum ein Konzept zur Gründung eines ersten außeruniversitären Forschungsinstitutes am Campus Homburg erarbeiten und werden auch weitere Standorte und Fachrichtungen bei der Ansiedlung von Forschungsinstituten unterstützen.
- gemeinsame Bestrebungen der verschiedenen Hochschulen zur fächerübergreifenden Zusammenarbeit und Bildung neuer Forschungsfelder fördern.
- Bestrebungen zur fachübergreifenden Zusammenarbeit fördern, insbesondere mit Blick auf die Verzahnung von Forschungsschwerpunkten und anderen Fakultäten.

7.2.2 Wissenschaft unabhängig und solide finanzieren

Die Hochschulen sind nicht nur Raum für Lehre und Forschung, sondern auch einer der größten Arbeitgeber*innen des Saarlandes. Dieser Verantwortung wollen wir durch stärkere Partizipationsrechte und angemessene Arbeits- und Vertragsbedingungen für Studierende, Promovierende und den akademischen Mittelbau gerecht werden.

Hierzu werden wir:

- die Arbeitssituation der studentischen Angestellten durch Einführen eines eigenen Betriebsrates, der insbesondere einen eigenen Tarifvertrag aushandeln kann, verbessern.
- gemeinsam mit der Universität eine Promovierendenvertretung etablieren.
- ein Landesgraduiertenkolleg auflegen, das Wissenschaftler*innen aus allen Fachbereichen der Hochschulen die Aufnahme eines dreijährigen Forschungsprojektes zur Promotion erlaubt.
- die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen fair gestalten, zum Beispiel indem berufliche Perspektiven klar und transparent vermittelt werden, Mindestlaufzeiten für Arbeitsverträge eingeführt werden und der Anteil an unbefristet eingestelltem Personal erhöht wird.
- Programme zur Erhöhung von Dauerstellen im Lehrsektor und bei zentralen Forschungseinrichtungen erarbeiten.

7.2.3 Verantwortungsvolle Forschung und Austausch von Wissenschaft und Gesellschaft

Forschung wird von öffentlichen Mitteln finanziert und hat auch immer das Ziel, in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hineinzuwirken. Damit dies gelingt, werden wir die offene Wissenschaft stärken und die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Kunst, Politik und Gesellschaft fördern.

Die Wirkkraft von Forschung auf die Gesellschaft ist unbestritten. Daraus ergeben sich sowohl eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft als auch Anforderungen an einen Austausch mit der Öffentlichkeit, insbesondere für Forschung, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Daher gilt es, die Wissenschaft dabei zu unterstützen, ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, offene Wissenschaft zu stärken und die Kommunikation zwischen Wissenschaft, Kunst, Politik und Gesellschaft zu fördern.

Dafür werden wir:

- Wissenschaftler*innen und Hochschulen dabei unterstützen, Forschungsdaten, Laborberichte und andere Forschungsprozesse frei zugänglich zu machen.
- die Offenlegung von Informationen über Drittmittel anstreben.
- Reallabore, modellhafte Kooperation zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, im Saarland etablieren.
- Wissenschaftskommunikation ausbauen, entsprechende Initiativen fördern und in der Hochschuldidaktik verankern.
- Formate wie die Nacht des Wissens und Science Slams fördern, da sie wichtige Einblicke in Forschungsergebnisse und Arbeitsweisen ermöglichen, und die für Wissenschaft und Forschung begeistern.

- eine landesweite Zivilklausel einführen, um Forschungsprojekte mit militärischer Zielsetzung zu verhindern und um das Risiko eines Missbrauchs von Forschungsergebnissen für militärische Zwecke zu minimieren.

7.2.4 Innovation als Motor des Saarlandes

Die existierenden Förderprogramme für junge Unternehmen und Gründer*innen müssen weiter ausgebaut werden. Hierbei sollen Schwerpunkte im Bereich neuer klimafreundlicher Technologien, unter anderem im Bereich Energiegewinnung, -transport und -speicherung, bei der Entwicklung von fairen Verkehrskonzepten für die Stadt und das Land, der ressourcenschonenden Landwirtschaft und der umfassenden, flächenorientierten Telekommunikation gesetzt werden. Auch die Entwicklung von anwendungsnahen Technologien, die der Wahrung unserer Grund-, Freiheits- und Bürgerrechte dienen oder für diese gar unerlässlich sind, sollen unterstützt werden. Dies betrifft vor allem die Entwicklung sicherer, überprüfbarer, möglichst diskriminierungsfreier, sowie transparenter, nachvollziehbarer, erklärbarer technischer Systeme und Künstlicher Intelligenz.

Gemeinwohlorientierte Formen des Gründens, von Social Entrepreneurship über gemeinnützige Startups bis hin zu neuen Formen der Mitarbeiterbeteiligung wie modernen Genossenschaften oder self-owned Unternehmen gilt es zu explorieren.

Hierzu werden wir

- die niedrighschwellige Startup- und Gründerkultur weiter ausbauen sowie existierende Beratungsangebote für Gründer*innen erweitern, thematisch breiter aufstellen und besser ausstatten.
- Wege finden, mehr Wagniskapital insbesondere für spätere Phasen der Gründungen zu mobilisieren, um eine frühe Abwanderung sehr junger Startups zu vermeiden und erfolgsversprechende Jungunternehmen ins Saarland zu bringen.
- einen Fokus auf vereinfachte Prozesse und intensive Hilfestellungen legen, um die Attraktivität des Saarlandes für Gründer*innen auch von außerhalb zu erhöhen.
- Ideen und Startups, die gemeinwohlorientierte Projekte entstehen lassen, durch angepasste Förderrichtlinien ermöglichen und unterstützen.
- ein besonderes Augenmerk auf die Förderung von Ideen aus dem Bereich Green Technologies legen, also auf Technologien, die uns helfen den Klimawandel zu bekämpfen.

7.3 Eigene Ressortzuordnung für Wissenschaft, Hochschule, Digitales und Innovation

Die Fülle und Komplexität der weiten Aufgabenbereiche von der Lehre bis zur Startup-Gründung der saarländischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen erfordert eine hochwertige und nachhaltige Unterstützung. Eine effiziente und integrierende Vernetzung muss eine höchstrangige Aufgabe einer Landesregierung sein. Dieses kann nicht im Nebenamt erfolgen. In den vergangenen Jahren ist die Wissenschaftslandschaft des Saarlandes enorm gewachsen. Es ist eine hohe Aufmerksamkeit und Zuwendung inkl. entsprechender Entscheidungskompetenz und Budgetverantwortlichkeit nötig.

- Wir werden daher die nachfolgenden Aufgabenbereiche als Ressorts fest und sichtbar in den Ministerien einrichten.
- Wissenschaft und Hochschulen: Das stark gewachsene Netzwerk der Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen des Saarlandes benötigt einen Ansprechpartner im Ministerrang.
- Digitales: Die Informationstechnologie ist eine der bedeutsamsten und angesehensten Forschungsfelder im Saarland, gleichzeitig ist sie die Voraussetzung zum Verständnis und zur Implementierung der Digitalisierung. Digitalisierung und IT sind wesentliche Kompetenzfelder der saarländischen Wissenschaft und gleichzeitig die zentralen Innovationstreiber unserer Zeit. Die

Implementierung und Steuerung der Digitalisierung gilt es nicht über alle Ministerien zu verstreuen, sondern dort zu bündeln, wo sie ideal wissenschaftlich begleitet werden können.

- Innovation: Neue Entwicklungen, Verfahren und Produkte sind Startpunkte für neue Wertschöpfungsketten. Die Forschungslandschaft des Saarlandes mit IT und Biomedizin als Schwerpunkte ist eine starke Ressource für Innovationen und leistet bereits einen beträchtlichen Teil der regionalen Wirtschaftskraft. Gleichzeitig stellt sie eine hochkomplexe Struktur dar, die permanent bei gleichzeitig sich verändernden Rahmenbedingungen und Aufgabengebieten unterstützt werden muss. Eine optimale Koordination kann außerordentlich erfolgreich sein: finanziell, gesundheitlich und gesellschaftlich, wie wir aktuell bei dem neuen Impfstoff-Unternehmen BiONTEch sehen.

8 DAS SAARLAND – EIN ATTRAKTIVER ORT ZUM LEBEN

Für viele Saarländer*innen ist das Saarland das schönste Bundesland der Welt. Um es zu einem noch attraktiveren Ort zum Leben zu machen ist es unser Ziel, gleiche Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Wir wollen die durch den demografischen Wandel und die Abwanderung junger Menschen betroffenen Gebiete und die ländlichen Räume unseres Bundeslandes langfristig stärken. Unser Ziel ist es, sie so weiterzuentwickeln, dass sie auch unter den Bedingungen des sozialen Strukturwandels gleichermaßen attraktiv für junge und ältere Menschen bleiben. Diese Regionen dürfen nicht gegenüber anderen benachteiligt und abgehängt werden. Dabei sind uns die Bereiche Infrastruktur, Mobilität, Siedlungs- und Wohnraumgestaltung sowie die ökonomische, ökologische und soziale Entwicklung im Gemeinwesen besonders wichtig.

Der öffentliche Nahverkehr muss zur Sicherstellung der Mobilität für alle Bürger*innen besonders im ländlichen Raum stärker gefördert werden. Der ÖPNV muss bezahlbar werden und trotzdem muss die Taktung und die Vernetzung besonders in der Fläche ausgebaut werden. Nur so kann er als echte Alternative zum Individualverkehr angenommen werden. Wir geben der Finanzierung eines bürgerfreundlichen ÖPNV Vorrang vor dem Bau neuer Straßen.

8.1 Wohnraum schaffen

8.1.1 Wohnraum muss bezahlbar bleiben

Wohnraum muss auch unter sozialen Gesichtspunkten bezahlbar bleiben. Die Frage, ob man etwa in den Kommunen des Landes zu akzeptablen Bedingungen wohnen kann oder nicht, soll nicht vom Geldbeutel abhängen, sondern von den persönlichen Bedürfnissen. Eine Wohnungspolitik, die nicht nur vermögende Menschen im Blick hat, geht alle an. Sie betrifft nicht nur Menschen im Sozialleistungsbezug, sondern viele Menschen, die über geringe Einkommen verfügen, aber aus dem Raster der herkömmlichen Definition des sozialen Wohnungsbaus fallen. Wohnungsbau und die Weiterentwicklung der Wohnviertel darf sich nicht nur auf die begehrten Innenstadtlagen fokussieren, sondern muss auch die Entwicklungspotenziale des Umlands im Blick haben. Gleichzeitig wollen wir neue Wohnformen, wie generationenübergreifende Baugemeinschaften stärker mit Beratungsangeboten unterstützen. So fordern wir die Einrichtung einer Beratungsstelle für neue Wohnformen im Alter. Unser Ziel ist es, dass körperlich beeinträchtigte und/oder sozial benachteiligte Bürger*innen möglichst lang in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

Neben den Mieten müssen auch die steigenden Nebenkosten in den Blick genommen werden. Gerade die gestiegenen Energiekosten stellen Familien vor existenzielle Probleme. Hier müssen schnell und unbürokratisch Hilfen für Familien bereitstehen. Familien, gerade mit Kindern, dürfen nicht vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie sich die Heizung noch leisten können. Wir werden daher bei der Meldestelle zur Vermeidung von Stromsperrern nachbessern um den Zugang zu den dort angebotenen Hilfestellungen zu erleichtern und uns außerdem für eine Evaluation und ggf. Anpassung des Notfallfonds zur Vermeidung von Stromsperrern einsetzen. Ziel ist es, Wasser- und Energiesperrern aufgrund von Armut vollständig zu vermeiden.

8.1.2 Sozialer Wohnungsbau

Das Saarland ist Schlusslicht bei den Sozialwohnungen. Der Neubau bzw. die Neuschaffung von Sozialwohnungen gingen auf niedrigem Niveau wieder nach oben, nachdem im Jahr 2017 gar keine neuen Sozialwohnungen geschaffen worden sind.

Aus diesen Gründen müssen wir zum einen die Landeszuwendungen für den Bereich des sozialen Wohnungsbaus deutlich erhöhen. Das Land muss endlich die Bundesmittel zum sozialen Wohnungsbau vollständig abrufen und an die Kommunen weiterleiten. Und weiter brauchen wir ein effektives Fördersystem, um Anreize für Unternehmen zu schaffen, nachhaltig in die Sanierung von Bestandswohnungen mit Sozialbindung und in den Neubau solcher Wohnungen zu investieren.

Wir werden:

- dem sozialen Wohnungsbau wieder neuen Schwung geben und ausreichend bezahlbaren Wohnraum schaffen.
- Bau- und Umbaumaßnahmen unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit und Energieeinsparung gezielt fördern und hierzu Beratungsangebote anbieten.
- finanziell schwachen Familien bei steigenden Nebenkosten Hilfen anbieten.
- armutsbedingte Energiesperren grundsätzlich verhindern.
- Ortskerne erhalten und auch das kulturelle Angebot auf dem Land stärken.

8.2 Willkommen-zurück-Kultur! Grüne Impulse für ein junges Land

Um als Standort für gutes Leben und Arbeiten erfolgreich zu sein, müssen wir uns vor allem darum bemühen, junge Menschen, die das Land etwa zum Studium verlassen haben, wieder zur Rückkehr zu bewegen. Das kann gelingen, wenn wir für sie attraktive Rahmenbedingungen, wie hochwertige Arbeitsplätze, eine gute technische Infrastruktur, aber auch soziale Versorgungseinrichtungen und moderne Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote bereithalten.

Deshalb brauchen wir eine Willkommen-zurück-Kultur für junge Fachkräfte und deren Familien. Die Kommunen müssen finanziell und konzeptionell in die Lage versetzt werden, attraktive Angebote für junge Menschen zu machen, die sie zum Bleiben, insbesondere aber auch zum Zurückkehren bewegen. Ein Schwerpunkt soll dabei auf die so genannten weichen Standortfaktoren, wie soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereinsaktivitäten und Freizeitangebote gelegt werden.

Uns geht es insgesamt um die Stärkung der Attraktivität des ländlichen Raumes zur Erhöhung der Lebensqualität durch eine gute soziale und technische Infrastruktur, die den Bedürfnissen aller Bewohner*innen, ob jung oder alt, Rechnung trägt.

8.3 Den ländlichen Raum stärken

8.3.1 Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen

Zur Attraktivität eines Lebensumfeldes gehören auch ortsnahe Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten mit den Waren des täglichen Bedarfs. Die Konzentration von großen Einkaufsmärkten am Rande der Zentren hat nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch in unseren Innenstädten schmerzliche Lücken in der Versorgungsstruktur hinterlassen. Einer solchen Entwicklung wollen wir aktiv entgegenwirken, indem wir den Wildwuchs von neuen Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“ landesplanerisch eindämmen und gleichzeitig die Ortskerne wieder stärken: Innenentwicklung muss wieder vor Außenentwicklung gehen.

Wir werden Dorfladeninitiativen unterstützen, die in ländlichen Regionen ein grundlegendes Versorgungsbedürfnis abdecken und die Einrichtung von Versorgungszentren nach dem DORV-Konzept prüfen, in denen sowohl Güter des täglichen Bedarfs als auch öffentliche und private Dienstleistungen wie Bank- und Postgeschäfte, Verwaltungs- und medizinische Dienstleistungen angeboten werden.

8.3.2 Infrastruktur im ländlichen Raum

Besonders ländliche Kommunen müssen in Zukunft attraktiv bleiben. Wir wollen die Chancen, die die wirtschaftliche Entwicklung für den ländlichen Raum bieten, nutzen und Ortskerne als Zentren des gesellschaftlichen Zusammenlebens erhalten.

Dazu bedarf es:

- staatlicher Zuschüsse und einer echten Breitbandinitiative des Landes. Wir wollen die Breitbandversorgung zur Daseinsvorsorge machen. Die Finanzierung eines zeitnahen Breitbandnetzausbaus in allen Gemeinden des Saarlandes soll mit einem Landesprogramm gefördert werden.
- Co-Working Spaces in Dörfern, um sich der digitalen Arbeitswelt anzupassen.
- einer verbesserten Taktung des ÖPNV und eines Ausbaus des ÖPNV-Netzes, um eine echte Alternative zum individuellen Autoverkehr zu schaffen.

8.4 Vereine und Ehrenamt als Bindeglieder unserer Gesellschaft fördern

8.4.1 Vereine und Breitenkultur

Musikvereine und Laienorchester, Chöre und Theatergruppen, Lesezirkel, freie Kunstschulen und soziokulturelle Zentren schaffen kulturelle Angebote in der Breite der Gesellschaft, wirken sozial integrierend und tragen zu einer offenen, pluralen und demokratischen Gesellschaft bei. Darüber hinaus bilden sie den Nährboden, aus dem die Talente von Morgen erwachsen. Allerdings machen sich auch hier die demografische Entwicklung und die Folgen der Corona Pandemie bemerkbar. Immer mehr Vereine lösen sich mangels Mitglieder auf oder, weil sie keine Vorsitzenden mehr finden. Hier sind kreative Ideen und Unterstützung seitens des Landes gefragt, um das Kreativpotential zu stärken und die Ausübung einer kulturellen Tätigkeit zu ermöglichen.

Hierzu sollen Förderprogramme seitens des Landes neu geschaffen und erweitert, aber auch die Fördermöglichkeiten des Bundes ausgeschöpft werden. Gleichzeitig braucht es kompetente Ansprechpartner*innen, die beratend tätig werden. Wir wollen Vereine und Gruppen bei der Suche nach geeigneten Räumen und bei der technischen Ausstattung unterstützen.

Jugendzentren in Selbstverwaltung als wichtige soziokulturelle Treffpunkte auf dem Land und in der Stadt, besonders aber auch flächendeckend im Land, müssen weiterhin gefördert, möglichst erweitert, aber auch in der Ausstattung unterstützt werden. In diesen geschützten Räumen können sich Jugendliche kulturell betätigen, "ausprobieren" und gefördert werden. Hierin wollen wir die Landkreise unterstützen.

8.4.2 Ehrenamt

Das Saarland lebt vom Ehrenamt. Nirgendwo sonst sind so viele Menschen in Vereinen verwurzelt. Ob Fastnacht oder Feuerwehr, ob im Gemeinderat oder auf dem Fußballplatz – das Ehrenamt stellt eine tragende Säule unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens dar. Wir wollen sowohl die ehrenamtliche als auch die hauptamtliche Arbeit unterstützen. Ehrenamtliche im Bereich Feuerwehr und Katastrophenschutz leisten einen unermesslichen Beitrag für unsere Sicherheit. Hier braucht es nicht nur Wertschätzung, sondern handfeste Unterstützung.

Wir werden:

- ehrenamtliche Strukturen vor Ort unterstützen und Räume für Vereine bereitstellen.
- eine Anlaufstelle für Kommunalpolitiker*innen, die von Hass betroffen sind, schaffen.
- das Ehrenamt entbürokratisieren.
- uns für eine bessere finanzielle Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren, insbesondere auch der Jugendfeuerwehren einsetzen.
- die gemeinsame Beschaffung für Feuerwehr und Katastrophenschutz vereinfachen.

- Ehrenämter für Frauen und Migrant*innen attraktiver machen.
- das saarländisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz modernisieren.
- uns um eine stärkere Verzahnung zwischen Rettungsdienst und Katastrophenschutz bemühen.

8.5 Kunst und Kultur als unverzichtbarer Bestandteil einer lebenswerten Gesellschaft

Wir GRÜNE verstehen die Förderung der Kreativwirtschaft, der kulturellen Bildung und der kulturellen Teilhabe als gesellschaftliche Pflichtaufgabe. Neben der Bewahrung unseres kulturellen Erbes muss es genügend Raum für neue und diverse kreative Ausdrucksweisen geben. Wir wollen dafür sorgen, dass die Bedürfnisse und Herausforderungen der Kulturtreibenden wahrgenommen und die Weichen für eine aktive Gestaltung einer zukunftsfähigen und attraktiven Kulturszene im Saarland gestellt werden.

Kunst, Kultur und Veranstaltungsbranche sind bis heute mit am stärksten von den coronabedingten Einschränkungen betroffen. Existenzen von Freiberufler*innen, Veranstalter*innen, Clubbesitzer*innen, von Gastronom*innen und anderen Dienstleister*innen sind mehr als gefährdet. Wir werden:

- Perspektiven schaffen für finanzielle Unterstützung und Planbarkeit, aber auch für Wertschätzung für ihre Arbeit Sorge tragen. Dies gilt auch für den Amateurbereich, da die aktive Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur für viele Bürger*innen eine erfüllende und sinnstiftende Freizeitbeschäftigung ist.

Um die coronabedingten Auswirkungen zu überwinden, aber auch um die dringend notwendige ökologisch-nachhaltige und digitale Transformation einzuleiten, werden wir ein Zukunfts- und Förderprogramm einrichten, das:

- Projekte in allen Bereichen, von Aufführungen eines lokalen Musikvereines bis zu großen Produktionen, von der kleinen Ausstellung bis zum Festival, finanziell und ideell fördert.
- einen besonderen Fokus auf die Unterstützung lokaler Projekte im ganzen Saarland legt und die konkreten Maßnahmen in kooperativer Zusammenarbeit mit den Akteur*innen der Branche abstimmt und erarbeitet.

8.5.1 Kultur als Staatsziel unterstützen

Kunst und Kultur sind in unserem Verständnis ein Teil der Daseinsvorsorge. Sie prägen maßgeblich unseren Alltag und tragen in hohem Maße zu unserem funktionierenden gesellschaftlichen Zusammenleben bei. Die momentane freiwillige Förderung von Kunst und Kultur ist nicht zeitgemäß. Deshalb unterstützen wir die Initiative der Kulturstaatsministerin des Bundes, Kultur als Staatsziel zu verankern. Kulturförderung wird so zu einer Pflichtaufgabe, für die das Land auch den Kommunen entsprechende Finanzmittel zur Verfügung stellen muss. Die finanzielle Situation der Kunst- und Kulturbranche wird dadurch gestärkt und gesichert.

8.6 Kulturelle Ausrufezeichen an der Saar

Die kulturellen Leuchttürme und unsere Festivals strahlen mittlerweile weit über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus und spielen auch eine wichtige Rolle als Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen und deren Mitarbeiter*innen.

Für die kulturelle "Grundversorgung" sind unser Staatstheater sowie der Saarländische Rundfunk mit der Deutschen Radio Philharmonie wichtige und unverzichtbare Orte der gelebten Kultur. Wir bekennen uns zur langfristigen Absicherung der Aushängeschilder unserer Kulturlandschaft. Darum fordern wir:

- eine angemessene Ausstattung von Kunst und Kultur durch Toto-Lotto-Mittel, die ihrer gesellschaftlichen Bedeutung gleichberechtigt Rechnung trägt.
- die finanzielle Absicherung der bisher geförderten kulturellen Leuchttürme und Festivals, sowie die Unterstützung von Projekten, die aus engagierten lokalen Graswurzelbewegungen entstehen.
- die Weiterentwicklung und ein Konzept der saarländischen Industriekultur. Mit dem UNESCO-Weltkulturerbe Völklinger Hütte besitzt das Saarland einen prominenten und bundesweit bekannten Ort der Industriekultur, der Jahr für Jahr tausende Besucher anlockt, gleichzeitig viele Millionen Fördergelder generiert.
- , dass neben diesem bedeutenden Zeugnis aus der industriellen Blütezeit auch weitere Orte und Gebäude aus dem 19. und 20. Jahrhundert, wo möglich und sinnvoll, instandgesetzt werden und als lebendige Zeugnisse unserer Vergangenheit den Bürger*innen zugänglich gemacht werden.
- Die Online-Angebote "Orte der Industriekultur im Saarland" und „Orte der Industriekultur bei unseren Nachbarn" weiterentwickeln, um die Attraktivität der Region zu steigern.
- Kulturelle Teilhabe ermöglichen
- Kultur ist ein „Lebensmittel“, auf das alle Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen, Wohnort, Alter oder körperlichen Einschränkungen ein Anrecht haben. Den Menschen, die von Hartz IV abhängig sind, wird derzeit ein Betrag in Höhe von 43,82 Euro monatlich „für Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ zugestanden. Das ist unzureichend. Daher wollen wir uns dafür einsetzen
- dass einkommensschwachen Menschen mehr Geld für die kulturelle Teilhabe zur Verfügung haben.
- dass die hiesigen Museen sich an dem „Museums-Pass-Musées“ beteiligen (gültig: 1 Jahr, Preis 112 Euro), der einen dann freien Eintritt in 345 Museen, Schlösser und Gärten in Deutschland, Frankreich und der Schweiz (von Basel bis Thionville, einschließlich Carreau Wendel) ermöglicht.
- Wir unterstützen die Bundesinitiative zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ländlichen Raum. Oft sind vielfältige kulturelle Angebote Mangelware und häufig rein ehrenamtlich organisiert. Wir wollen Projekte im ländlichen Raum hervorheben und fördern, um der Breite der Bevölkerung den Zugang zu Kunst und Kultur zu vereinfachen.
- Räume für Kunst und Kultur schaffen
- Ohne entsprechende Räume kann es keine Kultur geben. Wir möchten der Kunst- und Kulturszene den Raum geben, den sie verdient. Wir setzen uns daher dafür ein, dass:
- bestehende Bühnen und Ausstellungsorte, Ateliers und Proberäume erhalten, aufgewertet und barrierefrei werden.
- neue kulturelle (Frei-)Räume entstehen können, an denen die Entwicklung kreativer Potenziale möglich ist, wie beispielsweise am Saarbrücker Osthafen.
- die engagierten Bemühungen zahlreicher Bürger*innen des Landes zur Errichtung eines zeitgemäßen Zentrums für alle Formen der Musik unterstützt werden.
- alte, verlassene Bausubstanzen aus industrieller Zeit aufgewertet und der Kunst- und Kulturszene zugänglich gemacht werden. Dadurch finden Kunst und Kultur auch vermehrt Eingang in den ländlichen Raum, wo sie zu außergewöhnlichen Orten der Begegnung und des Miteinanders werden können.
- mehr künstlerische Akzente im öffentlichen Raum gesetzt werden, damit Kunst- und Kultur ein fester Bestandteil im Alltag wird (Kunst im öffentlichen Raum).

8.6.1 Förderung der Freien Kunst- und Kulturszene

Die Freie Szene bereichert die saarländische Kunst- und Kulturszene mit ihren diversen und experimentierfreudigen Ausprägungen in hohem Maße. Durch die nicht-öffentliche Trägerschaft sind die Institutionen und Kulturschaffenden dieser Branche allerdings besonders schwierigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Durch das quasi "Auftrittsverbot" im Zuge der Corona-Schutz-Maßnahmen wurden sie mit am härtesten von den Auswirkungen der Pandemie getroffen. Wir wollen die Freie Szene stärken, indem wir:

- die Förderung von Spielstätten, Proberäumen und Ateliers, von Projekten und festen Ensembles ausbauen und längerfristig absichern.
- Kooperationen mit Kultur-Institutionen in öffentlicher Trägerschaft, wie z.B. dem Kulturerbe Völklinger Hütte (Freistil-Festival), ausbauen.

8.6.2 Bibliotheken in Mediatheken umwandeln

Das Saarland besitzt ein dichtes Netz öffentlicher Bibliotheken. In Ausstattung und Angebot gibt es jedoch riesige Unterschiede zwischen Stadt und Land. Während die Bibliotheken in den städtischen Zentren neben einem umfangreichen Präsenzangebot auch im digitalen Bereich (OnleiheSaar, FilmfreundSaar) gut aufgestellt sind, trifft man auf digitale Angebote in Kleinstädten und auf dem Land eher selten. Wir wollen es ermöglichen, dass Interessierte in allen Teilen unseres Landes, über die ortsansässigen Bibliotheken auch an der OnleiheSaar und anderen innovativen digitalen Angeboten teilhaben können.

8.6.3 Kulturelle Bildung von der Kita bis zur Hochschule

Den jungen Generationen eine fundierte Ausbildung und ein sicheres Heranwachsen zu gewährleisten, ist eine der Hauptaufgaben einer Gesellschaft. In der Beschäftigung mit Kunst und Kultur findet auf vielfältige Weise eine Auseinandersetzung mit sich selbst und der umgebenden Welt statt. Sie ist damit essenziell für die individuelle Entwicklung. Kunst lässt uns teilnehmen und damit unsere Fähigkeiten ergründen, sie stellt Fragen und fordert so unser Interesse, sie lässt uns andere Perspektiven einnehmen, schärft unsere Sinne und verstärkt unser Einfühlungsvermögen. Sie blickt zurück auf unser kulturelles Erbe und nach vorne, um kreative Utopien zu fördern. Deshalb möchten wir:

- Kulturelle Bildung zu einem elementaren Bestandteil des Bildungssystems machen. Dieser Anspruch reicht weit über den Lehrplan der musischen Unterrichtsfächer hinaus und lässt sich am besten verwirklichen, wenn Kultur-Institutionen ihre Türen für Schüler*innen aller Altersgruppen öffnen und wenn Schulen Kulturschaffende in ihre Klassenräume einladen.
- eine enge Kooperation zwischen Schulen/Kitas und musisch-kulturellen Vereinen, die durch die Zusammenarbeit mit freischaffenden Künstler*innen die kulturelle Bildung auf ein neues Niveau hebt. Hier ist das Saarland auf einem guten Weg. Insbesondere im Bereich der Musik sind zahlreiche erfolgreiche Projekte inzwischen im Schulalltag fest etabliert.
- die nachhaltige Arbeit von Jugend- und Kulturzentren sichern und neue Initiativen fördern, in denen jungen Menschen ihre Kreativität praktisch ausleben können.

Das Saarland verfügt mit der Hochschule für Musik und der Hochschule der Bildenden Künste über hochkarätige Ausbildungsstätten für den künstlerischen und kreativen Nachwuchs. Durch mangelnde Arbeitsmöglichkeiten und die Konkurrenz der Großstädte wandert aber ein Großteil dieses Nachwuchses ab, wodurch dem Saarland ein wichtiges Kreativpotential verloren geht. Deshalb sollen:

- künstlerische Nachwuchskräfte gezielt ideell und finanziell gefördert werden.
- bürokratische Hürden, die beispielsweise das Beantragen von Förderungen erschweren, abgebaut werden.
- Orte geschaffen werden, die es dem künstlerischen Nachwuchs ermöglichen, sich zu entfalten, sei es mit Ateliers, Bühnen, Büros etc. analog zu den Startups der Uni.
- Management-Kompetenzen in die Ausbildung implementiert werden und gemeinsame Kurse und Projekte unserer künstlerischen Hochschulen, aber auch mit den Kunst- und Kulturbezogenen Studiengängen an der Universität und der HTW gestärkt und ausgebaut werden.

8.6.4 Erinnerungskultur stärken

Erinnerungskultur ist ein wichtiger Eckpfeiler unserer Demokratie. Sie fördert Toleranz und Miteinander. Gedenkstätten und Gedenkinitiativen müssen auskömmlich finanziert werden. Unsere

Aufmerksamkeit gilt in besonderer Weise der Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung von Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus.

Wir begrüßen alle Initiativen, die vor Ort das Gedächtnis auch an einzelne Menschen wachzuhalten versuchen, die auf lokaler Ebene die Geschichte des NS-Terrors aufarbeiten und sich gegen das Vergessen engagieren. In Zusammenhang damit steht die Provenienzforschung, die sich der Herkunft von Kunstwerken und Kulturgütern widmet.

Die im Saarlandmuseum begonnenen Recherchen in Bezug auf Kunstwerke, die der jüdischen Bevölkerung unter der Diktatur der Nationalsozialisten geraubt wurden, sollten fortgesetzt und vertieft werden.

Unser Augenmerk soll sich auch auf Kunstwerke richten, die als Ergebnis des Kolonialismus den besetzten Regionen entwendet wurden und sich heute in unseren Museen finden. Wir wollen, dass wir uns auch dieser Verantwortung stellen und den Bestand in unseren Museen darauf untersuchen.

8.6.5 Politische Kultur und Medien

Die politische Kultur im Saarland ist in Teilen von wechselseitigen Abhängigkeiten geprägt, wie sie sich exemplarisch an der Verbindung von Politik und Medien zeigt.

- Wir wollen, dass die Verflechtung von Politik und Medien deutlich reduziert wird. Die parteinahen Stiftungen sollen wie in allen anderen Bundesländern aus Haushaltsmitteln finanziert werden, über deren Höhe der Landtag befindet.
- Wir wollen das saarländische Mediengesetz so ändern, dass der Einfluss der politischen Parteien auf die Zusammensetzung der Aufsichts- und Verwaltungsgremien wirksamer begrenzt wird.

8.7 SPORT SCHAFFT ZUSAMMENHALT

Sportliche Betätigung fördert die persönliche Fitness und sorgt damit für eine positive physische und psychische Gesundheitsprognose. Der individuelle, nicht organisierte Sport nimmt einen immer größer werdenden Stellenwert in der Gesellschaft ein. Trotzdem ist Deutschland nach wie vor das Land der Sportvereine. Auch im Saarland nehmen die Vereine eine wichtige Rolle im sozialen Miteinander ein und Freundschaften bilden sich. Gerade Kinder und Jugendliche profitieren von dem gemeinsamen Trainieren in der Gruppe. Sozialkompetenzen werden im Vereinssport in besonderer Weise erarbeitet. Vielfach übernehmen die engagierten Jugendtrainer*innen eine wichtige erzieherische Rolle für unsere Kinder, geben als Vorbilder psychischen Halt und Zukunftsperspektive. Sie entwickeln sich zu echten Bezugspersonen für ihre Schützlinge. Die Vereinsarbeit ergänzt die schulische Ausbildung spielerisch. Sport leistet mehr denn je einen ganz wesentlichen Beitrag in Bezug auf Integration und Inklusion.

Wir GRÜNE wollen den Sport an sich und die Vereinsstrukturen stärken. Sowohl die Arbeit an sich als auch die Investitionen in die Infrastruktur soll intensiver gefördert werden.

8.7.1 Bedeutung des Sports in den Schulen stärken

Der Sportunterricht schult den Bewegungsapparat. Elementare motorische bzw. koordinative Fähigkeiten wie Reaktion, Umstellung, Orientierung, Differenzierung, Kopplung, Gleichgewicht, Beweglichkeit oder Rhythmisierung sollen allen Schüler*innen vermittelt werden. Leider muss immer häufiger festgestellt werden, dass die Unterrichtszeit nicht ausreicht, um dieses Ziel zu erreichen. Längst kann nicht mehr jedes Kind rückwärtsgehen, ohne zu stürzen, „Hampelmann“ oder z.B. über eine Bank balancieren.

Noch viel gravierender ist das fehlende flächendeckende Angebot an Schwimmunterricht, wobei doch unbestritten ist, dass dieser Unterricht Leben retten kann.

Aus diesem Grund werden wir das Sportangebot an den Schulen ausweiten.

Mit Grün werden wir:

- mehr Förderstunden für den Schulsport sowohl an Grund- als auch an weiterführenden Schulen einrichten.
- das Budget für die Arbeitsgemeinschaften der Schulen mit Sportvereinen erhöhen, um auch über diesen Weg die sportlichen Inhalte während der Schulzeit zu intensivieren.
- sicherstellen, dass alle Kinder im Rahmen der schulischen Betreuung Schwimmen erlernen können.
- gesunde Ernährung und psychische Gesundheit als Inhalte im Unterricht etablieren.

8.7.2 Für eine transparente Sportlandschaft und die Weiterentwicklung der Sportinfrastruktur

Der Landessportverband Saarland ist die Dachorganisation des saarländischen Vereinssports. In den letzten Jahren wurde er durch einen Finanzskandal tief erschüttert. Die Intransparenz der Mittelvergabe begünstigte eine ungerechte Verteilung der Mittel und führte bei steigenden Erwartungen zu Ausgaben, die nicht mehr durch die Einnahmen gedeckt waren. In der Zwischenzeit wurde der Verband konsolidiert und die Entwicklung eines einfacheren transparenten Vergabeverfahrens auf den Weg gebracht. Allerdings hängt die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel über das Sportachtel stark von dem Erfolg der saarländischen Lottogesellschaft ab. Neben den Zuschüssen, den die Sportverbände erhalten, werden die Investitionen in die Sportinfrastruktur über die Sportplanungskommission gelenkt. Dabei konkurrieren Vereine und Kommunen mit ihren Anträgen miteinander. Die Vergabe ist dann abhängig von vorliegenden Anträgen, weshalb nicht alle Regionen mit gleichen Mitteln ausgestattet werden können.

Eine strategische Planung im Sinne einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Sportangeboten ist mit diesem System schwierig, zumal die Infrastruktur für nichtorganisierte Sportangebote nur durch die Kommunen hergestellt wird. Eine solche Versorgung wollen wir aber gewährleisten. Deshalb sollen die Gelder an kommunale Sportverbände verteilt werden, die ihrerseits dann für die Verteilung auf bezuschungsfähige Projekte in ihrem Bereich zuständig wären. So haben die Vereine vertraute Ansprechpartner vor Ort und die Kommunen mehr Möglichkeiten, zielgerichtet in die Infrastruktur zu investieren. Diese Sportbünde sollen nicht dazu dienen, kommunale Defizite aufzufangen oder den Betrieb defizitärer Anlage wie Schwimmbäder zu gewährleisten. Sie sollen zusätzliche Investitionen ermöglichen und nach Möglichkeit Vereine motivieren, mehr eigene Anlagen zu errichten.

Unabhängig von der Finanzierung fordern wir ein Bäderkonzept, das für das Saarland zwar schon vor Jahren angekündigt wurde, aber immer noch nicht erarbeitet wurde. Schwimmunterricht sollte im gesamten Land möglich sein, was eine entsprechende Infrastruktur voraussetzt.

Mit GRÜN werden wir:

- die Finanzierung des LSVS im Landeshaushalt verankern und vom Erfolg oder Misserfolg des Sportachtels lösen.
- die Finanzierungen von Sportinfrastruktur nicht mehr über die Sportplanungskommission, sondern über kommunale Sportverbände organisieren. In der Konsequenz ergibt sich daraus eine gerechtere Verteilung der Mittel und weniger politische Einflussnahme auf Landesebene.
- die Anlagen für den nicht-organisierten Sport strategisch und ansprechend planen.
- ein Bäderkonzept entwickeln, um gerade den Kindern flächendeckend den Zugang zu Schwimmbädern und Schwimmunterricht zu ermöglichen.
- Sportprojekte für benachteiligte Gruppen fördern.
- Verbände und Vereine, die sich für Inklusion, Integration und Anti-Diskriminierung einsetzen, fördern.

8.7.3 Eine vielfältige Sportlandschaft fördern

Die saarländische Sportlandschaft wird getragen durch die unzähligen ehrenamtlichen Helfer*innen in den Vereinen und Verbänden. Dieses Engagement muss nicht nur wertgeschätzt, sondern gestärkt werden. Neben dem Breitensport spielt der Spitzensport eine große Rolle in der saarländischen Sportlandschaft. Die Erfolge in der Spitze bringen mehr Nachwuchs in die Breite. Damit Erfolg auch seine Wirkung entfalten kann, müssen entsprechende publikumswirksame Veranstaltungen organisiert werden. Dazu zählen wir nicht nur Einzelveranstaltungen, sondern auch den Ligabetrieb auf höchster Ebene. Die Arbeit an den Hermann-Neuberger-Sportschule unter anderem mit ihren Olympiastützpunkten hilft bei der Entwicklung des Nachwuchses sowie der Top-Athleten.

Mit GRÜN werden wir:

- die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen wertschätzen und stärker fördern.
- Jugendarbeit in den Sportvereinen stärker fördern.
- Sportangebote in den Ferienbetreuungen ausbauen.
- Sport- und Freizeitanlagen in den Kommunen erhalten.
- Sport-Großveranstaltungen unterstützen und dabei auf Umweltfreundlichkeit achten.
- die Arbeit an der Hermann-Neuberger-Sportschule stärken und die Akquise neuer Olympiastützpunkte unterstützen.

9 VERANTWORTLICHE WIRTSCHAFT – NACHHALTIGE INNOVATION

Die Wirtschaft des Saarlandes steht vor großen Herausforderungen. Das für ganz Deutschland gesteckte Ziel der Klimaneutralität bis 2045 ist nur durch einen beschleunigten Strukturwandel zu erreichen. Wir stehen für eine Wirtschaftspolitik, welche die Weichen dafür stellt. Wir denken die Transformation vom Ende her und machen Schluss mit einer Politik des Verzögerns und Aussitzens.

Drei Herausforderungen sind für das Saarland auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Wirtschaft entscheidend:

- Die demografische Herausforderung: Die ungünstige Altersstruktur und das dauerhafte Geburtendefizit des Landes stellen ein doppeltes Risiko da. Unterhalb einer gewissen Grenze von Einwohnern wird die Infrastruktur des Landes immer weniger finanzierbar sein. Der Fachkräftemangel ist am Arbeitsmarkt bereits spürbar und wird weiterwachsen.
- Die strukturpolitische Herausforderung: Allein die starke Ausrichtung auf den Fahrzeugbau und Stahl zwingt die Saarländische Wirtschaft im aktuellen Umfeld zur Veränderung. Dazu kommt aus grüner Sicht zwingend der ökologische Umbau hin zur Klimaneutralität. Dies wird nicht allein dadurch gelingen, dass wir das Bestehende möglichst schützen. Es wird nur gelingen, wenn wir auch Neues zulassen und fördern.
- Die finanzpolitische Herausforderung: Im Land und in den Kommunen müssen ausreichende Spielräume für notwendige Investitionen und aufgeschobene Sanierungen geschaffen werden.

In den anstehenden grundlegenden Transformationen werden solche Regionen profitieren, die sich am schnellsten in der neuen Realität einfinden und sowohl bestehenden als auch neu zu gründenden Unternehmen die besten Voraussetzungen für erfolgreiche Innovationen bieten.

Verstärkt schichten Investoren ihr Kapital in gemeinwohlorientierte und klimabewusste Anlagen um, Unternehmen verpflichten sich freiwillig, ihre Emissionen zu senken, die Bevölkerung befürwortet mehrheitlich die Entwicklung hin zur Nachhaltigkeit und entscheidet sich immer häufiger für den Kauf umweltfreundlicher Produkte. Die Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral sein – nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Unternehmen im Herzen Europas profitieren von ihrem Standortvorteil.

Den notwendigen Wandel gilt es ordnungspolitisch zu gestalten und die Chance auf unternehmerische Ideen und nachhaltige Arbeitsplätze im Saarland zu sichern. Die Corona-Pandemie beschleunigt den Strukturwandel und die zusätzlich. In vielen Branchen – z.B. in der Automobilbranche, dem Gesundheitswesen und dem Bildungswesen - wird es kein Zurück in die Situation vor Corona mehr geben. Generell dürfen wir den Fehler nicht wieder begehen, überkommene und niedergehende Industrien und Strukturen konservieren zu wollen. Wir müssen stattdessen unsere ganze Kraft und Kreativität darauf konzentrieren, eine sozial-ökologische Wirtschaft zu gestalten.

Die saarländische Wirtschaft steht damit erneut vor einer tiefgreifenden Umstrukturierung. Der Abschied vom Bergbau ist in den vergangenen Jahrzehnten gelungen. Die saarländische Wirtschaft hat sich diversifiziert und in den Jahren vor der Pandemie waren mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt als je zuvor. Aus diesem Erfolg schöpfen wir Optimismus. Das Saarland und seine Beschäftigten "können" Strukturwandel.

Wir setzen auf die nachhaltige Förderung und Nutzung des Humankapitals – des auf die vielen Köpfe der Menschen verstreuten individuellen Wissens. Das ist die wichtigste Ressource, über die das Saarland verfügt.

Das Saarland muss auf Innovation und Investitionen in klimafreundliche Technologien und auf eine grüne Digitalisierung setzen, damit es im Wettbewerb mit anderen großen Wirtschaftsräumen bestehen und wo nötig hohe Standards beim Datenschutz setzen kann. Bei wichtigen Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz, moderner Biotechnologie und sauberen Antriebstechniken im Automotive-Bereich müssen wir die Spitze anstreben. Das kann nur mit einer aktiven Förderung von Forschungseinrichtungen und einem effektiven Technologietransfer in wirtschaftliche Anwendungen gelingen.

9.1 Ein Land mit hoher Lebensqualität und Attraktivität für Unternehmen

Das Saarland kann durch seine Weltoffenheit, Internationalität und Zentralität in der Großregion punkten. Unsere Lust auf Neues stärkt die ausgeprägte internationale Kompetenz. Das macht uns als Standort interessant für internationale Unternehmen als Brückenkopf in den deutschen Markt, aber auch als Standort für die Expansion nach Europa.

Die Aufgeschlossenheit gegenüber technischem Fortschritt und Vielfalt fördert das kreative Potential einer Region. Nicht die Kreativen werden von den Jobs in bestimmte Regionen gelockt, sondern umgekehrt: Betriebe ziehen der kreativen Klasse hinterher. Wo sie sich wohlfühlt, entstehen Wertschöpfung und Beschäftigung. Das kulturelle Angebot ist vielfältig und die touristischen Highlights sind sehens- und erlebenswert.

- Die „Marke“ Saarland mit ihren Standortqualitäten und Leuchttürmen in der Forschungslandschaft ist national und international besser zu vermarkten.
- Insbesondere die Kreativwirtschaft sowie der Veranstaltungs- und Tourismusbranche wurden durch Corona besonders belastet. Daher benötigen wir eine starke Förderung für einen schnellen und starken Neustart mit dem Abklingen der Pandemie. Dies gilt neben den Privaten auch für Kulturträger aus Kommunen und Vereinen.
- Als waldreiches Land mit einem umfassenden kulinarischen Angebot und einer reichhaltigen Kultur haben wir ein großes Potenzial für nachhaltigen Tourismus. Dieses muss durch eine engere Vernetzung touristischer und kultureller Angebote und Kulturschaffender sowie eine optimale Vermarktung besser erschlossen werden. Hierzu werden wir auch den grenzüberschreitenden Austausch weiter befördern.
- Unsere lebendige Hochschullandschaft ist einer unserer wichtigsten Standortvorteile. Sie ist Grundlage für Forschung, Entwicklung und einen ergebnisorientierten Technologietransfer mit

sinnvoller Clusterbildung. Wir werden Forschungsinstitutionen wie DFKI, Helmholtz-HIPS, Fraunhofer-IBMT, CISPA, Leibniz-INM oder ZEMA weiter stärken.

- Der Gesundheitsstandort Saarland ist auch im internationalen Vergleich gut aufgestellt. Die medizinische Versorgung ist mit der in Deutschland vergleichbar. Stark ist unser Bundesland aber in wichtigen Teilbereichen der Gesundheitswirtschaft, wie Handel (Apotheken), Forschung und Entwicklung und der Ausbildung. Die Gesundheitswirtschaft wird mit ihren aktuell rund 90.000 Arbeitsplätzen schon seit geraumer Zeit als potentielle Zukunftsbranche an der Saar gesehen. Regionale „Leuchttürme“ wie beispielsweise die Augenklinik Sulzbach oder das Herzzentrum Völklingen sind weit über die Grenzen des Saarlandes bekannt.
- Die Potentiale im Rahmen des internationalen Medizintourismus gilt es zu heben und zusätzliche Einnahmen für z.B. das Universitätsklinikum zu generieren.

9.2 Dem Fachkräftemangel wirkungsvoll begegnen

Die demografische Entwicklung des Saarlandes schlägt sich bereits in einem spürbaren Fachkräftemangel nieder. Dazu kommt, dass viele junge Menschen das Land auf der Suche nach besseren beruflichen Perspektiven verlassen. Seit langem ist das Saarland das einzige der westlichen Bundesländer, dessen Bevölkerung schrumpft. Dem müssen wir wirksam begegnen.

- Das Saarland muss als Ort zum Leben und Arbeiten attraktiver werden. Neben einer passenden beruflichen Perspektive gehören hierzu bezahlbarer und qualitativ hochwertiger Wohnraum, eine erstklassige Kinderbetreuung sowie generell die beste Bildung in Kitas, Schulen, beruflicher Ausbildung und Hochschulen hinzu.
- Neben einem Ausbau öffentlicher Angebote müssen hierzu auch Arbeitgeber bei der Errichtung von Kooperationen organisatorisch unterstützt werden - zum Beispiel beim Ausbau von Betriebskindergärten. Diese Angebote müssen auch deshalb ausgebaut werden, um die Erwerbsbeteiligung - auch in Teilzeit - zu steigern.
- Die moderne Arbeitswelt wird immer mobiler werden. Immer mehr Unternehmen und Institutionen können ihre Dienste auch „Remote“ sowie aus dem Homeoffice erbringen. Den erzwungenen Wandel aufgrund von Corona betrachten wir als Chance die Arbeitswelt flexibler und attraktiver zu gestalten. Dazu braucht es aber eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und Glasfaseranbindung auch im ländlichen Raum.
- Wir werden den Fachkräftebedarf allein mit inländischen Arbeitnehmer*innen nicht decken können. Daher müssen wir das Saarland als Ausbildungs- und Arbeitsregion innerhalb der EU bekannter machen und unsere Anstrengungen zur Gewinnung und zur optimalen Integration von Zuwandernden deutlich erhöhen.
- Wir dürfen in Zukunft niemanden mehr auf dem Bildungsweg zurücklassen, um das Potenzial unserer jungen Menschen optimal zu heben. Wir wollen dazu Mentoring-Programme und Lernpatenschaften für Schüler*innen aller Schulformen nachhaltig fördern.

9.3 Gründer, Mittelstand und Handwerk stärken – Innovation als Motor

Ein Großteil der Arbeitsplätze - auch innovative Jobs - entstehen im Mittelstand und Handwerk. Insbesondere das Handwerk wird von der Energiewende durch die Gebäudesanierung und die Umstellung der Heizungs- und Haushaltstechnik profitieren. Darüber hinaus spielt das Handwerk für die Instandhaltung unserer Infrastruktur, zur Versorgung der Bevölkerung, bei der nachhaltigen Wertschöpfung und als Arbeitgeber eine tragende Rolle. Wenn die Kapazitäten im Handwerk nicht rechtzeitig aufgebaut werden, droht uns ein Umsetzungsengpass bei der Energie- und Wärmewende.

Um die Wettbewerbschancen regionaler Unternehmen zu stärken, müssen wir eine echte Digitalisierungs- und Weiterbildungsoffensive im Handwerk und im Mittelstand einleiten. Dazu gehört es auch beste Bedingungen für Forschung und Start-Ups zu schaffen um den IT-Standort in europäischer Kooperation zu sichern und auszubauen.

- Bestehende Förderprogramme sind zumeist auf Großbetriebe zugeschnitten. Kleine und mittlere Betriebe sind mit dem bürokratischen Aufwand für Beantragung und Kontrolle häufig überfordert. Dies gilt insbesondere für von der Europäischen Union kofinanzierte Programme. Beratungsangebote sowie Unterstützung bei der Antragstellung insbesondere für mittelständische Unternehmen sind auszubauen. Dies gilt insbesondere für eine Digitalisierungsberatung die den Mittelstand bei dem einfachen und innovativen Aufbau einer modernen Digitalstruktur und dem Gebrauch künstlicher Intelligenz unterstützt; sie ist durch Förderprogramme (Digitalisierungsprämie) zu ergänzen.
- Wir werden eine landesweite Ausbildungsinitiative in digitalen und klimarelevanten Berufen starten. Der am stärksten wachsende Bedarf wird im Bereich der Installation und Wartung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien entstehen. Das Saarland kann die Transformationen im Bereich der Energiegewinnung und Gebäudewärme nur umsetzen, wenn es die entsprechenden Arbeitskräfte in der Region gibt. Wir fordern daher, dass Umschulungs- und Qualifizierungsprogramme gestartet werden, um Fachkräfte mit den entsprechenden Fähigkeiten auszubilden. Dies betrifft insbesondere die Bereiche: Energie und Netzplanung, Datenspezialisten, Gebäudetechnik und Wärmedämmung.
- Um moderne Geschäftsmodelle zu entwickeln, müssen auch in Digitalisierungsberufen sowie im E-Commerce deutlich mehr Fachkräfte ausgebildet werden. Dort besteht bereits heute ein erheblicher Fachkräftemangel, der die Wachstumspotenziale saarländischer Unternehmen beschränkt. Dazu gehört auch die gezielte Förderung von Frauen im IT-Sektor, um den Gender (Pay) Gap zu schließen.
- Gründungswillige Start-up-Unternehmer*innen und Ausgründer*innen aus dem Hochschulbereich sehen sich im Saarland einer Vielzahl an Förder- und Beratungsinstitutionen gegenüber. Wir werden hierzu zentrale Beratungsangebote schaffen, die Interessent*innen aus einer Hand betreuen können. Dabei sollen gemeinwohlorientierte und nachhaltige Gründungen ("Social Entrepreneurship") besonders gefördert werden.
- Um Wirtschaft zu transformieren müssen die besten Ideen optimal gefördert und finanziert werden. Daher werden wir alternative Finanzierungsformen wie Bürgerfonds, Bürgerenergiegenossenschaften und Crowdfunding deutlich stärken.
- Unterstützung des Ausbaus der E-Commerce-Kompetenzen im lokalen Handel durch Förderung regionaler Netzwerke ist anzustreben. So könnten Konsumenten ihre Kaufentscheidungen regional treffen und lokale Unternehmen unterstützen. Eine effiziente Verknüpfung von stationärem und online Handel ist ein Beitrag zur Stabilisierung lokaler Fachhändler und damit zur Revitalisierung der Innenstädte. Sinnvoll gestaltet senkt es zudem die Emissionen in der Logistik.
- Die Teilnahme an Forschungsprojekten wie dem Digitalen Testfeld Deutschland-Frankreich-Luxemburg oder dem Interreg-Projekt TERMINAL wollen wir fördern um die Erkenntnisse zur Mobilität der Zukunft in der Automotive Region Saarland gezielt nutzen zu können.
- Um die Attraktivität von Ausbildungsberufen zu fördern werden wir uns dafür einsetzen, dass Fahrt- und Unterbringungskosten zu Ausbildungsstätten für Auszubildende stärker gefördert werden und uns für die Angleichung der Wertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung einsetzen. Außerdem wollen wir grenzüberschreitende Handwerksleistungen in der französischen und luxemburgischen Nachbarschaft auch für kleine Betriebe wieder attraktiv machen.

9.4 Transformation der Wirtschaft aktiv gestalten – Energiewende und Digitalisierung

Die produzierende Industrie ist ein zentraler Pfeiler der saarländischen Wirtschaft. Die im bundesweiten Vergleich bemerkenswert hohe Konzentration von Unternehmen im Bereich Automotive und Stahl ("Cluster") erlaubt die Ausnutzung vielfältiger Verbundvorteile. Das betrifft die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften, Lieferbeziehungen, aber auch den Austausch von Wissen und die Verbreitung von Innovation.

Genau in diesen Wirtschaftsbereichen ist der Transformationsdruck hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Produktion besonders hoch. Zudem müssen saarländische Unternehmen auf Herausforderungen, wie knapper werdende Rohstoffe, steigende Energiepreise oder das zunehmende Durchschnittsalter der Beschäftigten die passenden Antworten finden.

Lösungen, um auch zukünftig in einem hart umkämpften Markt erfolgreich zu sein, liegen zum einen in der Modernisierung der Produktionsprozesse durch intelligente Vernetzung von Maschinen und Abläufen mit Hilfe der Informations- und der Kommunikationstechnologie (Industrie 4.0). Zum anderen in der erfolgreichen Umstellung auf eine klimaneutrale Fertigungsweise. Doch ohne weitere Ansiedlungen von zukunftsfähigen Unternehmen (z.B. im Bereich Batterietechnik) ist der Wandel arbeitsplatzbezogen schwer auszugleichen.

Das Land hat die Aufgabe durch die Verbesserung der Infrastruktur den Rahmen für eine erfolgreiche Transformation von innovativen Unternehmen zu bilden.

- Der Fokus im Bereich Automotive liegt in der Produktion von emissionsarmen Fahrzeugen (z.B. in Saarlouis). Zur Unterstützung gilt es den Ausbau der Ladeinfrastruktur bis auf die kommunale Ebene zu fördern.
- Die Unternehmensansiedlung für Energiespeichertechnik und Batterieproduktion im Saarland begrüßen wir. Die Konflikte rund um Ansiedlung von S-Volt zeigen aber, dass ein lückenhaftes Flächenmanagement auf Landesebene ein Standortnachteil sein kann. Da wir keine planungs- und umweltrechtlich abgesicherten und öffentlich akzeptierten Flächen haben, kommt es zu diesen Schwierigkeiten. Sollte S-Volt an einer vermeidbaren Hürde scheitern, wäre die Außenwirkung desaströs.
- Die Ansiedlung einer Batteriefabrik kann der erste Schritt zum Aufbau eines echten Clusters für Speichertechnologien und E-Mobilität sein. Dies betrifft sowohl die sehr enge Vernetzung mit Forschung, Wissenschaft und Ausbildung als auch die Ansiedlung weiterer Unternehmen nachgelagerter Wertschöpfungsstufen, wie z.B. E-Automobilproduzenten und -zulieferern.
- Auch für Forschung, Entwicklung und Produktion umweltfreundlicherer Batterietechnologien wie Redox-Flow-Batterien, Natrium-Ionen-Akkumulatoren oder innovativer Wärmespeicher muss das Saarland gezielte Anreize setzen.
- Die Aktualisierung des Landesentwicklungsplans Siedlung ist daher dringend nötig, um eine abgestimmte Schwerpunktsetzung auf Landesebene für Wohnbau, Gewerbe und Versorgung festzulegen. Die Nutzung von ertüchtigten Industriebrachen statt neuem Flächenverbrauch hat für uns absoluten Vorrang. Bei der Ansiedlung von Unternehmen spielen Innovationsgrad und die Schaffung bzw. Sicherung der Arbeitsplätze die entscheidenden Rollen.
- Wir wollen die Entwicklung eines Clusters für grünen Wasserstoff fördern. Damit eröffnen wir energieintensiven Unternehmen etwa in der Stahlindustrie Zugang zu klimaneutraler Energie. Gleiches gilt für den Schwerlastverkehr auf Straße, Saar und Schiene. Es gilt Möglichkeiten der lokalen Erzeugung von grünem Wasserstoff (Elektrolyse) auszuloten, Kapazitäten bei Transport und Speicherung auszubauen, vor allem aber innovative Technologien beim Einsatz von Wasserstoff zu fördern. Das gilt auch für Brückentechnologien wie die zunächst gasbasierte Eisen-Direktreduktion in der Stahlindustrie.
- Ohne einen deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien wie Windkraft und Photovoltaik ist weder die Umstellung auf klimaneutrale Produktion mit einer Sicherung der Arbeitsplätze, noch der erhöhte Strombedarf im Verkehrssektor zu gewährleisten. Es gilt Genehmigungsverfahren für PV- und Windkraftanlagen zu verschlanken, Abstandsregeln zu modifizieren und den Aufbau von Speicherkapazitäten voranzutreiben.
- Die Gewinnung von Wärme und Lithium aus dem Grubenwasser werden wir verstärkt untersuchen lassen.
- Stadt- und Ortsnetze müssen an die Bedarfe der E-Mobilität sowie den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen und Ökostrom angepasst werden. Dafür müssen die Netze leistungsfähiger und

smarter werden und mehr Speicherkapazität beinhalten. Dafür müssen intelligente Netze (Smart Grid) und intelligente Zähler deutlich schneller ausgerollt werden.

9.5 Tourismus

9.5.1 Nachhaltiger Tourismus

Tourismus birgt als Wirtschaftsfaktor enorme Chancen für das Saarland. Doch dafür müssen wir vor allem auf nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus bauen, der unsere Ressourcen schont. Gerade durch die Corona-Krise hat die Branche besonders gelitten. Gleichzeitig ist der naturnahe Tourismus attraktiver denn je. Wir wollen Tourismus und Natur in Einklang bringen.

Nur mit GRÜN werden im Saarland:

- ein wirkungsvolles kommunales Nachhaltigkeitsmanagement landesweite Nachhaltigkeitsstandards in touristischen Kommunen etabliert.
- ein Klimavorbehalt für neue Tourismusprojekte in den Gemeinden berücksichtigt.
- Kommunen verstärkt auf nachhaltige Förderprogramme aufmerksam gemacht.
- das touristische Bewusstsein der politischen Akteur*innen gefördert.
- eine Professionalisierung des kommunalen Destinationsmanagements und die Schonung naturnaher Touristen-Hotspots (Besucherlenkung durch strategische Vermarktung) etabliert.

9.5.2 Nachhaltigkeit als Qualitätsmerkmal

Das Saarland als Nachhaltigkeitsregion ist ein Aushängeschild für den Tourismus in Saarland. Wir sehen das Potential von Sport-, Natur- und Aktivtourismus und wollen deswegen das natürliche Angebot ergänzen. Gleichzeitig wollen wir nachhaltige Mobilität fördern und dafür die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen.

Nur mit GRÜN wird im Saarland:

- eine E-Ladeinfrastrukturen für E-Bikes etabliert.
- die Radwegeinfrastruktur zwischen den Gemeinden ausgebaut.
- unser Land verstärkt als Nachhaltigkeitsregion vermarktet.
- der Ausbau des Outdoor-Tourismus forciert.
- ein zielgruppenorientierter Fokus auf Natur- und Aktivtouristen, Campingtouristen gelegt.
- die Produktentwicklung Rad- und Wandertourismus vorangetrieben.
- ein regelmäßiges Weiterbildungsangebot allen touristischen Akteur*innen zum Thema Nachhaltigkeit angeboten.

9.5.3 Mit lokalen Anbietern zusammenarbeiten

Klar ist: Unsere Region hat viel zu bieten. Wir wollen regionale Anbieter*innen stärken und setzen auch im Bereich Tourismus auf Regionalität.

Wir fordern:

- Förderung von Regionalmarken/-initiativen
- Sensibilisierung touristischer Dienstleister in den Bereichen regionale Lieferanten und regionaltypisches Angebot
- Sensibilisierung für nachhaltige Entsorgung und die Vermeidung von Verschwendung und Verpackungsmaterialien

9.5.4 Anreiz für nachhaltiges Engagement schaffen und Bürger*innen vor Ort beteiligen

Wir legen viel Wert darauf, die Bürger*innen mit in Entscheidungen einzubeziehen. Ziel muss sein, die Interessen aller in den Kommunen in Einklang zu bringen. Das bedeutet auch, dass Ortskerne

attraktiv bleiben müssen und Tourismus nicht die Menschen vor Ort belasten darf. Von beliebten touristischen Angeboten sollen auch die Einwohner*innen profitieren können.

Wir werden:

- Nachhaltige Ziele für alle Interessengruppen ansprechend machen.
- Bürger*innen auf touristische Angebote aufmerksam machen.
- Anreize zur Nutzung des Wander- und Radfahrnetzes schaffen.
- Anreize für „Urlaub zu Hause“ schaffen.
- Begünstigungen von Tourismusattraktionen für Anwohner*innen schaffen.
- sozial gerechte Preisstrukturen für Tourismusattraktionen anbieten, die an Familien und Kinder gerichtet sind.
- kommunale Tourismusforen für touristische Dienstleister einrichten.

9.6 Gemeinwohlökonomie

Wirtschaftliche Tätigkeit darf nicht im Widerspruch zu Klima- und Umweltzielen stehen. Sie soll sich am Gemeinwohl orientieren. Wir unterstützen Ansätze der Gemeinwohlökonomie, der solidarischen Ökonomie und die Erstellung von Gemeinwohlbilanzen durch öffentliche und private Unternehmen, die die ökologischen und sozialen Folgen wirtschaftlicher Tätigkeit beleuchten. Das Land muss hierbei Vorbild sein. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass mindestens ein landeseigenes Unternehmen im Rahmen eines „Pilotprojekts Gemeinwohl-Bilanz“ die Gemeinwohlzertifizierung durchläuft. Die Erkenntnisse hieraus werden wir öffentlich machen und die Zertifizierung weiterer Unternehmen anstreben.

Auf diese Weise könnten Unternehmen gefördert werden, die ihr wirtschaftliches Handeln mit Hilfe einer Gemeinwohl-Bilanz neu ausrichten möchten.

Für das „Pilotprojekt Gemeinwohl-Bilanz“ eignet sich bspw. der SaarForst Landesbetrieb, welcher als erster Landesbetrieb nach Gemeinwohlgrundsätzen bilanziert werden könnte. Da einerseits die vielfältigen Umwelt- und Naturschutzleistungen, welche der SaarForst bereits heute erbringen sollte, in diesem Zusammenhang noch besser aufgearbeitet und dokumentiert werden könnten und andererseits beim Landesbetrieb SaarForst bereits langjährige Erfahrungen mit einem Nachhaltigkeitsmanagement in der Waldwirtschaft vorliegen sollten, welche in die geplante Gemeinwohlabilanzierung positiv eingefügt werden könnten.

10 STARKE FAMILIEN – BETEILIGTE JUGEND

10.1 Familien unterstützen

Familien sind bunt. Neben der klassischen Mutter-Vater-Kind-Familie gibt es noch viele andere Formen: Eineltern-Familien, lesbische Mütter, schwule Väter, Trans-, Bi- oder Regenbogenfamilien. Viele Fragen ergeben sich in unterschiedlichen Bereichen. Mitarbeitende in Behörden und Beratungsstellen müssen entsprechend weitergebildet und sensibilisiert werden für die jeweils spezifischen Bedürfnisse.

Während der Corona-Pandemie wurden Familien einer großen Belastung ausgesetzt. Die Kontaktbeschränkungen, Homeoffice, Homeschooling und vieles mehr haben den Familienmitgliedern stark zugesetzt. Wir bedauern sehr, dass es in diesem Zusammenhang auch zu einem Anstieg von häuslicher Gewalt gekommen ist. Für uns ist es ein großes Anliegen, den Betroffenen schnell und unkompliziert Hilfe zu gewährleisten. Dazu müssen wir weiterhin die Sozialhilfeeinrichtungen stärken. Anlaufstellen wie Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut und eingerichtet werden, um den Opfern und ihren Kindern schnell Schutz bieten zu können.

Die vielfältigen Hilfen in der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe wollen wir erhalten und weiter ausbauen und somit den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung und Gewalt weiter vorantreiben. Dazu werden wir in den Kommunen Kommunikationsforen zwischen Kindern, Eltern, Schulen, Polizei, Jugendämtern, Vereinen und spezialisierten Fachberatungsstellen etablieren.

Die Handlungskompetenz aller Beteiligten im Bereich der Prävention und der Intervention muss gestärkt werden, so dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen koordiniert und übergreifend sichergestellt ist. Schulen und Kitas haben bei der Prävention eine Schlüsselrolle. Programme zur professionellen Information und Sensibilisierung wollen wir ausbauen. An Kitas und Grundschulen wollen wir Kinder- und Familienzentren anschließen. Hier können Eltern wohnortnah und niedrigschwellig vielfältig vernetzte Dienstleistungen für Kinder und Familien entweder direkt in Anspruch nehmen oder sich vermitteln lassen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Stärkung von Opferrechten erfordert einen Ausbau von flächendeckenden Beratungsangeboten, die Betroffene sensibel begleiten. Das dazu notwendige Personal wollen wir einstellen. Auch die Strafverfolgungsbehörden, die digitale Missbrauchsdarstellungen aufdecken, werden wir personell aufstocken. Der Druck, entdeckt und verfolgt werden zu können, muss massiv erhöht werden.

10.2 Kinder und ihre Rechte stärken

Im Saarland ist jedes fünfte Kind von Kinderarmut betroffen. Das bedeutet für viele Kinder, dass sie ihre Freund*innen nicht nach Hause zum Essen einladen können oder die Einladung zum Geburtstag ausschlagen müssen, da das Geld für ein Geschenk fehlt. Die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle spielt.

Um Kinderarmut zu bekämpfen und Kinderrechte zu stärken werden wir:

- kommunale Präventionsketten im Saarland flächendeckend ausbauen und so gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen, Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen.
- Modelle prüfen, welche die Abrechnung von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket vereinfachen, damit die Mittel abgerufen werden und auch tatsächlich bei den Kindern ankommen.
- die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und Gemeinden stärken und so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien erhalten und ausbauen.
- uns für die Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung einsetzen.

10.3 Im Öffentlichen Raum Platz für Kinder und Jugendliche schaffen

Der öffentliche Raum in den Städten bietet nur noch selten Platz zum Ballspielen, Roller fahren, Skaten oder zum gemeinsamen Chillen. Der zunehmende Verkehr verdrängt Kinder selbst in Wohngebieten zunehmend aus dem öffentlichen Raum. Flächen, die zum Erkunden einladen oder Platz zum spontanen Spiel bieten sind Mangelware.

Wir möchten die Kommunen motivieren und dabei unterstützen kreative Wege einzuschlagen, um Freiräume für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Mit temporären Spielstraßen während der Ferienzeiten, Brachflächen die als Erlebnisraum genutzt werden können oder auch durch die temporäre Nutzung von Leerständen, kann den Bedürfnissen unsere Kinder und Jugendlichen im öffentlichen Raum Rechnung getragen werden.

Selbst wenn es lediglich um den Alltagsverkehr geht, finden Kinderinteressen oft zu wenig Berücksichtigung. Aber auch bei der Anlage von Rad- und Gehwegen müssen die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigt werden.

10.4 Vereinbarkeit schaffen

Eine zentrale Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen gute und verlässliche Ganztagsbetreuungsangebote dar. Gerade die Corona-Krise mit den Schul- und Kitaschließungen hat das sehr deutlich gezeigt. Das Recht auf familienbedingte Teilzeit sowie der Rechtsanspruch auf Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung ermöglichen es, in unterschiedlichen Lebensphasen Vereinbarkeit bedarfsgerecht herzustellen.

Diese Flexibilität in der Arbeitszeit muss auch bei Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds ermöglicht werden. Das Recht auf kurzzeitige Freistellung zur Einrichtung einer Pflege sowie das Recht, die Arbeitszeit flexibel reduzieren zu können, müssen gewährleistet sein.

Bei Bewerbungen, gerade auf höher qualifizierte Positionen, dürfen Kindererziehungs- und Pflegezeiten keine negative Auswirkung im Bewerbungsverfahren haben.

Deshalb müssen auch weitere Kindertagesstätten mit besonders langen Öffnungszeiten bis hin zu 24-Stunden-Kitas geschaffen werden. Nur so können Familien, aber gerade auch Alleinerziehende, jeder Art von Beschäftigung nachgehen.

Wenn keine wichtigen Gründe dagegensprechen, sollen Arbeitnehmer*innen ein Recht auf Homeoffice und mobiles Arbeiten haben. Um die Umsetzung des Rechts auf Homeoffice und mobiles Arbeiten sicherzustellen, wollen wir Unternehmen bei der Digitalisierung der Arbeitsabläufe einschließlich Datensicherheit und Arbeitsschutz unterstützen.

Wir werden....

- das Landesinvestitionsprogramm aufstocken, um Familienzentren einzurichten.
- die Einrichtung von Betriebskindergärten fördern.
- eine Werbe- und Imagekampagne auflegen für den Erzieher*innen Beruf (Qualitätsoffensive).
- Sozialhilfeeinrichtungen fördern, ausbauen und mit Beratungsstrukturen ausstatten.
- ein Recht auf bzw. die Wahlmöglichkeit auf Homeoffice einführen.

11 STARKE GESUNDHEITSVERSORGUNG – VERLÄSSLICHE PFLEGE

Der Mensch im Mittelpunkt – Für eine moderne Gesundheitspolitik im Saarland

Für die saarländischen GRÜNEN steht der Mensch im Mittelpunkt des Handelns – besonders in der Gesundheits- und Pflegepolitik. Wir wollen einen gerechten Zugang zu hochwertiger Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Prävention für alle Menschen – ungeachtet von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Geschlecht, sexueller Identität, Einkommen oder Alter. Und wir wollen die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen in den Gesundheitsberufen verbessern sowie dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die Interessen der Beschäftigten besser vertreten werden. Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine Zukunftsbranche, deren Bedeutung durch die demographische Entwicklung weiter zunehmen wird. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an Fachkräften. Darauf gilt es zu reagieren.

11.1 Ohne Pflege geht es nicht

11.1.1 Attraktive Arbeitsbedingungen in der Pflege schaffen

Die sich seit Jahren aufgrund von gesundheitspolitischen Fehlsteuerungen verschärfende Arbeitsverdichtung und Überlastung des Pflegepersonals wollen wir wirksam bekämpfen. In kaum einem anderen europäischen Land müssen Pflegekräfte im Krankenhaus so viele Patient*innen

versorgen wie in Deutschland. Dennoch wird der Personalschlüssel immer weiter hoch gesetzt. Folgen sind, neben der enormen Arbeitslast und Überlastung des medizinischen Fachpersonals, z.B. Probleme bei der Patient*innen- und Klient*innensicherheit.

Körperliche und psychische Überlastung von systemrelevanten Berufsgruppen darf nicht länger mit Symbolpolitik begegnet werden. Wir wollen uns dem Pflegenotstand entgegenstellen!

Deshalb bestehen wir darauf, mehr medizinisches Fachpersonal in den Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten einzusetzen und eine bedarfsgerechte Personalbesetzung in der Pflege zu etablieren. Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, wollen wir Pflegeberufe und insbesondere Ausbildungen im medizinischen Bereich attraktiver gestalten, in dem wir:

- Ausbildungskonzepte in Teilzeit fördern, so könnten beispielsweise Alleinerziehende leichter in den Pflegeberuf einsteigen.
- die saarlandweite Einführung des bereits an einigen Krankenhäusern etablierten Modells der 5-Tage-Woche voranbringen, um medizinischem Fachpersonal eine bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeitgestaltung zu ermöglichen.
- trägerunabhängige Fort- und Weiterbildungsregelungen für eine flächendeckende Förderung des Personals einsetzen.

11.1.2 Laienpflege und alternative Pflege- und Betreuungsformen voranbringen

Pflegebedürftige und ältere, mobilitätseingeschränkte Menschen haben in ländlichen Regionen oft nur unzureichend Zugang zu Pflege- und Unterstützungsangeboten. Über 70 % der Pflegebedürftigen werden im Saarland in ihrer häuslichen Umgebung betreut, mehr als 50 % ausschließlich durch Angehörige und Freund*innen. Durch Abwanderung, längere Erwerbstätigkeit oder zunehmende Berufstätigkeit, wird dies aber immer seltener möglich sein. Hinzu kommt aktuell ein Mangel an qualifizierten Pflegekräften, der in Zukunft noch deutlicher zu Tage treten wird.

Daher wollen wir:

- neue Wohnformen, wie Senioren- und Pflegewohngemeinschaften, Hausgemeinschaften oder Mehrgenerationenwohnen stärker fördern.
- dafür sorgen, dass auch auf Landesebene ein qualifiziertes Beratungsangebot zu technischen und finanziellen Fördermöglichkeiten für barrierefreie Umbaumaßnahmen angeboten wird.
- die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum durch eine engere Vernetzung der verschiedenen Gesundheitsakteure und ihrer jeweiligen Kompetenzen sicherstellen.
- flexiblere Versorgungsformen, wie etwa mobile Praxisteams, Gemeindepfleger*innen oder Fahrdienste zu Arztbesuchen fördern.
- die Angehörigen- und Laienpflege durch kostenfreie professionelle Weiterbildungsmöglichkeiten, leichteren und unbürokratischen Zugang zu den vorhandenen Unterstützungs- und Beratungsangeboten und ein verbessertes flexibles Entlastungsangebot (z.B. Verhinderungspflege) stärken.
- die Suche nach freien Pflegeplätzen durch eine landesweite internetbasierte Vernetzung der Angebote erheblich erleichtern.
- den Grundsatz "Prävention vor Rehabilitation" stärken.
- die Pflege an der UN-Behindertenrechtskonvention und der Pflege-Charta, die wichtige Grundrechte für Pflegebedürftige verankert, orientieren.

11.2 Palliativversorgung sicherstellen

Immer mehr Sterbende können ihr Leben nicht mehr in der vertrauten häuslichen Umgebung beenden. Ein flächendeckendes Angebot an stationärer und ambulanter palliativer Versorgung sowie angemessener psychologischer Begleitung ist für uns daher ein wichtiges Anliegen. Wir legen Wert

darauf, dass unabhängig vom Ort des Sterbens eine qualifizierte Schmerztherapie für die Betroffenen sichergestellt wird.

Daher werden wir:

- ausreichend viele Einrichtungen im Sinne der Hospiz-Idee schaffen, die den Betroffenen und ihren Angehörigen in unterschiedlichen Formen die verbleibende Lebenszeit erleichtern.

11.3 Zukunftsfähige medizinische Versorgung für Stadt und Land

Eine flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung zu sichern, ist das Ziel grüner Gesundheitspolitik im Saarland. Das Recht auf Gesundheit darf nicht vom Wohnort abhängig sein. Demographischer Wandel und Honorarregelung führen zu Lücken in der hausärztlichen Infrastruktur.

Dazu wollen wir:

- die Landarztquote an der Universität des Saarlandes evaluieren und sofern erforderlich ausbauen.
- die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) fördern, um Angebote der Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsversorgung unter einem Dach zu vereinen und so das Herzstück der Versorgung vor Ort zu bilden.
- Kommunen in die Lage versetzen, die örtliche medizinische Versorgung zu verbessern, indem sie Praxisräume bereitstellen oder Anschubfinanzierung bei der Niederlassung gewähren. So kann eine adäquate Versorgung auch des ländlichen Raums langfristig erhalten bleiben. Das Recht auf eine freie Arztwahl ist dabei ebenso zu gewährleisten wie eine gute fachärztliche Infrastruktur.
- eine flächendeckende Versorgung mit Apotheken sicherstellen.
- uns für ein integriertes Versorgungssystem einsetzen, das die Arbeit der Gesundheitsdienste vor Ort, von ambulant tätigen Ärzt*innen, anderen Heilberufen sowie von stationären medizinischen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Rehakliniken miteinander verzahnt. Nach dem Grundsatz ambulant vor stationär.

11.4 Für eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur

Viele Krankenhäuser schreiben rote Zahlen. Wir GRÜNE fordern daher eine Reform der Investitionsfinanzierung für Krankenhäuser. Das bisherige System hat auch im Saarland dazu geführt, dass aufgrund fehlender Investitionsmittel Krankenhäuser Kürzungen bei den Personalkosten vornehmen, die voll zu Lasten der Patient*innen, aber auch des Personals gehen. Die Budgetierung der Krankenhäuser, die Personal- und Qualitätsabbau zur Folge hat, muss korrigiert werden. Unser Ziel ist es, die Investitionsmittel der Krankenhäuser zu erhöhen und ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst über die Verwendung zu entscheiden.

Daher werden wir uns:

- für eine entsprechende Änderung der bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen stark machen, die eine an Qualitätskriterien und Versorgungszielen orientierte Krankenhausplanung ermöglicht.
- für den Erhalt von Krankenhäusern einsetzen, die Versorgungszentren im Rahmen einer integrierten Versorgungslandschaft sind, und die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung sicherstellen.
- für den Erhalt der überwiegend gemeinnützigen Trägerstruktur im Saarland in ihrer Vielfalt einsetzen und uns gegen eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern stellen.
- für eine Konzentration der spezialisierten Versorgung und Hochleistungsmedizin einsetzen, um Qualität und Effizienz zu gewährleisten.

11.5 Für mehr Qualität in Krankenhäusern

Zur Stärkung der Interessen und Erhöhung der Sicherheit von Patient*innen setzen wir uns für eine bessere Qualitätssicherung in Krankenhäusern ein.

Unsere Gesundheitspolitik setzt auf mündige, gut informierte und optimal versorgte Patient*innen. Ihre Sicherheit wollen wir weiter erhöhen. Dafür ist es notwendig, dass sich auch in unseren Kliniken der Umgang mit Fehlern verändert. Wir wollen Methoden zur Anwendung bringen, die sich in anderen Risikobereichen bewährt haben und anerkannt sind. Deshalb wollen wir für saarländische Kliniken die Einführung des Critical Incident Reporting System (CIRS) fördern. Mit dem System wird die Bereitschaft der Mitarbeiter*innen gefördert, Fehler anonym anzugeben. Die Daten werden analysiert, damit Fehlerquellen verringert und eine qualitative Versorgung für Patient*innen gewährleistet wird.

11.6 Gute Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen

Psychische Gesundheit ist die Grundlage für Lebensqualität, soziale Teilhabe und körperliche Gesundheit. Jedoch besteht enormer Ausbaubedarf, was die Prävention und angemessene Versorgung bei psychischen Erkrankungen angeht.

Um Prävention sicherzustellen, brauchen wir niedrigschwellige und professionelle Angebote, am Arbeitsplatz, an Universitäten oder an Schulen. Dabei darf diese Beratungs- und Anleitungsbearbeitung keineswegs allein auf Hilfsstrukturen umgelegt, sondern muss von ausgebildeten Psycholog*innen begleitet werden.

Ebenso legen wir großen Wert darauf, Jugendlichen und jungen Menschen früh in ihrer Persönlichkeitsentwicklung Hilfe anzubieten und entsprechende Beratungsstrukturen, vor allem im ländlichen Raum, auszubauen. Wir stellen uns entschlossen gegen die Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen!

Generell muss ein uneingeschränkter Zugang zu medizinischen und psychologischen Angeboten ermöglicht werden. Geschlossene psychiatrische Stationen, die es auch im Saarland trotz Psychiatriereform immer noch gibt, sind zu überprüfen und dort, wo dies beispielsweise durch einen erhöhten Personaleinsatz möglich ist, zu öffnen. Die Behandlung unter Zwang ist auf das unumgängliche Maß zu reduzieren. Eine engmaschige Kontrolle, ob eine solche Behandlung weiterhin nötig ist, muss durchgeführt werden, damit die Freiheitsrechte und die Selbstbestimmung der zu Behandelnden nicht leichtfertig eingeschränkt werden. Des Weiteren möchten wir das Hauptaugenmerk auf die ambulanten Behandlungen legen und mit stationären Hilfsangeboten flexibel ergänzen.

Für das medizinische Personal im Fachbereich Psychiatrie muss es mehr und differenziertere Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten geben, um optimal auf die Bedürfnisse der Klient*innen eingehen zu können.

Auch abseits des bereits geschulten Personals müssen Anzeichen für psychische Erkrankungen schneller erkannt werden. Deswegen benötigen wir für nicht spezialisiertes Personal Fort- und Weiterbildungsstrukturen mit dem Thema "Psychische Gesundheit". Weiterhin sichert dies einen bedarfsgerechten, qualitativen sowie wertschätzenden Umgang mit Menschen mit psychischen Erkrankungen in der gesamten Gesellschaft.

Wir werden...

- Prävention als Grundstein der Gesundheitspolitik etablieren und niedrigschwellige Präventionsstrukturen einrichten.
- Menschen mit psychischen Erkrankungen entstigmatisieren und ihre Freiheitsrechte sowie Selbstbestimmung sicherstellen.

- ambulante psychiatrische Behandlung ausbauen und mit der stationären Behandlung flexibel ergänzen.
- niedrigschwellige Beratungsangebote für psychische Erkrankungen ausbauen.
- Fort- und Weiterbildungen über psychische Gesundheit und das Erkennen von psychischen Erkrankungen für nicht spezialisiertes Personal etablieren.

12 GELEBTE VIELFALT – SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

12.1 Eine moderne Politik für Senioren

Das Saarland gehört zu jenen Bundesländern, in denen der Alterungsprozess und der Rückgang der Bevölkerung weit fortgeschritten ist. Dieser demografische Wandel wird die Gesellschaft und Wirtschaft vor große Herausforderungen stellen. Langfristig niedrige Geburtenraten und steigende Lebenserwartung haben zur Folge, dass die saarländische Bevölkerung immer älter wird. Der Anteil der über 65-Jährigen lag im Jahr 2013 noch bei 22,0 Prozent. Im Jahr 2030 wird er voraussichtlich schon bei 32 % liegen. Für die kommenden Jahrzehnte wird für alle Regionen eine sinkende Bevölkerungszahl prognostiziert. Von heute bis 2030 wird die Bevölkerung hier um fast 100.000 Menschen schrumpfen, wobei gleichzeitig der Anteil älterer Menschen überproportional zunimmt. Diesen gesellschaftlichen Wandel gilt es positiv mitzugestalten, denn für die ältere Generation bedeutet ein längeres Leben auch eine Bereicherung. Die Chance, diese Zeit selbstbestimmt zu leben, wollen wir durch eine innovative Politik für ältere Menschen unterstützen. Dabei ist uns GRÜNEN wichtig, Bedingungen zu schaffen, dass jede*r so lange wie möglich mit Engagement am Zusammenhalt einer bunten, inklusiven Gesellschaft mitarbeiten kann. Dazu gehört auch die Unterstützung einer nachhaltigen Politik, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen gewährleistet.

Viele Lebensbereiche der Politik für ältere Menschen betreffen Handlungsfelder unseres grünen Wahlprogramms, die für die Bevölkerung insgesamt relevant sind. Ein Beispiel hierfür ist der Bereich Mobilität, der in unserem Wahlprogramm einen besonderen Stellenwert hat. Die Bedürfnisse älterer Menschen müssen bei allen Planungen berücksichtigt werden (wie z.B. Verkehrsentwicklungsplan, Mobilitätskonzepte).

12.1.1 Selbstbestimmt leben, wohnen und Gemeinschaft pflegen

Viele Menschen werden mit zunehmendem Alter hilfsbedürftig, ohne aber dauerhafte Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Ein kurzzeitiges, punktuell gegenseitiges Unterstützen kann nicht nur nutzbringend sein, sondern das gegenseitige Miteinander, auch zwischen Jung und Alt, stärken.

Daher werden wir:

- ein kommunales Programm zur Entwicklung lebenswerter inklusiver Quartiere für alle Generationen entwickeln,
- das Zusammenleben in Mehr-Generationen-Häusern (auch außerhalb von familiären Bindungen) durch Hilfe bei Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen ermöglichen,
- das Sozialleben in den Quartieren durch Gesprächskreise, kleine Feste und gemeinsame Aktionen durch Förderung der entsprechenden kommunalen Infrastruktur unterstützen.

12.1.2 Lange aktiv und engagiert für ein gesellschaftliches Miteinander

Ältere und Alte suchen für die Zeit nach dem Berufsleben vielfältige Neuorientierungen. Diese sind Ausdruck des Bedürfnisses nach gesellschaftlicher Mitgestaltung, sinnvoller Beschäftigung und neuen sozialen Kontakten. Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement muss jedoch sinnvoll organisiert sein und allen Beteiligten Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Wir werden daher:

- die Einrichtung von Ehrenamtsbörsen fördern.
- alle Initiativen ehrenamtlichen Engagements durch den Abbau bürokratischer Regulierungen erleichtern.
- eine Übersicht über die Fülle an Möglichkeiten zu ehrenamtlichem Engagement leicht zugänglich machen.
- Altersgrenzen, die das freiwillige Engagement einschränken, aufheben.
- dem Ehrenamt und allen, die es ausüben, Respekt und Anerkennung zukommen lassen. Hierzu wollen wir die Ehrenamtskarte aufwerten und stärker als Zeichen der Wertschätzung einsetzen.

12.1.3 Förderung des Generationendialogs

Eine intensive Kommunikation zwischen den Generationen ist zwingende Voraussetzung und gleichzeitig zielführender Weg zu gesellschaftlicher Gerechtigkeit. Der häufig genannte Generationenkonflikt existiert in unseren Augen nur als Narrativ einzelner Gruppen. Großeltern sorgen sich um die Zukunft ihrer Enkelkinder. Gleichzeitig unterstützen sie sie während der Ausbildung oder bei deren Engagement für den Klimaschutz.

Wir werden daher

- den Dialog zwischen Alt und Jung durch Einrichtung gemeinsamer Diskussionsforen in unterschiedlichen Formen vor allem in den Kommunen fördern.
- besonders Generationen-Projekte zu Themen der Nachhaltigkeit und zur Umsetzung der Umwelt- und Klimaschutzziele unterstützen.

12.1.4 Das Alter hinauszögern: Sport und Spaß

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass viele altersbedingte Beschränkungen durch geeignete Präventionsmaßnahmen gemildert oder herausgezögert werden können. Sport, Bewegung und gesunde Ernährung gehören dabei zu den wichtigsten Präventionsstrategien.

Daher werden wir:

- den Seniorensport aller Leistungsklassen fördern,
- eine Vernetzung von gesundheitlichen Einrichtungen und fachärztlichen Praxen unterstützen und die Voraussetzungen für unbürokratische Überweisungen schaffen,
- generationsübergreifende Begegnungsmöglichkeiten wie Erzählcafés, Spiele- und Tanztreffs anstoßen.

12.1.5 Teilhabe und Mobilität von Senioren sichern

Viele ältere Menschen müssen oder wollen auf das Autofahren verzichten, sind aber dennoch Verkehrsteilnehmer*innen. Die Nutzung des bisher schlecht ausgebauten ÖPNV im Saarland wird dabei durch Hürden wie fehlende Barrierefreiheit, schwer zugängliche Fahrplaninformationen, komplizierte Tarifbestimmungen oder ungeeignete Taktung erschwert. Neben der Mobilität wird zunehmend auch die Digitalisierung ein relevanter Faktor für die Teilhabe von Senioren am gesellschaftlichen Leben. Gerade Corona hat uns auch gezeigt, wie schnell Familien getrennt werden können und Leute in Pflegeheimen quasi von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Auch in diesen Einrichtungen muss die Digitalisierung Einzug halten und den Familien so die Möglichkeit geboten werden, Kontakt zu ihren Angehörigen zu halten.

Daher werden wir:

- uns für den Ausbau eines guten, bezahlbaren und barrierefreien ÖPNV mit kurzen Taktungen einsetzen.
- Informationen zu Fahrplänen, Tarifen und Sparmöglichkeiten leicht zugänglich machen.
- den Internetausbau in Alten- und Pflegeheimen forcieren.

- die Teilhabe von Senioren über erweiterte Mobilitätsangebote und digitale Möglichkeiten deutlich verbessern.
- Fahrdienste und Angebote wie zB mobisaar oder carSharing Saar ausbauen.

12.1.6 "Orte des Zusammenhalts" schaffen

Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinander, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wo ließe sich das besser verwirklichen als im Lebensumfeld Kommune?

Wir GRÜNE wollen Kommunen mehr Möglichkeiten geben, Angebote für Prävention und Pflege vor Ort zu planen, zu steuern und zu gestalten.

Politik für die ältere Generation gehört noch zu den freiwilligen Aufgaben einer Kommune, ihr muss jedoch angesichts der Altersstruktur eine wachsende Bedeutung zugebilligt werden. Denn Kommunen wirken auf vielfältige Weise auf die Lebensbedingungen älterer Menschen ein. Mit der Gestaltung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfelds, der Verkehrsverhältnisse haben sie einen erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität und die Selbstständigkeit älterer Menschen. Politik für Ältere ist eine Querschnittsaufgabe, die alle kommunalen Ressorts wie Stadt-, Verkehrs-, Bau- und Wirtschaftsplanung einbezieht.

Daher werden wir

- die Kommunen in ihrer Verantwortung für die ältere Generation beraten und unterstützen.
- bei der Einrichtung kommunaler Strukturen für Nachbarschaftshilfen oder Pools von ehrenamtlichen Pflegebegleitern u.ä. unterstützen, um pflegende Angehörige zu entlasten.
- Projekte zum generationenübergreifenden Wohnen fördern, verstärkt verkehrsberuhigte Zonen einrichten.
- für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband nötige Mindeststandards formulieren.

12.1.7 Landesweite Strategie zum demografischen Wandel, Sicherung und Wahrung der Teilhabe der Bevölkerung im Alter

Wir setzen uns ein für eine fundierte altersgerechte Politik auf Basis einer umfassenden datenbasierten Bedarfserhebung, aus der verbindliche Maßnahmen flächendeckend, sozialraumorientiert abgeleitet und zügig umgesetzt werden können. Hierbei streben wir den regelmäßigen Dialog mit den entsprechenden Betroffenenverbänden als wichtigen Institutionen für das Thema an. Flexible und notwendige Anpassungen sind Gütekriterien einer solchen Strategie und müssen transparent kommuniziert werden. Eine Bewertung und Berichterstattung zur Weiterentwicklung und Umsetzung in einer übergeordneten landesweiten Strategie sind verpflichtend integriert und begünstigen die Teilhabemöglichkeiten der älteren Menschen durch mehr Transparenz der politischen Entscheidungen auf Landesebene.

12.2 Prekäre Lebenssituationen

Wenn Mitbürger*innen in Not geraten, kann es passieren, dass sie durch unser soziales Netz fallen. Um die Menschen vor diesen Schicksalsschlägen zu bewahren, müssen wir unser Netz sicherer aufstellen, aber auch für die Menschen, die sich bereits in prekären Lebenssituationen befinden, direkte und unkomplizierte Hilfe anbieten.

Wir wollen die Kommunen stärken und streben eine bessere Sozialberatung vor Ort an. Obdachlose sollen ein Dach über dem Kopf haben und Mieten müssen bezahlbar sein. Wir wollen die Plätze für Obdachlose bedarfsgerecht ausbauen und dabei die Plätze für obdachlose Frauen massiv aufstocken. Kommunen sollen darin bestärkt werden, aktiv gegen Armut zu kämpfen und die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern.

Wir wollen die Menschen mit ihren Stärken und in ihrem gesamten Lebenszusammenhang fördern. Deshalb setzen wir uns insbesondere für den Ausbau der Gemeinwesen und Sozialarbeit vor Ort, im Quartier oder im Dorf ein.

Hierzu zählt auch die mittlerweile unverzichtbare Arbeit der Tafeln vor Ort. Wir werden die Tafeln sowohl mit finanziellen Mitteln als auch mit Infrastruktur unterstützen.

Menschen, denen es schwerfällt, mit den täglichen und nicht-alltäglichen Herausforderungen unserer Gesellschaft umzugehen, bedürfen einer speziellen Betreuung. Auch sie haben ein Anrecht auf gesellschaftliche Teilhabe und ein glückliches Leben. Um diesen Mitbürger*innen die bestmögliche Unterstützung zu bieten, braucht es den Einsatz von guten Sozialarbeiter*innen. Diese Arbeit wollen wir weiter fördern und ihnen die Arbeitsbedingungen bieten, die sie brauchen.

Wir werden:

- Sozialarbeit stärken sowie Suchtberatungen erhalten und ausbauen.
- Frauenhäuser und andere Hilfeeinrichtungen (bspw. Familienclearing) erhalten und ausbauen.
- Kinder- und Jugendheime, Kinder- und Jugendhilfe fördern.
- Obdachlosenhilfe wie z.B. Kältebusse und Wärmestuben ausbauen.
- Die Tafeln vor Ort stärker unterstützen.

12.3 Inklusion vorantreiben - Teilhabe trotz Beeinträchtigung

Wir wollen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben umfassend und uneingeschränkt teilnehmen können. In diesem Anspruch sind selbstverständlich Menschen mit Behinderung eingeschlossen. Jede Ausgrenzung schadet der Gesellschaft insgesamt und ist ein Gerechtigkeitsdefizit. Auch von Deutschland wurde die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Danach haben behinderte Menschen ein Recht darauf, von Anfang an gemeinsam mit nicht behinderten Menschen zu leben, zu lernen, zu arbeiten und zu wohnen. Deshalb wollen wir alle Rechtsregelungen dahingehend überprüfen und überarbeiten, dass sie nicht nur dem Geist der UN-Behindertenrechtskonvention entsprechen, sondern auch in der Praxis im Rahmen eines Aktionsplanes umgesetzt werden können. Alle Maßnahmen sind regelmäßig zu evaluieren und gemeinsam mit Behindertenverbänden und Interessengruppen weiterzuentwickeln. Insbesondere sind erfolgreiche Modellprojekte zur Inklusion in Kitas und Schulen zu verstetigen. Um Inklusion insgesamt auf dem Arbeitsmarkt voranzutreiben, ist ein Ausbau von Integrationsbetrieben unerlässlich.

Barrierefreiheit muss universell definiert und als Gestaltungsmaxime für das gesamte öffentliche Leben beachtet werden.

12.3.1 Barrieren beseitigen

Durch die Beseitigung von räumlichen und kommunikativen Barrieren sowie die Bereitstellung von Seh- und Hörhilfen und ggf. weiterer Assistenz wollen wir die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen auch am kulturellen Leben deutlich steigern. Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen wie barrierefreie Internetseiten oder ausreichende Medienangebote sind selbstverständliche Voraussetzung für Teilhabe und müssen deshalb weiter gefördert und ausgebaut werden. Alle Hilfen für Menschen mit Behinderung wollen wir am individuellen Bedarf ausrichten. Sie sollen so lange wie möglich in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, örtlichen Angebotsträgern, Experten, Vereinen und den Verbänden ist für dieses Ziel Voraussetzung.

12.3.2 Tatsächliche Wahlfreiheit ermöglichen

Wir müssen Barrieren auf dem Arbeitsmarkt absenken und durch Alternativen zur Beschäftigung in Werkstätten tatsächliche Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderung ermöglichen. Wir wollen

gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechtsansprüche auf Teilhabe möglichst wohnortnah realisieren können. Die Angebote der Frühförderung werden wir ausweiten und verbessern. Die Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen wollen wir schrittweise angehen und nachhaltig umsetzen.

Wir werden:

- durch unbürokratische Gewährung von Sozialtickets u.ä. die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle gewährleisten.
- Assistenzen in allen Bereichen für Menschen mit Behinderung sicherstellen.
- echte Teilhabe für alle umsetzen und echte Wahlfreiheit garantieren.
- Barrierefreiheit in allen Bereichen (auch digital) bedarfsgerecht umsetzen.

12.4 Integrationspolitik ist GRÜN

Unsere Gesellschaft lebt von der Vielfalt der in ihr lebenden Menschen. Für uns GRÜNE steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit im Mittelpunkt. Egal, wo jemand herkommt oder hingehen will: Alle gehören dazu, verdienen Respekt, Teilhabe und Unterstützung. Menschen sollen im Saarland von Anfang an Fuß fassen und ein sicheres Zuhause finden können. Ein friedliches Zusammenleben aller erfordert gegenseitige Anerkennung, Respekt, Gleichberechtigung und Chancengleichheit.

Um dies zu ermöglichen, sind verschiedene Maßnahmen in unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bereichen unabdingbar. Hierbei ist uns ein intersektionaler Ansatz besonders wichtig, der sich gegen Diskriminierung jedweder Art richtet.

12.4.1 Demokratiebildung und Antidiskriminierung

Menschen mit Migrationshintergrund oder eigener Zuwanderungsgeschichte werden häufig mit Vorurteilen konfrontiert und erleben immer noch Nachteile in verschiedenen Bereichen des Lebens. Aufgrund von Hautfarbe oder eines vermeintlich nicht deutsch klingenden Namens werden sie häufiger nicht zu Vorstellungsgesprächen eingeladen oder finden schwieriger eine Wohnung. Hierdurch steigt auch das Armutsrisiko für Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte. Es ist unsere Aufgabe als gesamte Gesellschaft, uns Diskriminierung entgegenzustellen, Ursachen zu hinterfragen und Bildungsarbeit zu leisten.

Wir werden

- Projekte, die sich z.B. in Schulen, Jugendzentren und Bildungseinrichtungen für Demokratiebildung und Antidiskriminierung einsetzen, stärken und entsprechende Förderprogramme (bspw. „Demokratie leben!“) ausbauen.
- interkulturelle Fortbildungsprogramme für Mitarbeitende in öffentlichen Einrichtungen und Behörden initiieren und weiterentwickeln.
- Beratungsstrukturen für von Diskriminierung betroffene Personen weiter ausbauen und besser vernetzen.

12.4.2 Willkommenskultur

Ob bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, der Anmeldung einer neuen Wohnung oder dem Finden eines Betreuungsplatzes für die Kinder: Menschen, die aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlichen Voraussetzungen neu nach Deutschland und ins Saarland kommen, stehen vor der großen Herausforderung, sich in einer für sie ungewohnten Umgebung in einer fremden Sprache und einem bisher unbekanntem gesellschaftlichen System im Alltag zurechtfinden zu müssen. Das Saarland hat erheblichen Nachholbedarf bei der Etablierung von Angeboten zur Erstorientierung, wie sie in vielen anderen Bundesländern bereits eingerichtet wurden. Auch die Praxis bei der

Unterbringung von Geflüchteten, Abschiebungen und Einbürgerungen muss auf den Prüfstand gestellt werden.

Wir werden

- wichtige Informationen und Beratungsstrukturen, die für neuzugewanderte Menschen bei der Erstorientierung relevant sind, bündeln und die Zugänglichkeit in verschiedenen Sprachen erleichtern; hierzu zählen auch rechtliche Beratungen im Fall abgelehnter Asylanträge oder bei Einbürgerungsfragen.
- die Standards zur Unterbringung von Geflüchteten evaluieren und überarbeiten; Dezentralisierung ist das Ziel.
- unnötige bürokratische Hürden bei der Einbürgerung abbauen.

12.4.3 Ankommensstrukturen als Standortfaktoren

Das Saarland steht vor der großen Herausforderung, den Strukturwandel zu bewältigen. In vielen Bereichen fehlen bereits jetzt Fachkräfte oder Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt. Umso wichtiger ist es, Menschen aus dem Ausland zu gewinnen, die entweder bereits als Fachkräfte ins Saarland ziehen oder bereit sind, hier vor Ort ihre Ausbildung oder ihr Studium zu absolvieren. Damit das Saarland sich im Wettbewerb mit anderen Regionen behaupten kann, muss jedoch die Attraktivität der Beratungsangebote zu Ausbildungsmöglichkeiten und Anerkennungsfragen von ausländischen Qualifikationen bei den zuständigen Kammern und Hochschulen gesteigert werden. Um Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen und auch im Saarland halten zu können, müssen sich Ankommensstrukturen komplett wandeln. Auch die Schließung einer Dependence der Ausländerbehörde ausgerechnet in der Landeshauptstadt zeigt, wie wenig die Relevanz solcher Strukturen als Standortfaktor bisher erkannt wurde.

Wir werden

- Informationsportale für potenzielle Fachkräfte aus dem Ausland einrichten bzw. ausbauen und die Beratungsstrukturen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern und Hochschulen verbessern sowie das Welcome Center auf Landesebene weiterentwickeln.
- Ausbildungsbetriebe und Berufsschulen bei der Einrichtung von Zusatzangeboten für den Erwerb des Deutschen als Zweitsprache unterstützen, z.B. Tandem- oder Mentoringprogramme.
- einen Standort der Ausländerbehörde auch wieder in der Landeshauptstadt etablieren.
- Abläufe optimieren und Kapazitätsengpässe in der Ausländerbehörde beseitigen, um Bearbeitungszeiten zu reduzieren.

12.4.4 Bildung

Bildungserfolg darf nicht länger von der Herkunft abhängig sein, allen Menschen muss der Zugang zu Bildungsangeboten unabhängig von sozioökonomischen Faktoren gewährleistet werden. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsenen müssen eine faire Chance erhalten, einen Schulabschluss zu erwerben und einen Beruf zu wählen, der ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen entspricht. Die Zahl der Schulabgänger oder ungelerten Arbeiter*innen ist unter Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte überproportional hoch. Zusätzlich zu individuellen Lücken in der Bildungsbiografie, z.B. aufgrund von Fluchterfahrungen, sind Diskriminierungserfahrungen und nicht zuletzt Sprachbarrieren ein Hindernis auf dem Weg zum erfolgreichen Schulabschluss.

Wir werden

- das System der Sprachförderung im Bereich Deutsch als Fremdsprache überarbeiten und an allen Schulen eine ausreichende Anzahl an Sprachförderlehrkräften als festen Bestandteil multiprofessioneller Teams etablieren.

- die Einrichtung des Faches Deutsch als Zweitsprache (DaZ) als Ergänzungsfach im Lehramtsstudium prüfen und vorantreiben, um eine flächendeckende Expertise in den Kollegien aufzubauen und zukünftig sicherzustellen.
- das Angebot an Deutschkursen für verschiedene Zielgruppen auch in bisher nicht ausreichend abgedeckten Regionen des Saarlandes erweitern.

12.4.5 Integration vor Ort

Damit Integration gelingt, müssen alle Menschen beteiligt und eingebunden werden. Integration findet vor Ort statt, häufig unter starker Einbindung von ehrenamtlichem Engagement. Egal ob im Bereich frühkindlicher Bildung, Vereinsarbeit, Sport und Kultur: häufig fallen Aufgaben in die Zuständigkeit von Kommunen oder diese dienen zumindest als erste öffentliche Ansprechpartner*innen, wenn es um Beratung oder die Beantragung von Fördermitteln geht. Gerade im Saarland stehen Kommunen allerdings vor großen finanziellen Herausforderungen, weshalb diese zusätzliche Unterstützung benötigen.

Wir werden

- Kommunen bzw. Kreise in Abhängigkeit von ihrer Größe bei der flächendeckenden Installation von Integrationsbeauftragten unterstützen.
- die Koordination der Vernetzung von saarländischen Kommunen bzw. deren kommunalen Integrationsbeauftragten auf Landesebene organisieren und regelmäßig über Fortschritte im Bereich der Integrationsarbeit berichten.
- die ehrenamtliche Integrationsarbeit stärken; hierbei sollen vor allen Dingen Migrantenselbstorganisationen und -vereine stärker einbezogen und bei ihrer Professionalisierung unterstützt werden, indem Förderprogramme eingerichtet oder Anlauf- und Beratungsstellen, wie z.B. Houses of Resources, ausgebaut werden.

12.4.6 Integration auf allen Ebenen

Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und muss als solche auch auf Landesebene begriffen und gelebt werden. Politischen Entscheidungen müssen auf ihre Auswirkungen auf Menschen unterschiedlicher Herkunft überprüft werden. Der Entstehung von Vorurteilen und Diskriminierung muss frühzeitig entgegengewirkt werden.

Wir werden

- Entscheidungen aller Ressorts auf ihre Diskriminierungsfreiheit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte überprüfen.
- uns kontinuierlich für den Abbau von Stereotypen und Vorurteilen sowie gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts einsetzen.
- den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte auf allen Entscheidungsebenen sukzessive erhöhen.

12.4.7 Politische Teilhabe stärken

Ob in Gemeinde und Stadträten, Kreistagen oder auf Landesebene: Im politischen Geschehen sind Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte unterrepräsentiert. Die bisherige Regelung der politischen Mitbestimmung in Form von Integrationsbeiräten geht häufig an den Bedarfen und Bedürfnissen der Kommunen vorbei. Um die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte zu stärken, werden wir verschiedene Maßnahmen einleiten.

Wir werden

- die gesetzlichen Regelungen zur Einrichtung von Integrationsbeiräten auf Landesebene gemeinsam mit Kommunen und Vertreter*innen aus der migrantischen Bevölkerung evaluieren und überarbeiten, um die Möglichkeiten der politischen Teilhabe langfristig zu verbessern.
- Kommunen und Kreise sowie deren Integrationsbeauftragte bei der Erstellung von Integrationskonzepten unterstützen, die die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte sukzessive verbessern sollen.
- Kommunen und Kreise bei der Bereitstellung von relevanten öffentlichen Informationen in verschiedenen Sprachen unterstützen.

12.4.8 Einbürgerung entbürokratisieren

Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Für Menschen mit Duldungsstatus, die seit Jahren im Saarland leben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen nach den gesetzlichen Regeln möglich werden. Die Einbürgerungsverfahren wollen wir entbürokratisieren.

Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden. Um sich im Saarland ein Leben aufzubauen, braucht es langfristige Perspektiven.

12.5 Eine solidarische Gesellschaft

12.5.1 Entschlossen gegen Armut

Nach wie vor werden viele Saarländer*innen ohne existenzsicherndes Erwerbseinkommen dauerhaft gesellschaftlich ausgegrenzt. Kinder- aber auch Altersarmut steigt an, für junge Menschen hängt der Zugang zu „höherer“ Bildung mehr und mehr von den finanziellen Rahmenbedingungen ab, in denen sie aufwachsen. Dies zeigt sich zu Pandemiezeiten erschreckend bei der familiären Ausstattung digitaler Kommunikationsmittel.

Die Abhängigkeit und Verstetigung von staatlichen Transferleistungen steigt generationenübergreifend an. Der demographische Wandel, aber auch der Weggang vieler junger Menschen schafft Perspektivlosigkeit für die, die im Saarland verbleiben. Es hat sich gezeigt, dass ALG II kein probates Mittel ist, um neue Perspektiven zu schaffen und soziale Gerechtigkeit herbeizuführen.

Deshalb fordern wir GRÜNE die Einführung einer Grundsicherung, die einen besseren, weitestgehend von Repressionen freien Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch zu mehr Bildung ermöglicht. Ihre Leistungen müssen so gestaltet sein, dass sie die Sicherung eines soziokulturellen Existenzminimums zur gesellschaftlichen Teilhabe garantieren. Wir brauchen eine qualitativ bessere Kinderbetreuung und ein Schulsystem, bei dem die individuelle Förderung im Mittelpunkt steht.

In den Quartieren und Gemeinden wollen wir Anlaufstellen (nach dem Vorbild der Gemeinwesenarbeit) schaffen, um Betroffenen, hier vor allem älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen einen niedrigschwelligen, barrierefreien Zugang zu öffentlicher und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Mit einer Vielzahl von Maßnahmen und Angeboten wollen wir das soziale Bürger*innenengagement unterstützen und damit die Grundlage für die Entwicklung wichtiger sozialer Fähigkeiten, die für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft essenziell sind, schaffen.

Der öffentliche Personennahverkehr muss, insbesondere in der Fläche, ausgebaut und besser getaktet werden. Außerdem treten wir für Sozialtickets ein.

Die Gewährung staatlicher Transferleistungen sollte, wo und wann immer möglich, unter dem Aspekt der „Hilfe zur Selbsthilfe“ verstanden werden.

12.5.2 Perspektiven für Langzeitarbeitslose

Während für temporär Erwerbslose der Weg in den ersten Arbeitsmarkt oberste Priorität hat, muss es für die Gruppe der Langzeitarbeitslosen besondere Förderwege geben. Wir setzen uns ein für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt nach dem Passiv-Aktiv-Modell. Menschen, die längere Zeit erwerbslos waren, wollen wir hierdurch Schritt für Schritt wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Das Jobcenter muss hier als vermittelnde Stelle die Betroffenen durch Motivation statt Sanktionen begleiten und den Weg in eine langfristige Beschäftigung ebnen.

Wir werden:

- Perspektiven für Langzeitarbeitslose bieten, um diese auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten.
- Hilfe zur Arbeit leisten durch mehr gezielte Bildung in Form von Seminaren (Workshops, Erkunden und Fördern individueller Potentiale).
- mehr Angebote für (Langzeit-)Arbeitssuchende schaffen - Motivation statt Sanktion.

12.6 Faire Arbeitsbedingungen mit Zukunft

12.6.1 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Um Armut dauerhaft und auch im Alter zu vermeiden, müssen die Menschen für ihre Arbeit auch gleich und ausreichend bezahlt werden. Noch immer verdienen Frauen im Saarland 20 % weniger als ihre männlichen Kollegen, und damit sogar noch weniger als im Bundesdurchschnitt. Dies muss über allgemeingültige Tarifverträge geregelt werden und durch eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht werden.

Des Weiteren müssen Zeitverträge und befristete Beschäftigungen weiter zurückgefahren werden. Gerade junge Leute können auf der Grundlage dieser ständigen Unsicherheit keine vernünftige Zukunft planen und sich aufbauen. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Es wirkt sich nicht nur positiv auf die Psyche der Beschäftigten aus, wenn sie ein sicheres Arbeitsverhältnis haben, sondern auch auf die Motivation der Mitarbeiter*innen, da sie eine langfristige Perspektive erhalten, sich einzubringen.

Wir werden:

- gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit umsetzen und eine Verringerung von befristeten Arbeitsverträgen angehen.
- befristete Verträge auf Landesebene deutlich reduzieren.

12.6.2 Lebenslanges Lernen

Die Schnelllebigkeit der Technologie, die Digitalisierung und bevorstehende Transformation der Wirtschaft - all das fordert von Arbeitnehmer*innen eine zunehmende Flexibilität und eine kontinuierliche Weiterbildung. Lebenslanges Lernen wird so zum Schlüssel für die Teilhabe in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt. Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch, die Chancen bieten soll, unerlässlich. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt, künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann.

Wir werden:

- Konzepte zum "Lebenslangen Lernen" entwickeln.
- eine Novelle des saarländischen Bildungsfreistellungsgesetzes nach dem Vorbild Baden-Württembergs anstreben. Auch saarländische Arbeitnehmer*innen sollten sich zukünftig fünf Weiterbildungstage entgeltlich freistellen lassen können.
- Weiterbildungs- und Umschulungsangebote orientiert an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Kompetenzen der Arbeitnehmer*innen verbessern.

12.6.3 Ausbildungsberufe stärken

Viele junge Menschen möchten nach dem Abschluss ihrer Schullaufbahn eine Ausbildung beginnen. Es gibt im Saarland eine Vielzahl an potentiellen Auszubildenden und eine ebenso hohe Anzahl an freien Ausbildungsplätzen. Um diese zusammenzubringen, möchten wir jungen Menschen eine bessere unabhängige und vorurteilsfreie Beratungsstruktur ermöglichen, die sich frühzeitig und intensiv mit den Stärken und Kompetenzen der Jugendlichen beschäftigt. Mit Berufspraktika, Zukunftsseminaren und Freiwilligendiensten können bereits Erfahrungen in den verschiedensten Bereichen gesammelt und der eigene Umgang mit der Zukunft konkretisiert werden. Junge Menschen haben Aussichten und einen hoffnungsvollen Blick in die Zukunft verdient.

Ausbildungsberufe haben eine ebenso hohe Relevanz wie Berufe, die mit einem Studium erreicht werden können. Mit der zunehmenden Akademisierung werden Menschen ohne höheren Schulabschluss vom Arbeitsmarkt verdrängt. Deswegen müssen in den entsprechenden Fachbereichen auch Aufstiegsmöglichkeiten neben einem Studium erhalten bleiben. Die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten nach dem Beenden der Berufsausbildung sollten möglichst früh dargestellt und angeboten werden. Es wird ein Anreiz geschaffen, sich vielseitig zu entwickeln und somit nach dem Konzept des lebenslangen Lernens zu arbeiten.

Wir werden:

- Jugendlichen und jungen Menschen eine vorurteilsfreie, frühzeitige und individuelle Zukunftsberatung ermöglichen.
- Freiwilligendienste und Berufspraktika fördern.

12.6.4 Gewerkschaften

Die vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit sorgen auch für starke Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Für viele Arbeitnehmer*innen sind diese Herausforderungen immens und sorgen für Zukunfts- und Existenzängste. Aus diesem Grund wollen wir Gewerkschaften und Betriebsräte stärken, so dass die Anliegen der Belegschaft gehört werden können. Im Dialog mit Arbeitnehmer*innenverbänden wollen wir die Herausforderungen unserer Zeit angehen, so dass niemand auf der Strecke bleibt. Die Mitsprache der Arbeitnehmer*innen in Gewerkschaften muss in allen Unternehmen und Branchen Gehör finden. Wir unterstützen innovative Arbeitszeitmodelle zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Wir wollen eine flexible Vollzeit, die es Beschäftigten ermöglicht, freier zu entscheiden, wie ihre persönliche Vollzeit innerhalb eines Korridors von 30 bis 40 Stunden aussieht. Sie sollen ein Rückkehrrecht haben auf die ursprüngliche Stundenzahl nach einer Phase der Teilzeit.

- Gewerkschaften und Interessensvertretungen von Arbeitnehmer*innen stärken

13 TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG – GERECHTE GESCHLECHTERPOLITIK

13.1 Geschlechtergerechtigkeit & Gleichstellung

Nach wie vor sind Mädchen, Frauen und nicht-binäre Personen in vielen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt, von Diskriminierung aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit betroffen und haben nicht die gleichen Zugangschancen wie Jungen und Männer. Dies wollen wir ändern.

Obwohl sich auf dem Gebiet der Frauen- und Gleichstellungspolitik bereits viel bewegt hat, gibt es auch heute noch viel zu tun. Wir als GRÜNE setzen uns deswegen für die Gleichberechtigung von Personen aller Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft ein. Hierbei ist uns ein intersektionaler Ansatz besonders wichtig, der auch weitere Diskriminierungsfaktoren, wie z.B.

sexuelle Orientierung, kulturelle Herkunft oder verschiedene Arten von Behinderungen, berücksichtigt.

13.1.1 Armut ist weiblich

Frauen erzielen im Saarland ca. 20 % weniger als Einkommen als Männer. Der Gender Pay Gap liegt damit etwas höher als im Bundesdurchschnitt. Bei den Renten stehen Frauen im Saarland bundesweit am schlechtesten dar: Sie erhalten die niedrigsten Rentenzahlungen in ganz Deutschland. Die Hauptgründe sind neben der schlechteren Bezahlung sogenannter „Frauenberufe“ die noch vergleichsweise niedrige Frauenerwerbsquote im Saarland und die häufigere Ausübung von Erziehungs- oder Pflegetätigkeiten im familiären Umfeld. Frauen sind außerdem stark unterrepräsentiert in Führungspositionen oder gut bezahlten Industrie- oder IT-Arbeitsplätzen. Dies betrifft besonders Alleinerziehende – etwa 40 % beziehen Sozialleistungen, knapp 90 % der Alleinerziehenden sind Frauen – und Frauen mit Behinderungen.

Wir werden:

- Kommunen dabei unterstützen, die Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen sukzessive zu erhöhen und an den Bedarf der Eltern anzupassen (auch Randzeiten und Schichtbetrieb).
- Programme erarbeiten und weiterentwickeln, die gezielt Frauen den Wiedereinstieg ins Berufsleben, z.B. nach Erziehungs- oder Pflegezeiten, erleichtern.
- den Frauenanteil auch in Führungspositionen der öffentlichen Verwaltung kontinuierlich erhöhen.
- den Anteil der Frauen mit Behinderungen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen steigern.

13.1.2 Gleiche Chancen auf Bildungsweg und Arbeitsmarkt von Anfang an

Noch immer haben Frauen, die in typischen „Männerdomänen“ arbeiten, sowie Männer, die sich für sogenannte „Frauenberufe“ entscheiden, mit Vorurteilen zu kämpfen. Damit Kinder und Jugendliche ihre individuellen Neigungen unabhängig von Rollenerwartungen erkennen und darin bestärkt werden können, sind Lernumgebungen notwendig, in denen stereotype Geschlechterrollen und -zuschreibungen kritisch hinterfragt werden.

Bildungs- und Berufsorientierungsangebote müssen geschlechtersensibel gestaltet werden, um allen von Anfang an die gleichen Chancen für ihren späteren Weg in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Besonders der digitale Strukturwandel bietet beste Chancen auf existenzsichernde Arbeitsplätze mit guten Verdienstmöglichkeiten. Diese müssen allen offenstehen.

Wir werden:

- Fortbildungsprogramme für Erzieher*innen und Lehrkräfte im Bereich geschlechtersensibler Pädagogik ausweiten.
- die Einrichtung geschlechtersensibler Berufsorientierungs-, Ausbildungs- und Studienprogramme vorantreiben.
- Programme wie „Girls‘ Day“ und „Boys‘ Day“ weiterentwickeln.

13.1.3 Gesundheit und sexuelle Selbstbestimmung

Die Gesundheit und Selbstbestimmung von Frauen sind oft eine Frage des Geldbeutels. Beratungsstellen wie ProFamilia beraten zu allen gesundheitlichen und frauenspezifischen Fragen, auch zu Kostenübernahme bei Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbruch. Dennoch ist die Zugänglichkeit zu Informationsangeboten nicht flächendeckend gewährleistet, längere Fahrtwege müssen auf sich genommen werden, was besonders für Frauen mit geringem Einkommen eine zusätzliche Hürde darstellt. Aufgrund von Datenlücken oder fehlender Aufklärung von medizinischem Personal sind Frauen häufiger von Fehldiagnosen betroffen und werden nicht ihren Bedürfnissen entsprechend behandelt.

Wir werden:

- Beratungsmöglichkeiten zu Schwangerschaftsabbrüchen ausbauen und den Zugang erleichtern, z.B. durch digitale Angebote.
- Modellprojekte zur Ausgabe von kostenlosen Verhütungsmitteln und Menstruationsprodukten einrichten.
- die Einrichtung eines Gender-medizinischen Schwerpunktes an der Universität des Saarlandes prüfen und die Aufklärung über geschlechterspezifische Medizin forcieren.

13.1.4 Schutz bei sexueller und häuslicher Gewalt

Für Frauen ist ihr eigenes Zuhause leider ein gefährlicher Ort. Jeden dritten Tag wird eine Frau Opfer ihres Partners oder Ex-Partners. Auch Menschen, die in der Prostitution tätig sind, sind häufig von sexueller Gewalt betroffen, erhalten aber aufgrund von Stigmatisierungen oft keinen ausreichenden Schutz. Anlaufstellen wie Frauenhäuser sind außerdem meist unterfinanziert und überlastet. Männern, die von Gewalt in Partnerschaften betroffen sind, fehlt generell eine Anlaufstelle. Dabei sollte es selbstverständlich sein, als Betroffene von sexueller und häuslicher Gewalt Hilfe zu finden.

Wir werden:

- die Finanzierung der Frauenhäuser auf den Prüfstand stellen und die Anzahl an Plätzen sukzessive erhöhen sowie eine Anlaufstelle für Männer, die von sexueller oder häuslicher Gewalt betroffen sind, einrichten.
- Beratungsangebote für Betroffene von sexueller oder häuslicher Gewalt weiterentwickeln und den Zugang zu Informationen – auch in Einrichtungen für Behinderte oder Projekten für Prostituierte – erleichtern.
- Beratungs-, Schutz- und Ausstiegsangebote für in der Prostitution tätige Personen ausbauen und entsprechende Projekte fördern.

13.1.5 Politische Teilhabe stärken

Ob in Gemeinde- und Stadträten, Kreistagen oder auf Landesebene: Im politischen Geschehen sind Frauen auf allen Ebenen unterrepräsentiert. Da Frauen immer noch überwiegend Care-Tätigkeiten wie etwa Kindererziehung übernehmen, ist die Übernahme eines Mandats meist schwer mit dem Berufs- und Familienleben vereinbar. Um eine gleichberechtigte politische Teilhabe sicherzustellen, muss der Anteil an Frauen in politischen Gremien sukzessive erhöht werden. Die Hälfte der Macht den Frauen!

Wir werden:

- Shadowing Projekte initiieren, die Frauen ansprechen, für Politik begeistern und sie ermutigen, selbst politisch aktiv zu werden.
- Kommunen und Kreise bei der Einrichtung von Kinderbetreuungsangeboten während Sitzungen unterstützen.
- den Landeshaushalt langfristig auf geschlechtergerechte Mittelveranschlagung überprüfen und Gender Budgeting einführen.

13.1.6 Integration fördern

Frauen mit Migrationshintergrund oder Zuwanderungsgeschichte sind auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zusätzlich benachteiligt. Fehlende Betreuungsangebote behindern die Teilnahme an Integrationskursen, Vorurteile führen zu Beschäftigungsverhältnissen unterhalb des eigentlichen Qualifikationsniveaus. Mütter übernehmen außerdem häufig die zentrale Rolle in der schulischen Elternarbeit, weshalb sichergestellt werden muss, dass ihnen wichtige Informationen über das Bildungssystem zugänglich sind.

Wir werden

- Beratungs-, Weiterbildungs- und Mentoringprogramme für ausländische Arbeitnehmerinnen einrichten bzw. weiterentwickeln, um die Erwerbsquote von Frauen mit Migrationshintergrund bzw. Zuwanderungsgeschichte sukzessive zu erhöhen.
- mehr Elternsprachkurse einrichten, die zu familiengerechten Zeiten stattfinden, bei denen eine Kinderbetreuung sichergestellt ist.
- mehrsprachige Elternberatungsangebote auf kommunaler Ebene unterstützen.

13.1.7 Gleichstellung auf allen Ebenen

Frauen- und Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe und muss als solche auch auf Landesebene begriffen und gelebt werden. Alle politischen Entscheidungen müssen auf ihre Auswirkungen auf Frauen, Männer und alle Geschlechter überprüft werden. Ggf. entstehenden Schiefen und Benachteiligungen muss frühzeitig entgegengewirkt werden.

Wir werden

- Entscheidungen aller Ressorts auf ihre Geschlechtergerechtigkeit überprüfen.
- uns kontinuierlich für den Abbau von Geschlechterstereotypen und gegen Diskriminierung aufgrund des Geschlechts einsetzen.
- den Anteil an Frauen und nicht-binären Personen auf allen Entscheidungsebenen sukzessive erhöhen; Parität ist das Ziel.

13.2 LSBTIQ*

13.2.1 Liebe ist Liebe

Selbstbestimmung und gleiche Rechte – für diese Werte kämpfen wir als GRÜNE im Saarland.

Es ist für uns nicht akzeptabel, dass Menschen, die zur queeren Community gehören, immer noch Diskriminierung, Hass und Gewalt erfahren. Aus unserer Sicht gibt es noch einiges zu tun, damit lesbische, schwule, bisexuelle, trans* und inter Personen vollkommen gleichgestellt sind. Der Landesaktionsplan der Landesregierung ist ein guter Schritt – doch damit ist es nicht getan.

Wir fordern:

- die fortlaufende Überprüfung und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans.
- eine*n Landesbeauftragte*n für LSBTIQ*.
- Anlaufstellen für LSBTIQ* in den Kommunen und auf dem Land.
- langfristige, finanzielle Unterstützung für Vereine, Organisationen und außerinstitutionelle Projekte und Gruppen.
- eine spezifischere Aufschlüsselung der jährlichen "Polizeilichen Kriminalstatistik" bezüglich queerfeindlicher Straftaten.

13.2.2 Akzeptanz durch Bildung

Ein zentraler Punkt ist der Umgang mit der sexuellen und geschlechtlichen Identität im Unterricht. Oftmals werden Trans- und Intersexualität gar nicht erst thematisiert. Doch wer langfristig jungen queeren Menschen einen geschützten Raum bieten und Vorurteile abbauen will, muss queere Themen bereits im Unterricht verankern.

Wir fordern:

- Angebote durch pädagogische Fachkräfte.
- Aufklärung über geschlechtliche Identität in den Lehrplänen zu verankern.
- Erweiterung des Lehrplans Sexualerziehung um die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt

- Beratung für Eltern intersexueller Kinder.
- Aufarbeitung von Diskriminierung und Verfolgung von LSBTIQ* in der saarländischen Geschichte.
- mehr Sichtbarkeit für Bisexualität.

13.2.3 Gleiche Rechte für Alle

Das Saarland muss sich die Gleichberechtigung Aller zur Aufgabe machen. Das bedeutet, sich auch auf Bundesebene für die entscheidenden Veränderungen einzusetzen. Institutionenübergreifend und in enger Zusammenarbeit mit den bereits bestehenden Vereinen und Akteur*innen wollen wir erreichen, dass Vielfalt ins Gesetz kommt.

Wir setzen uns ein für:

- einen diskriminierungsfreien Zugang zur Blutspende
- eine Reform des Transsexuellengesetzes
- eine bessere gesundheitliche Versorgung von Trans* und Inter*-Personen
- geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung und in den Behörden

14 AKTIVE BETEILIGUNG – GEFESTIGTE DEMOKRATIE

Menschen sind unterschiedlich, aber gleich in ihrer Würde und ihren Rechten. Nur wenn Würde und gleiche Rechte unverhandelbar sind, wenn alle Menschen in unserer Gesellschaft gleichen Schutz und gleiche Chancen haben und ihre Rechte in Anspruch nehmen können, werden Freiheit und Sicherheit – individuelle und gesellschaftliche – sowie Gerechtigkeit befördert. Wenn mit Frauen die Hälfte der Bevölkerung nicht gleichberechtigt beteiligt, repräsentiert und bezahlt wird und Menschen noch immer Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus erleben, ist die Demokratie nicht vollkommen. Nötig sind mehr Zugänge, mehr Teilhabe, mehr Selbstwirksamkeit und mehr Repräsentanz, zum Beispiel für Menschen in prekären Lebensverhältnissen, Menschen mit Migrationsgeschichte oder mit Behinderung. Eine gleichberechtigte Gesellschaft braucht Politik, die Strukturen verändert.

14.1 Demokratische Teilhabe

14.1.1 Parlament stärken, Wahlrecht reformieren

Der Landtag ist der zentrale Ort für öffentliche Debatten, Rede und Gegenrede und Entscheidungen unserer Demokratie im Saarland. Für gute Gesetzgebung braucht es ausreichende Beratung und eine Stärkung der Kontrollrechte des Parlaments. Seine Arbeitsfähigkeit ist zu garantieren und zu stärken. Wir wollen Beteiligung fördern und politische Bildung als wichtige Querschnittsaufgabe auch auf kommunaler Ebene voranbringen.

Wir werden und dafür einsetzen, dass:

- die Sitzungen der Fachausschüsse sollen in der Regel öffentlich stattfinden und gestreamt werden.
- die Kontrollrechte der Abgeordneten gegenüber der Regierung mit einem Akteneinsichtsrecht stärken.
- komplexe Gesetzgebungsverfahren verständlicher machen, indem Textgegenüberstellungen der Gesetzesänderungen im Internet veröffentlicht werden.
- ein digitales Portal für die aktive Bürger*innenbeteiligung an der Gesetzgebung.
- das Petitionsrecht zu einem leicht zugänglichen Instrument für bessere Mitwirkung am demokratischen Prozess machen.
- Hürden für Volksentscheide absenken.

14.1.2 Macht fair teilen, auch in den Parlamenten

Es ist höchste Zeit für eine faire Verteilung von Macht. Unsere repräsentative Demokratie muss diverser werden, unsere Parlamente brauchen die Vielfalt der Herkunft und Lebenswege, die Debatten brauchen die Perspektiven, die daraus entstehen. Macht fair teilen heißt auch, dass es dringend mehr Frauen in den Parlamenten und Kommunalvertretungen braucht, denn sie stellen 51 % der Wahlberechtigten. Gleichberechtigung von Frauen ist ein historischer und verfassungsrechtlicher Auftrag für uns alle und sollte sich bereits bei den Nominierungsverfahren niederschlagen. Um Frauen das politische Engagement zu erleichtern, braucht es auch Maßnahmen und Angebote, die Frauen den Einstieg in und die Gestaltung von Politik erleichtern. ist

14.1.3 Jugendbeteiligung und Mitbestimmung

Eine lebendige Demokratie braucht Mitbestimmung und Transparenz. Wir möchten Instrumente schaffen, mit denen Menschen im Saarland mitentscheiden können. Jugendliche sind bedeutende Akteur*innen, wenn es darum geht, die Klimakrise zu bekämpfen. Sie wollen ihre Zukunft gestalten – doch fehlt es ihnen an der Möglichkeit, demokratisch mitzubestimmen. Wir wollen jungen Menschen endlich das Mitspracherecht geben, das ihnen zusteht.

Wir wollen:

- Wahlrecht ab 16 für die Landtags- und Kommunalwahl
- Jugendparlamente in allen Kommunen mit klaren Befugnissen und eigenem Budget
- Vetorecht der Jugendparlamente für Jugendthemen in den Kommunalparlamenten
- Stärken des Ehrenamts in der Jugendarbeit

15 GESICHERTE FREIHEIT – HANDLUNGSFÄHIGER RECHTSSTAAT

15.1 Sicherheit

15.1.1 Prävention statt Gesetzgebungsaktionismus

Freiheit und Sicherheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Weitere Verschärfungen der polizeilichen Befugnisse können nicht über die Personalnot bei der saarländischen Polizei hinwegtäuschen. Das neue Polizeidatenverarbeitungsgesetz und die damit einhergehende Ausweitung der Befugnisse geht auf Kosten der Bürger*innenrechte. Dabei gilt es, die Polizei für die Herausforderungen der Zukunft zu rüsten. Mehr Sicherheit erlangt man nicht durch mehr Befugnisse, sondern durch mehr Polizeibeamte. Dazu braucht es mehr Stellen und mehr Bewerber*innen. Um die zu gewinnen, helfen keine Hochglanzkampagnen, sondern ein Beruf mit attraktiven Bedingungen. Die Polizist*innen verdienen unsere Wertschätzung, genauso wie gute Arbeitsverhältnisse und leistungsfähige Strukturen innerhalb der Behörden.

Wir fordern:

- eine bessere finanzielle Ausstattung der Polizei und die deutliche Erhöhung des Personalkörpers.
- eine Stärkung der Attraktivität des Polizeiberufs, durch Anpassung des Zulagenwesens auf Bundesniveau und Einführung einer Regelbeförderung eine modern und digital ausgerüstete Saar-Polizei.
- die Vereinfachung und Weiterentwicklung der Onlinewache Saar.
- keine weitere Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.
- transparente Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Bundes- und Landespolizei.
- Evaluierung der Polizeireform und Rücknahme der Neuerungen wie z.B. den Einsatz von Bodycams in Wohnungen, die Einführung des Begriffs der "drohenden Gefahr" und die Erweiterung der Videoüberwachung
- keine nicht unbedingt erforderlichen und ineffektiven Erweiterungen der polizeilichen Befugnisse auf Kosten der Bürger*innenrechte.

- eine effektive parlamentarische Kontrolle der Arbeit des saarländischen Verfassungsschutzes.

15.1.2 Sicherheit in den Kommunen gewährleisten

Bodycams und Kameras ersetzen keine Beamt*innen. Vielmehr braucht es die Polizeipräsenz vor Ort. Insbesondere in der Fläche und im ländlichen Raum fehlt Personal. In den Städten wiederum bleiben viele Aufgaben an den Ordnungsämtern hängen. Mit präventiven Ansätzen und den Blick auf Stadt und Land schaffen wir nicht nur gefühlte, sondern tatsächliche Sicherheit in den saarländischen Kommunen.

Wir fordern:

- mehr Street-Worker und präventive Strategien an Kriminalitätsschwerpunkten.
- polizeiliche Befugnisse nicht auf den kommunalen Ordnungsdienst zu übertragen.
- den kommunalen Ordnungsdienst im Rahmen ihres Aufgabengebietes besser auszubilden.
- Bahnhöfe, Bushaltestellen und „dunkle Ecken“ auf Vordermann zu bringen und zu beleuchten.

15.1.3 Vielfalt und Freiheit sichern

Wir wollen gleiche Rechte und Selbstbestimmung für alle. Insbesondere marginalisierte Gruppen müssen vor Ausgrenzung oder Anfeindungen geschützt werden. Das setzt voraus, dass struktureller Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Hautfarbe oder sozialer Herkunft aktiv entgegengewirkt wird. Nur gemeinsam können wir an einer offenen Gesellschaft arbeiten. Transparenz schafft Vertrauen und stärkt damit unseren freiheitlichen Rechtsstaat. Wir wollen, dass die Polizei die Diversität der Bevölkerung widerspiegelt. Wir stehen für eine Politik der Vielfalt. Für uns ist klar: Wir stehen klar gegen rechts.

Deswegen fordern wir dauerhafte Strukturen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Wir fordern:

- ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte für eine bürger*innennahe Polizei.
- die Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen.
- unabhängige wissenschaftliche Studien zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus innerhalb der Polizei und der Sicherheitsbehörden.
- die Förderung von Frauen, LSBTIQ*, Menschen mit anderer Hautfarbe, Einwanderungsgeschichte innerhalb der Polizei.
- die Prüfung, ob ein Ticketingsystem bei Polizeikontrollen angewendet werden kann.

15.2 Justiz

Grundlage eines funktionierenden Staates ist eine funktionierende Justiz. Doch über die Jahre hinweg wurde an wichtigen Stellen gespart. Eine starke Justiz macht einen starken Rechtsstaat aus. Gerichte und Strafverfolgungsbehörden haben mit einer hohen Arbeitsbelastung zu kämpfen. Verfahren dauern zu lang. Hier braucht es dringend Entlastung durch mehr Personal, durch außergerichtliche Streitbeilegung, durch die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten und durch eine flächendeckende Ausstattung der Justiz mit der nötigen Technik. Polizei und Staatsanwaltschaft müssen digital zusammenarbeiten können. Wir fördern und vereinfachen die elektronische Kommunikation zwischen Bürger*innen und Justiz. Wir wollen das ministerielle Einzelfallweisungsrecht gegenüber der Staatsanwaltschaft beschränken und Modelle der gerichtlichen Selbstverwaltung erproben.

Wir fordern:

- mehr Stellen in der Justiz, sowohl im richterlichen und nichtrichterlichen Dienst als auch bei der Staatsanwaltschaft.
- attraktive Bedingungen für Jurist*innen im Landesdienst, z. B. durch bessere Bezahlung.

- das Aufgabenfeld Cyberkriminalität auszubauen.
- eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden der angrenzenden Nachbarländer.
- die Möglichkeit eines Teilzeitreferendariats für mehr Chancengleichheit in juristischen Berufen.
- mehr Diversität in der Justiz.
- Sicherung des Jura-Studiums im Saarland in hoher Qualität.

15.3 Für eine Drogenpolitik, die sich am Menschen und an wissenschaftlicher Erkenntnis orientiert

Die Sucht- und Drogenpolitik der letzten Jahre, insbesondere der sogenannten großen Koalitionen in Bund und Land ist gescheitert. Freiheit und Eigenverantwortung kommen in ihr genauso kurz wie der Schutz unserer Jugend und die Unterstützung von Süchtigen und Menschen in akuten persönlichen Krisen. Als Bündnis 90 / Die Grünen Saarland setzen wir uns für eine Sucht- und Drogenpolitik ein, die die Bedürfnisse von Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Ergebnisse und Fortschritte wissenschaftlicher Erkenntnis zum Maßstab unserer Politik machen. Im Bund setzt grüne Politik die richtigen Akzente, jetzt muss das Saarland Vorreiterin werden.

Ein besonderes Anliegen ist für uns ein neuer Umgang mit Cannabis. Dazu muss die Landesregierung ihre Mitwirkungsrechte an der Bundesgesetzgebung nutzen, um endlich konkrete Verbesserungen für Cannabiskonsument*innen zu erzielen.

Wir fordern:

- Ein Cannabiskontrollgesetz
- Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis
- Vereinfachung und Ausweitung der medizinischen Nutzung
- Kurzfristig die „Geringe Menge“ für Cannabis nach dem Vorbild Bremens auf 15 Gramm zu setzen

16 GENERATIONENGERECHTIGKEIT – NACHHALTIGE FINANZEN

16.1 Zukunftsinvestitionen sichern

Das vergangene Jahrzehnt war gekennzeichnet durch sprudelnde Steuereinnahmen und ein extrem niedriges Zinsniveau. Diese Rahmenbedingungen haben die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre ermöglicht. Bereits Ende 2018 zeichnete sich jedoch ein Ende dieser Hochkonjunkturphase ab. Mit der Corona-Krise haben sich die Vorzeichen der wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen nun komplett umgekehrt. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Industrie und seiner Exportabhängigkeit trifft die Corona-Krise das Saarland besonders hart. Aufgrund der Corona-Krise wird seit dem Jahr 2020 auch im Saarland von dem Ausnahmetatbestand der Schuldenbremse Gebrauch gemacht, der im Grundgesetz und der landesgesetzlichen Umsetzung vorgesehen ist. Es wurde ein Sondervermögen mit einer Kreditemächtigung von 1,4 Mrd. Euro eingerichtet.

Die aktuelle Schuldenbremse, die ein Neuverschuldungsverbot vorsieht, beinhaltet das Risiko, dass auch notwendige Investitionen im Sinne der kommenden Generationen unterlassen werden. Wir GRÜNE setzen uns daher für eine reformierte Schuldenbremse ein, die wichtige Zukunftsinvestitionen in die notwendige sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft und Wirtschaft zulassen.

Das Risiko unterlassener Investitionen gilt insbesondere für finanzschwache Länder wie das Saarland, in denen die Zinsausgaben für Altschulden und Versorgungsausgaben fast rund ein Fünftel

der Gesamtausgaben ausmachen. Die Finanzplanung für die kommenden Jahre weist hohe Handlungsbedarfe aus. Unter Berücksichtigung der jüngsten Steuerschätzung belaufen sich diese in 2023 auf rund 180 Mio. Euro. In der Folge würde das bedeuten, dass zur Einhaltung der Schuldenbremse in 2023 Ausgabekürzungen in dreistelliger Millionenhöhe notwendig werden. Ab 2025 tritt nach aktueller Planung dann auch noch die Tilgung der Corona-Kredite hinzu, die als Überschuss erwirtschaftet werden muss. Für uns GRÜNE ist klar: Hier braucht es kurzfristige Übergangslösungen für die Rückführung des Defizits, um eine harte Abbruchkante beim Wiedereintritt der Geltung der Schuldenbremse zu verhindern und um zu gewährleisten, dass nicht in die Krise hineingespart wird.

Die Pro-Kopf-Verschuldung des Saarlands ist mit fast 15.000 Euro die höchste aller Bundesländer. Wie das Land ächzen fast alle Kommunen unter einem hohen Schuldenberg. Die Lage droht sich bei weiterem Schrumpfen der erwerbsfähigen Bevölkerung weiter zu verschlechtern: Während die Steuereinnahmen sinken, bleibt das Niveau der Ausgaben gleich oder steigt sogar – wenn nicht gegengesteuert wird. Dies beschränkt die Möglichkeit, Investitionen in die notwendige Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur vorzunehmen. Die derzeitigen Sanierungshilfen von 400 Mio. Euro pro Jahr stellen eine gewisse Teilentlastung dar.

Trotzdem sind größere Projekte auf Landes- und kommunaler Ebene oft nur über den Zugang zu bundes- oder europaweiten Förderprogrammen realisierbar.

Um das zu ermöglichen wollen wir ein Investitionskompetenzprogramm auf Landesebene aufsetzen, um Fördermöglichkeiten optimal zu nutzen und Investitionen professionell umzusetzen. Kommunen sollen im Rahmen dieses Programmes bei Planung und Durchführung von Investitionsprojekten und der Akquise von Fördermitteln unterstützt werden.

Der Großteil der öffentlichen Investitionen sind kommunale Investitionen. Auch sie gilt es in dieser Krise zu sichern. Die Lage der Kommunalfinanzen im Saarland ist nach wie vor desaströs und verhindert gleichwertige Lebensverhältnisse. Der Saarlandpakt, mit dem das Land rund die Hälfte der kommunalen Schulden in die Landesschuld überführt hat, war ein guter und richtiger Schritt. Er löst aber nur einen Teil des Problems.

Die andere Hälfte der Schulden verbleibt in kommunaler Hand und muss von den Kommunen getilgt werden. Der Saarlandpakt beinhaltet strikte Vorgaben des Landes zum Haushaltsausgleich und der Mindesttilgung der Kommunen. Bund und Land haben den Kommunen in der Corona-Krise großzügig Hilfestellung geleistet. Die Landeshilfen laufen allerdings in diesem Jahr aus. In vielen Kommunen ist daher absehbar, dass die Vorgaben des Saarlandpaktes nach Auslaufen dieser Hilfen nicht mehr eingehalten werden können. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Bund endlich die andere Hälfte der kommunalen Altschulden übernimmt. Auf Landesebene muss sichergestellt werden, dass durch eine Verlängerung der Corona-Hilfen bzw. durch eine Anpassung der Regelungen des Saarlandpaktes die Kommunen nicht ab dem kommenden Jahr zu massiven Ausgabekürzungen gezwungen werden.

Die Finanzspritzen der letzten Jahre verpuffen, weil ohne nachhaltige Strukturreformen immer nur Löcher gestopft werden, bis diese Mittel verbraucht sind. Wir möchten die Handlungsfähigkeit der saarländischen Kommunen zukunftsfähig machen. Wir wollen die Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Letztlich gilt es, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen nachhaltig zu beseitigen.

Die Große Koalition hat es nicht geschafft, die dringend notwendige Reform des kommunalen Finanzausgleiches zum Abschluss zu bringen. Das Land ist für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen verantwortlich. Es reicht hier nicht aus, nur den horizontalen Finanzausgleich zu reformieren, also die Mittel anders zwischen den Kommunen zu verteilen. Wir Grüne wollen den vertikalen kommunalen Finanzausgleich überprüfen und auf der Grundlage dieser

Begutachtung die Finanzausgleichsmasse anpassen. Für Verlierer einer Reform des kommunalen Finanzausgleiches braucht es eine Kompensation. Bei neuen Aufgaben seitens des Bundes oder des Landes muss gelten: „Wer bestellt, bezahlt.“ Wir setzen uns für eine strikte Konnexität ein.

Eine der größten Belastungen für die Kommunalhaushalte sind die Kreisumlagen. Auf Kreisebene liegen die Sozialausgaben, die auf die Kommunen umgelegt werden. Die höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft wirkt sich hier positiv aus. Allerdings ist absehbar, dass diese Entlastung nicht komplett bei den Kommunen ankommt. Neue Aufgaben, Stellenaufwüchse, Doppelstrukturen und Ineffizienzen auf Kreisebene führen dazu, dass Entlastungen seitens des Bundes durch Mehrausgaben aufgefressen werden. Wir GRÜNE setzen uns für eine Verwaltungsstrukturreform ein, ohne dabei die Bürgernähe einzubüßen.

Um dies zu erreichen, werden wir:

- eine weitere Unterstützung bei den kommunalen Altschulden durch den Bund und eine vollständige Kompensation der bei gemeindlichen krisenbedingten Steuerausfällen einfordern, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine Perspektive zu geben.
- zentrale Kompetenzteams als Dienstleistungseinheiten für die Akquise von Fördermitteln ins Leben rufen. Dadurch sollen auch kleinere und mittlere Kommunen bei der Projektplanung und Umsetzung durch die Landesebene optimal unterstützt werden.
- die z.T. prekäre finanzielle Ausstattung der Kommunen über eine Reform des saarländischen Finanzausgleichs fairer gestalten. Gleichzeitig muss eine Übertragung von zusätzlichen Aufgaben (KITA-Plätze, Ganztagschule) mit entsprechender finanzieller Ausstattung seitens Bund und Land verbunden sein.
- die Kommunalaufsicht und das Innenministerium verstärkt in die Pflicht nehmen um Transparenz über die Risiken der Zinsentwicklung auf die Haushaltslage der Kommunen zu schaffen.
- die Finanzverwaltung personell hinreichend ausstatten, so dass Bescheide zeitnah bearbeitet werden. Damit fließen Steuereinnahmen frühzeitig und Rechtssicherheit ist schnell gegeben.

16.2 Den öffentlichen Dienst stärken und modernisieren

Der öffentliche Dienst ist ein Rückgrat unserer Demokratie und das Fundament unseres Gemeinwesens. Doch in den letzten Jahrzehnten wurde im Saarland zu oft am öffentlichen Dienst gespart und gekürzt – die Konsequenzen spüren wir heute alle. Wir wollen deshalb den öffentlichen Dienst wieder stärken und ihn zugleich modernisieren. Mehr Stellen, gerade im IT- und Planungsbereich, gute Bezahlung, flexible Laufbahnen und mehr Durchlässigkeit machen den öffentlichen Dienst im Saarland fit für das 21. Jahrhundert. Die Vielfalt der Gesellschaft muss sich auch in ihrer Verwaltung widerspiegeln. Das stärkt die staatlichen Institutionen und trägt zu Vertrauen und Bürger*innennähe bei.

Wir werden:

- die Chance des E-Governments konsequenter umsetzen als bisher. Die geplante personelle und finanzielle Stärkung von ego-Saar ist zu begrüßen. Zugleich fordern wir eine Landesinitiative mit klaren Umsetzungszielen und Meilensteinen, die mit finanziellen Anreizen für die Kommunen verknüpft werden sollten. Hierbei sollten die Bürger*innen als Anwender*innen eng mit einbezogen werden.
- eine Beschleunigung von Genehmigungsprozessen anstreben. Sie sind häufig langwierig und bürokratisch. Besonders für die kommunalen Bau- und Stadtplanungsämter ist eine Beschleunigung anzustreben. Wir wollen die Landesbauordnung überprüfen mit dem Ziel die Verfahren und die Vorgaben zu erleichtern und die Anreize für ökologisches Bauen zu verstärken. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung ließe Anregungen und Einwände zeitnah in die Planungen einfließen.

- überprüfen, welche Aufgaben effizienter auf Kreis- bzw. Landesebene angesiedelt werden können.
- Anreize für eine stärkere freiwillige interkommunale Zusammenarbeit in der Leistungserstellung (z.B. Ordnungsdienst, Gebäudemanagement) und der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur (z.B. Betriebshöfe, Feuerwehr, Bäder, Musikschulen, KITAs) fordern. Dies gilt auch für eine intensivere Zusammenarbeit über die Landesgrenze hinweg (zu Frankreich, Luxemburg und Rheinland-Pfalz).

17 DAS SAARLAND – IM HERZEN EUROPAS

Das saarländische Herz schlägt europäisch und international. Wir erleben vor der Haustür, wie unser Kontinent zusammenwächst. Dort wo über Jahrhunderte Hass, Feindschaft und Krieg herrschten, leben die Menschen jetzt miteinander in Freundschaft. Unsere Großregion (Saarland, Rheinland-Pfalz, Lothringen, Luxemburg, Wallonien mit der Deutschsprachigen und Französischen Gemeinschaft Belgiens) vereinfacht den Alltag der mehr als elf Millionen Menschen, die selbstverständlich über offene Grenzen zum Einkaufen fahren, für eine schöne Aussicht auf die andere Seite wandern, Freund*innen besuchen oder essen gehen. Längst lernen, lieben, studieren oder arbeiten wir in einem vereinten Europa.

Die Großregion steht für offene Grenzen. Die Schließungen während der Corona-Pandemie haben uns deutlich gemacht wie eng die wirtschaftliche und soziale Vernetzung mit unseren Nachbarn ist. Sie haben gezeigt, wie sehr das Saarland EUROPA lebt. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das Saarland weltoffen bleibt und auch in schwierigen Zeiten zum Projekt Europa steht. Wer in einer globalisierten Welt mitentscheiden will, braucht eine starke Europäische Union. Ein Rückfall in nationalstaatliche Kategorien gefährdet den Wohlstand, den inneren Frieden und die Entwicklungschancen unseres Landes, und damit die Zukunft der kommenden Generationen. Natürlich läuft nicht alles gut in Europa. Der Brexit ist ein historischer Rückschlag und der Umgang mit Geflüchteten zeigt, dass Europa nicht immer eine gemeinsame Lösung für die Herausforderungen unserer Zeit hat. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten, statt uns von Europa abzuwenden. Wir setzen uns für ein faire und solidarische Flüchtlingspolitik ein und sind entschlossen, Europa besser zu machen: demokratischer, gerechter, ökologischer. Wir bieten den Populisten Paroli, die unser friedliches Zusammenleben in Europa beschädigen wollen.

Wir GRÜNE wollen, dass die Menschen von der zentralen Lage des Saarlandes in Europa profitieren. Europapolitik ist für uns Querschnittsaufgabe, die alle Politikfelder betrifft. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht: Die Herausforderungen unserer heutigen Zeit machen nicht an Grenzen halt.

Wir setzen uns für hohe Umweltschutzstandards in der Europäischen Union ein. Sie sind Innovationstreiber für eine zukunftsfähige Wirtschaftsweise. Freihandel und wirtschaftlicher Austausch sind eine wichtige Grundlage für Wohlstand, aber weder Demokratie noch Arbeits- und Sozialstandards oder Verbraucher- und Umweltschutz dürfen dabei auf der Strecke bleiben.

Demokratie braucht Transparenz – auch in der EU. Die europäische Energiewende steht ganz oben auf unserer Agenda. Wir erleben im Saarland, was die Folge nationaler Energiepolitiken in Europa ist: Während wir aus der Atomenergie aus- und in Erneuerbare einsteigen, bleibt der Pannenmeiler Cattenom am französischen Netz. Das muss sich dringend ändern!

In der Agrar- und Ernährungspolitik wollen wir GRÜNE ebenfalls neue Wege gehen. Bereits jetzt machen im Saarland zahlreiche regional verankerte, bäuerlich-ökologische, tier- und umweltfreundlich wirtschaftende Betriebe vor, dass eine andere Landwirtschaft möglich ist. Diese Form der Landwirtschaft muss mit den notwendigen Investitionen unterstützt werden. Wir kämpfen für eine gentechnikfreie Großregion und unterstützen die Direktvermarktung.

Über 213.000 Menschen pendeln Tag für Tag zur Arbeit über die Grenzen in der Großregion. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV gestärkt wird. Dazu wollen wir ein gemeinsames Fahrplan- und Preisinformationssystem einrichten und so mittelfristig einen echten Verkehrsverbund in der Großregion schaffen.

Um in einem anderen Land arbeiten zu können, sind aber auch Sprachkenntnisse wichtig. Unser Ziel ist es, die Mehrsprachigkeit im Saarland zu stärken. Dafür wollen wir mehr muttersprachliche Fachkräfte einstellen, um in allen Kindertagesstätten erste Französisch-Kenntnisse vermitteln zu können. Wir setzen uns dafür ein, dass Französisch schnellstmöglich flächendeckend an allen Grundschulen ab der 1. Klasse vermittelt wird. Französisch soll selbstverständlich Englisch nicht ersetzen, sondern den Kindern und Jugendlichen als Zusatzqualifikation bei ihrer späteren Stellensuche dienen. Unsere Devise für die Zukunft ist deshalb nicht entweder oder, sondern sowohl als auch. Hochschulkooperationen wie die „Universität der Großregion“ (Saarbrücken, Lothringen, Luxemburg, Lüttich, Trier und Kaiserslautern) sind wichtig, damit die jüngere Generation weiterhin zum Projekt Europa steht. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die gegenseitige Anerkennung von Studiums- und Ausbildungsleistungen in Europa weiter vorangetrieben wird.

Wir wollen eine europäische Demokratie, in der alle Europäer*innen Einfluss nehmen und politisch mitwirken können. Deshalb wollen wir die Europäische Bürgerinitiative (EBI) bekannter machen und prüfen, ob sie perspektivisch zu einem Instrument einer echten europäischen Volksinitiative ausgebaut werden kann. Den Interregionalen Parlamentarierrat (IPR), eine Vernetzung der Parlamentarier*innen in der Großregion, wollen wir weiter stärken.

Auch die polizeiliche Zusammenarbeit in der Großregion und in Europa wollen wir GRÜNE verbessern. In der Großregion leistet das gemeinsame Zentrum der Polizei und Zollzusammenarbeit in Luxemburg, in dem die Sicherheitsbehörden aus Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien zusammenarbeiten, einen wichtigen Beitrag zum grenzüberschreitenden Informationsaustausch. Um die Zusammenarbeit weiter zu verbessern, muss es personell aufgestockt werden.

Wir schauen gerne über den Tellerrand und sind weiterhin überzeugt von der Devise „Global denken – lokal handeln“. Deshalb unterstützen wir den Fairen Handel. Er sorgt dafür, dass Kleinproduzent*innen einen Mindestpreis erhalten, Kinderarbeit verboten ist, der ökologische Landbau gefördert wird und eine soziale Prämie für Gemeinschaftsprojekte wie z.B. Trinkwasser oder Schulbau, gezahlt wird. Wir wollen möglichst viele Städte, Gemeinden und Landkreise dazu ermutigen, sich um das Fairtrade-Label zu bewerben. Unser mittelfristiges Ziel ist ein „Fairtrade Saarland“ und eine „Fairtrade Großregion“.